

Zukunft machen wir aus Tradition.



Die Stuttgarter
Der Vorsorgeversicherer

Narrativer Bericht

der Stuttgarter Versicherungsgruppe

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage

zum Stichtag 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	6
A.1. Geschäftstätigkeit	6
A.2. Versicherungstechnische Leistung	10
A.3. Anlageergebnis	11
A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	12
A.5. Sonstige Angaben	12
B. Governance-System	13
B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	13
B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	19
B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	20
B.4. Internes Kontrollsystem	25
B.5. Funktion der Internen Revision	27
B.6. Versicherungsmathematische Funktion (VmF)	28
B.7. Outsourcing (Ausgliederung)	28
B.8. Sonstige Angaben	30
C. Risikoprofil	31
C.1. Versicherungstechnisches Risiko	32
C.2. Marktrisiko	37
C.3. Kreditrisiko	41
C.4. Liquiditätsrisiko	43
C.5. Operationelles Risiko	45
C.6. Andere wesentliche Risiken	46
C.7. Sonstige Angaben	48
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	49
D.1. Vermögenswerte	49
D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen	52
D.3. Sonstige Verbindlichkeiten	60
D.4. Alternative Bewertungsmethoden	61
D.5. Sonstige Angaben	61
E. Kapitalmanagement	62
E.1. Eigenmittel	62
E.2. Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	65
E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	67
E.4. Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	67
E.5. Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	67
E.6. Sonstige Angaben	67
Anlagen	68

Zusammenfassung

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe, im Folgenden „wir“ genannt, verfügt über ein konzernweit einheitliches Governance-System, um die aufsichtsrechtlichen Vorgaben angemessen umzusetzen. Wesentliche Bestandteile bilden dabei das Risikomanagementsystem und das interne Kontrollsystem. Das Risikomanagementsystem umfasst die erforderlichen Strategien, Prozesse und Meldeverfahren. Das interne Kontrollsystem umfasst die Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren, den internen Kontrollrahmen, angemessene Melderegeln auf allen Unternehmensebenen und eine Compliance-Funktion.

Unsere Gruppe betreibt im Bereich der Lebensversicherung Lebens-, Index- und fondsgebundene Versicherungen sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und im Bereich der Unfall- und Schadenversicherung im Wesentlichen Unfall-, Kranken- sowie Haftpflicht- und Hausratversicherungen.

Das Neugeschäft im Bereich der Lebensversicherung entwickelte sich im Geschäftsjahr 2016 positiv. Die Beitragssumme des Neugeschäfts stieg von 1.781.800 Tausend € auf 2.040.000 Tausend €. Der Gesamtzugang der Gruppe gemessen an der Versicherungssumme steigerte sich auf 3.478.400 Tausend € nach 2.497.400 Tausend € im Vorjahr. Der Bestand an Lebensversicherungen erhöhte sich von 22.454.300 Tausend € auf 24.251.400 Tausend € Versicherungssumme.

Im Bereich der Unfall- und Schadenversicherung stieg der Bestand an Jahresbeiträgen um 5.601 Tausend € auf 118.175 Tausend €. Auch die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich von 106.315 Tausend € im Vorjahr auf 112.114 Tausend €. Das versicherungstechnische Ergebnis stieg von 9.660 Tausend € auf 14.244 Tausend € an, was im Wesentlichen auf geringere Schadenaufwendungen, höhere Beitragseinnahmen sowie geringere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist.

Die handelsrechtliche Vermögenslage der Gruppe war im Wesentlichen durch die Änderungen bei Kapitalanlagen inklusive der Anlagen aus der fondsgebundenen Lebensversicherung und versicherungstechnischen Rückstellungen dominiert. Der Kapitalanlagenbestand hat sich von 6.507.514 Tausend € im Vorjahr auf 6.727.926 Tausend € im Geschäftsjahr erhöht. Das Kapitalanlagenergebnis betrug dabei 274.288 Tausend € im Geschäftsjahr. Die versicherungstechnischen Rückstellungen erhöhten sich um 104.015 Tausend € auf 5.860.704 Tausend €.

Die Risikoberechnungen zur Beurteilung der Solvenzsituation haben zum Stichtag zu einer Bedeckungsquote von 465,45 % geführt, die Überdeckung beträgt 837.386 Tausend €. Die Berechnungen wurden auf Basis der Standardformel sowie unter Anwendung der Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG sowie der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen gemäß § 352 VAG durchgeführt. Die Eigenmittel beliefen sich auf 1.066.527 Tausend € und die Solvenzkapitalanforderungen auf 229.141 Tausend €. Wir weisen darauf hin, dass der endgültige Betrag der Solvabilitätsanforderung noch der aufsichtsrechtlichen Prüfung unterliegt.

Für die Beurteilung der Solvenzsituation mittels Standardformel ist eine Bewertung der Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, erforderlich. Diese sind in den Risikomodulen und -submodulen der Standardformel zusammengefasst. Die wesentlichen Risikoarten des Marktrisikos sind das Zinsänderungsrisiko mit 110.783 Tausend € und das Spreadrisiko mit 94.441 Tausend € Netto-Kapitalanforderung (Netto-Solvency Capital Requirement (Netto-SCR)), sowie des versicherungstechnischen Risikos das Stornorisiko Leben mit 119.407 Tausend € Netto-SCR. Bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung werden keine unternehmensspezifischen Parameter verwendet. Im Kapitel C wird unser Risikoprofil detailliert erläutert.

Das Kapitalmanagement sowie der Kapitalmanagementplan sind entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Risiken, denen die Gruppe ausgesetzt ist.

Unsere Eigenmittel in Höhe von 1.066.527 Tausend € befinden sich ausschließlich in der Kategorie Tier 1. Eine Überleitungsrechnung der Eigenmittel von HGB nach Solvency II ist ausführlich in Kapitel D und ergänzend in Kapitel E beschrieben.

Die Vorschriften von Solvency II sind seit dem 1. Januar 2016 in Kraft. Aus diesem Grunde sind im nachfolgenden Bericht zum 31.12.2016 einmalig die Vorjahreszahlen nicht ausgewiesen. Des Weiteren weisen wir daraufhin, dass in Tabellen auf Grund von Rundungsdifferenzen die Summe der Einzelpositionen nicht unbedingt exakt die ausgewiesene Summe ergibt. Durch die Rundungsdifferenzen können geringe Abweichungen auftreten.

Außerdem ist zu beachten, dass die Änderungsbedarfe aus den BaFin-Hinweisen vom 29.03.2017 aus Zeitgründen teilweise erst zum nächsten Stichtag umgesetzt werden.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1. Geschäftstätigkeit

A.1.1. Die Stuttgarter Versicherungsgruppe

Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist als Versicherungsverein geprägt vom Gedanken der Gegenseitigkeit.

Im Berichtsjahr wurden von den Versicherungsunternehmen in der Gruppe folgende Versicherungszweige betrieben:

- Kapitalversicherungen
- Risikoversicherungen
- Rentenversicherungen
- Kollektiv-Lebensversicherungen
- fondsgebundene Kapitallebensversicherungen
- fondsgebundene Rentenversicherungen
- Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsversicherungen
- Pflegerentenversicherungen
- Rentenversicherungen mit Indexbeteiligung
- Allgemeine Unfallversicherung
- Allgemeine Haftpflichtversicherung
- Glasversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Nicht substitutive Krankheitskostenversicherung
- Beistandsleistungsversicherung
- Sonstige Schadenversicherung

Das Geschäftsgebiet der Stuttgarter Versicherungsgruppe ist Deutschland.

A.1.2. Zuständiger Abschlussprüfer und zuständige Aufsichtsbehörde

Unser Abschlussprüfer ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz in Berlin. Geprüft werden wir von der Niederlassung in der Theodor-Heuss-Straße 5 in Stuttgart (Fon: 0711 / 9060 - 0). Die Prüfer können dem Testat im Geschäftsbericht entnommen werden.

Für die Beaufsichtigung aller Unternehmen der Gruppe und der Gruppe selbst ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zuständig. Die BaFin ist unter folgenden Kontaktdaten zu erreichen:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 - 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de

De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

A.1.3. Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Gruppenstruktur

Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist die Obergesellschaft der Stuttgarter Versicherungsgruppe mit Sitz in der Rotebühlstr. 120 in 70197 Stuttgart und hält 100 % Anteile an der Stuttgarter Versicherung Holding AG mit Sitz in der Rotebühlstr. 120 in 70197 Stuttgart, die wiederum 100 % Anteile an den übrigen Versicherungsgesellschaften der Gruppe hält. Die Struktur der Gruppe können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen (Werte gemäß Solvabilitätsübersicht).

Unternehmen	Geschäftstätigkeit	Sitz	Land	Anteilsbesitz gehalten von	Anteil in Prozent	Bilanzsumme in TEUR	Bilanzsumme in %
Stuttgarter Lebensversicherung a.G. (SLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	-	-	7.019.231	85%
Stuttgarter Versicherung Holding AG (SVH)	Finanzholding	Stuttgart	Deutschland	SLV	100	234.798	3%
Stuttgarter Versicherung AG (SVA)	Schaden-/Unfall	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	190.669	2%
DIREKTE LEBEN Versicherung AG (DLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	423.862	5%
PLUS Lebensversicherungs AG (PLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	413.068	5%
Stuttgarter Versicherungsgruppe (nach Konsolidierung der einzelnen Unternehmen)						7.814.408	

Für die Erstellung der konsolidierten Solvency II Bilanz der Stuttgarter Versicherungsgruppe wird die Konsolidierungsmethode angewendet. Der HGB-Konsolidierungskreis entspricht dabei dem Solvency II Konsolidierungskreis. Deshalb bildet der HGB-Konzernabschluss die Grundlage zur Überprüfung, ob alle vorzunehmenden Eliminierungen gruppeninterner Transaktionen vorgenommen wurden. Näheres hierzu kann auch diesem Kapitel unter dem Abschnitt „Transaktionen innerhalb der Gruppe“ entnommen werden.

Zu diesen gruppeninternen Beziehungen zählen:

- Gruppeninterne Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
- Gruppeninterne Rückversicherung und Mitversicherung
- Gruppeninterne Dienstleistungsverrechnungen, Forderungen und Verbindlichkeiten

Im Verbund der Stuttgarter Versicherungsgruppe fungiert die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. als Obergesellschaft. Der Großteil des Versicherungsgeschäfts der Gruppe wird vom Versiche-

rungsverein getragen. Gemessen an der Bilanzsumme, macht die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. 85 % der Gruppe aus. Die Ergebnisse der Stuttgarter Versicherungsgruppe werden somit sehr stark von der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. geprägt. Auf Gruppenebene wird aus Proportionalitätsgründen auf die Hochrechnung und die Mehrjahresplanung verzichtet. Aufgrund der Dominanz des Versicherungsvereins in der Gruppe, welche in den Ergebnissen der Säule 1- und der ORSA-Berechnungen ersichtlich wird, können die Erkenntnisse aus der Hochrechnung der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. auf die Gruppe übertragen werden.

Niederlassungen außerhalb der Hauptverwaltung in Stuttgart bestehen nicht. Unsere Geschäftsstellen verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet.

A.1.4. Bedeutende Geschäfte oder andere bedeutende Ereignisse

Während der Berichtsperiode wurde ein für die Stuttgarter Versicherungsgruppe bedeutendes neues Produkt, eine sogenannte Indexpolice, eingeführt.

A.1.5. Transaktionen innerhalb der Gruppe

1) Vertrag über Ausgliederung von Funktionen, Versicherungstätigkeiten und Dienstleistungen mit der Stuttgarter Versicherung AG

Die Vereinbarung in der Fassung vom 20. Januar 2016, mit Ergänzung vom 24. April 2006, beinhaltet die Übernahme von Funktionen und Versicherungstätigkeiten, sowie die Erbringung von Dienstleistungen mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist Gläubiger der Leistung. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 17.251 Tausend €.

2) Vertrag über Ausgliederung von Funktionen, Versicherungstätigkeiten und Dienstleistungen mit der DIREKTE LEBEN Versicherung AG

Die Vereinbarung in der Fassung vom 20. Januar 2016, beinhaltet die Übernahme von Funktionen und Versicherungstätigkeiten, sowie die Erbringung von Dienstleistungen mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist Gläubiger der Leistung. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 1.138 Tausend €.

3) Vertrag über Ausgliederung von Funktionen und über Dienstleistungen mit der Stuttgarter Versicherung Holding AG

Die Vereinbarung in der Fassung vom 20. Januar 2016, beinhaltet die Inanspruchnahme und Übernahme von Funktionen und Dienstleistungen mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist Schuldner bzw. Gläubiger der Leistung. Der saldierte Wert aus dieser Transaktion beträgt 1.773 Tausend €.

4) Kostenteilungsvereinbarung mit der Stuttgarter Versicherung Holding AG

Die Vereinbarung in der Fassung vom 01. April 2012, beinhaltet die Funktionsausgliederung mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Versicherung AG ist Schuldner der Leistung. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 2.656 Tausend €.

5) **Vertrag über Ausgliederung von Funktionen, Versicherungstätigkeiten und Dienstleistungen mit der PLUS Lebensversicherungs AG**

Die Vereinbarung in der Fassung vom 20. Januar 2016, mit Ergänzung des Vertrags vom 24. April 2006, beinhaltet die Übernahme von Funktionen und Versicherungstätigkeiten, sowie die Erbringung von Dienstleistungen mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist Gläubiger der Leistung. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 571 Tausend €.

6) **Vertrag über Ausgliederung von Funktionen und über Dienstleistungen mit der PLUS Lebensversicherungs AG**

Die Vereinbarung in der Fassung vom 10. September 2014, beinhaltet die Inanspruchnahme und Übernahme von Funktionen und Dienstleistungen mit unbefristeter Laufzeit. Die Leistungen werden verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip verrechnet und sind anhand eines objektiven konzernweit gültigen Verteilungsschlüssels ermittelt worden. Sie sind somit angemessen. Die Stuttgarter Versicherung AG ist Gläubiger der Leistung. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 411 Tausend €.

7) **Sonstige Verträge – Provisionsabkommen mit der Stuttgarter Versicherung AG**

Die Provisionsvereinbarung vom 14. März 2014 beinhaltet, dass der Außendienst der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. gegen Provision Tarife der Stuttgarter Versicherung AG vertreibt. Die Provisionen werden verursachungsgerecht weiterberechnet und beinhalten die Verrechnung der Provisionen für das Neugeschäft sowie für die Bestandsbetreuung. Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist Gläubiger in diesem Vertragsverhältnis. Der Wert aus dieser Transaktion beträgt 17.534 Tausend €.

8) **Darlehen – Stuttgarter Versicherung Holding AG**

Um den mittelfristigen Finanzierungsbedarf der Stuttgarter Versicherung Holding AG sicherzustellen ist ein Kreditrahmen in Höhe von 30.000 Tausend € verfügbar. Daraus wurden zum Berichtsstichtag folgende Darlehen in Anspruch genommen:

- a) Schuldscheindarlehen vom 17. Mai 2016 mit einer Laufzeit bis 15. Mai 2017 zur Finanzierung der Liquidität der Holding in Höhe von 19.000 Tausend €. Der Zinssatz beträgt 1,00 % p.a. und ist am Ende der Laufzeit fällig.
- b) Schuldscheindarlehen vom 01. Juli 2016 mit einer Laufzeit bis 15. Mai 2017 zur Finanzierung der Liquidität der Holding in Höhe von 10.500 Tausend €. Der Zinssatz beträgt 1,00 % p.a. und ist am Ende der Laufzeit fällig.

9) **Kapitalanlagen – Anteile an Stuttgarter Versicherung Holding AG**

Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. hält 100% der Anteile an der Stuttgarter Versicherung Holding AG im Wert von 61.948 Tausend €. Das gezeichnete Kapital von 5.000 Tausend € ist eingeteilt in 100 Namensaktien zu je 50 Tausend €.

10) **Rückversicherung – Aktive Rückversicherung zur DIREKTE LEBEN Versicherung AG**

Der Exzedenten-Rückversicherungsvertrag auf Risikobasis vom 16. Januar 1998, zuletzt geändert am 24. März 2010, beinhaltet die aktive Rückversicherung aller nach dem 1. Oktober 1997 abgeschlossenen Haupt- und Zusatzversicherungen. Hierbei beträgt der Selbstbehalt der DIREKTE LEBEN Versicherung AG 31 Tausend € der Todesfall-Risikosumme für Hauptversicherungen und 3 Tausend € der BUZ- und EUZ-Jahresrente inkl. Beitragsbefreiung. Das Rückversicherungsergebnis für das rückversicherte Unternehmen beträgt -276 Tausend €.

11) Rückversicherung – Aktive Rückversicherung zur DIREKTE LEBEN Versicherung AG

Der Exzedenten-Rückversicherungsvertrag auf Risikobasis vom 13. September 2010, zuletzt geändert am 05. Oktober 2012, beinhaltet die aktive Rückversicherung aller nach dem 1. Januar 2009 abgeschlossenen Preferred Lifes Risikolebensversicherungen. Hierbei beträgt der Selbstbehalt der DIREKTE LEBEN Versicherung AG 50 Tausend € der Todesfall-Risikosumme. Das Rückversicherungsergebnis für das rückversicherte Unternehmen beträgt 56 Tausend €.

12) Rückversicherung – Aktive Rückversicherung zur PLUS Lebensversicherungs AG

Der Exzedenten-Rückversicherungsvertrag auf Risikobasis vom 29. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24.05.2011, beinhaltet die aktive Rückversicherung aller Haupt- und Zusatzversicherungen. Er gilt für alle nach dem 1. Januar 2004 abgeschlossenen Verträge. Hierbei beträgt der Selbstbehalt der PLUS Lebensversicherungs AG 31 Tausend € der Todesfall-Risikosumme für Hauptversicherungen, 31 Tausend € der Unfalltod-Summe für UZV und 3 Tausend € der BUZ- und EUZ-Jahresrente inkl. Beitragsbefreiung. Das Rückversicherungsergebnis für das rückversicherte Unternehmen beträgt -155 Tausend €.

13) Sonstige Verträge – Gewinnabführungsvertrag mit der Stuttgarter Versicherung Holding AG

Der Gewinnabführungsvertrag vom 22. April 2002 verpflichtet die Stuttgarter Versicherung AG ihren ganzen Gewinn an die Stuttgarter Versicherung Holding AG abzuführen. Abzuführen ist der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss, vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und um den Betrag, der in die gesetzliche Rücklage einzustellen ist. Der Wert aus dieser Transaktion beläuft sich auf 11.082 Tausend €.

A.2. Versicherungstechnische Leistung

Im Folgenden wird das versicherungstechnische Ergebnis pro Geschäftsbereich für den aktuellen Berichtszeitraum dargestellt. Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft beschränkt sich auf Deutschland.

Unser versicherungstechnisches Ergebnis betrug 40.535 Tausend € (Vorjahr 19.921 Tausend €). Die Werte sind gemäß lokaler Rechnungslegung (HGB) ermittelt und werden in den folgenden Tabellen getrennt nach Lebensversicherung und Schaden-Unfall dargestellt.

Versicherungstechnisches Ergebnis in Deutschland (Bereich Lebensversicherung)		Jahr	T €
Lebensversicherungsverpflichtungen	Krankenversicherung ¹	2016	16.734
	Versicherung mit Überschussbeteiligung	2016	31.504
	Index- und fondsgebundene Versicherung	2016	-21.948
Lebensrückversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung ¹	2016	0
	Lebensrückversicherung	2016	0
Gesamt		2016	26.291

¹ Hierbei handelt es sich um Invaliditätsversicherungen.

Versicherungstechnisches Ergebnis in Deutschland (Bereich Unfall-Schaden-Versicherung)		Jahr	T €
Krankheitskostenversicherung		2016	955
Einkommensersatzversicherung		2016	12.078
Feuer- und andere Sachversicherungen		2016	822
Allgemeine Haftpflichtversicherung		2016	856
Verschiedene finanzielle Verluste		2016	118
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zusammenhang stehen		2016	-585
Gesamt		2016	14.244

A.3. Anlageergebnis

A.3.1. Ergebnis aus Kapitalanlagen

In der nachstehenden Tabelle sind die Erträge und Aufwendungen der gesamten Kapitalanlagen je Vermögenswertklassen, die sich am Geschäftsbericht orientieren, zum Stichtag 31.12.2016 aufgeführt. Die Anforderungen aus dem BaFin-Merkblatt für die Änderungen der verwendeten Vermögensklassen kamen zu spät und werden daher zum nächsten Stichtag umgesetzt.

Vermögenswertklassen	Netto-Erträge aus KA (inkl. Ab- / Zuschreibungen)		Gewinne / Verluste aus dem Abgang von KA		Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	12.453	11.725	0	1.005	12.453	12.730
Anteile an verbundenen Unternehmen	10	10	0	0	10	10
Beteiligungen	9.823	10.875	0	0	9.823	10.875
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49	49	0	0	49	49
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	63.597	50.871	-3.966	7.487	59.631	58.358
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	49.107	30.437	48.653	56.681	97.760	87.118
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	5.373	6.862	-395	-125	4.978	6.736
Sonstige Ausleihungen	71.293	81.131	18.291	17.381	89.584	98.512
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0
Gesamt	211.705	191.958	62.583	82.429	274.288	274.387

Zum Ende der Berichtsperiode betragen die saldierten stillen Reserven 793.742 Tausend € (Vorjahr 762.282 Tausend €).

A.3.2. Informationen über Anlagen in strukturierte Produkte

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe investiert in geringem Volumen in strukturierte Finanzprodukte. Zum Jahresende befinden sich im direkten Anlagebestand Multitranchen, Floater und Steepener mit einem Anlageumfang von rund 69.169 Tausend €. Sie gehören zu der Gruppe der zinsabhängigen Schuldtitel.

Unsere Fondsmandate beinhalten weitere kleinere Bestände an strukturierten Produkten. So befinden sich rund 39.429 Tausend € an Verbriefungen innerhalb des Portfolios. Die Kapitalanlage wird durch entsprechende Investment-Guidelines gesteuert und regelmäßig überwacht. Insgesamt entspricht das Volumen der strukturierten Produkte rund 1,6 % bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen der Gruppe.

A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die Entwicklung unserer sonstigen Tätigkeiten kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

in T €	31.12.2016
Sonstiges Ergebnis	-13.070

Es ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Wir verfügen über keine wesentlichen Leasingvereinbarungen.

A.5. Sonstige Angaben

Es liegen keine Sachverhalte vor, welche unter den sonstigen Angaben zu nennen wären.

B. Governance-System

B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System

Mit unserem gruppenweiten Governance-System setzen die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. und die nachgeordneten Versicherungsunternehmen die aufsichtsrechtlichen Vorgaben an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen um. Das Governance-System ist bei allen Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe einheitlich installiert.

Ziel des Governance-Systems ist es, die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie ein solides und vorsichtiges Management der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Das Governance-System ist entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Geschäftstätigkeit.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wird anhand einer Proportionalitätsanalyse begründet, welche von den vier Governance-Funktionen durchgeführt und dem Vorstand vorgestellt wurde. Im Mittelpunkt der Analyse steht das gruppenorientierte Risikoprofil, das anhand verschiedener Einflussfaktoren, wie Rechtsform, Produktportfolio, Kapitalanlage, Outsourcingaktivitäten etc. beschrieben wurde. Im Ergebnis weisen die Risikoprofile der Versicherungsgesellschaften keine Risiken auf, die weitere Vorgaben im Governance-System erforderlich machen.

B.1.1. Allgemeine Beschreibung des Governance-Systems

Das Governance-System umfasst eine angemessene und transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten und ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen. Wir haben angemessene Vorkehrungen einschließlich der Entwicklung von Notfallplänen getroffen, um die Kontinuität und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Dazu greifen wir auf geeignete und verhältnismäßige Systeme, Ressourcen und Verfahren zurück. Wir haben einen Prozess installiert, der es Mitarbeitern unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität ermöglicht, potenzielle oder tatsächliche Rechtsverstöße zu melden. Im Rahmen des Governance-Systems stellen wir zudem sicher, dass alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, jederzeit fachlich qualifiziert und persönlich zuverlässig sind.

Wesentliche Elemente des Governance-Systems stellen das Risikomanagement-System, das Interne Kontrollsystem, die vier Governance-Funktionen und Vorgaben zur Ausgliederung dar.

Zur operativen Umsetzung der Inhalte des Governance-Systems verfügen wir über alle gesetzlich vorgeschriebenen Unternehmensleitlinien.

Wesentliche Gremien im Governance-System sind das Risikokomitee sowie das ALM-Gremium. Die Sitzungen beider Gremien finden regelmäßig und bei Bedarf ad hoc statt.

Zielsetzung des Risikokomitees ist:

- Diskussion der aktuellen Risikosituation auf Basis des Risikoreportings und sonstiger Informationen;
- Diskussion der ORSA-Ergebnisse;
- Berichte/Informationen der vier Governance-Funktionen;
- Einschätzung zur Entwicklung der zukünftigen Risikolage;
- Diskussion geplanter Strategien und neuer Produkte unter Risikogesichtspunkten.

Der feste Teilnehmerkreis besteht aus dem Gesamtvorstand, den Governance-Funktionen (Risikomanagement, Compliance, Revision und Versicherungsmathematische Funktion) sowie dem Leiter Kapitalanlage.

Die Verantwortung für das ALM der Stuttgarter Versicherungsgruppe (siehe Kapitel C.2.1.3.) liegt bei den im ALM-Gremium vertretenen Personen. Diese sind:

- der Vorstandsvorsitzende,
- der Finanzvorstand,
- der Leben-Vorstand,
- der Leiter Kapitalanlage,
- der Leiter Mathematik (Verantwortlicher Aktuar und versicherungsmathematische Funktion),
- ein Vertreter der Hauptabteilung Konzerncontrolling.

Die Überprüfung des Governance-Systems erfolgt durch verschiedene Maßnahmen. Die Interne Revision bewertet im Rahmen der risikoorientierten Prüfungsplanung, ob das Interne Kontrollsystem und andere Bestandteile des Governance-Systems angemessen und wirksam sind.

Der Geschäftsleitung obliegt zudem eine regelmäßige interne Überprüfung aller Elemente des Governance-Systems.

Mit der Durchführung dieses gesamthaften Reviews wird die Interne Revision beauftragt. Sie erstellt hierfür jährlich einen Bericht. Dieser Bericht konsolidiert die Erkenntnisse aller Governance-Funktionen zur Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems. Des Weiteren wird die Einschätzung des Abschlussprüfers berücksichtigt. Es ist nicht zwingend, dass jedes Jahr alle Elemente des Governance-Systems betrachtet werden. Die Würdigung des Reviews erfolgt durch das Risikokomitee, welchem der Gesamtvorstand und die vier Governance-Funktionen angehören. Die Erkenntnisse werden dokumentiert und ggf. Maßnahmen zur Verbesserung ausgesprochen. Die Nachverfolgung der Maßnahmenumsetzungen erfolgt durch die Interne Revision.

B.1.2. Governance-Funktionen

Wir haben die vier aufsichtsrechtlich erforderlichen Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Interne Revisionsfunktion) installiert, die wichtige und kritische Funktionen innerhalb unseres Governance-Systems darstellen. Diese Governance-Funktionen agieren unabhängig und gleichberechtigt; sie unterliegen keinen gegenseitigen fachlichen Weisungen und sind auch gegenüber den Fachbereichen im Unternehmen weisungsunabhängig. Die Governance-Funktionen sind dem Vorstand direkt unterstellt und nehmen ihre Aufgaben objektiv, fair und unabhängig wahr. Sie werden vom Vorstand und von den Fachbereichen über alle wesentlichen Tatsachen informiert, die für ihre Tätigkeit relevant sind. Die Governance-Funktionen haben uneingeschränkten Zugang zu allen erforderlichen Dokumenten und können zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit allen Personen im Unternehmen ungehinderten Kontakt aufnehmen. Sie verfügen über eine, dem Risikoprofil der einzelnen Unternehmen und der Stuttgarter Versicherungsgruppe angemessene personelle sowie sachliche Ausstattung und über die erforderliche fachliche Qualifikation.

Risikomanagement-Funktion

Die Risikomanagement-Funktion koordiniert den Risikomanagement-Prozess und ist für die Entwicklung von Methoden zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken verantwortlich. Sie berät den Vorstand und die Fachbereiche in Risikomanagement-Fragen, unterstützt

bei der frühzeitigen Erkennung von Risiken und erarbeitet Vorschläge für geeignete Gegenmaßnahmen. Die Risikomanagement-Funktion führt unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilungen durch und ermittelt die Solvenzsituation auf Gruppen-Ebene. Durch ihre direkte Zuordnung zum Vorstandsvorsitzenden verfügt sie über ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit. Die Risikomanagement-Funktion arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung der internen und externen rechtlichen Vorgaben. Sie berät den Vorstand und die Mitarbeiter im Hinblick auf die Einhaltung der Vorgaben des Versicherungsaufsichtsrechts nach Solvency II. Die Compliance-Funktion beurteilt mögliche Auswirkungen von Änderungen im rechtlichen Umfeld auf die Tätigkeit der Unternehmen. Sie identifiziert und bewertet das mit der Nichteinhaltung rechtlicher Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion bewertet hierbei zugleich die Angemessenheit der Maßnahmen zur Verhinderung von Verstößen gegen rechtliche Vorgaben. Die Compliance-Funktion arbeitet auf der Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie und eines risikoorientierten Compliance-Plans, die beide vom Vorstand genehmigt werden und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegen.

Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) koordiniert die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Sie stellt die Angemessenheit der verwendeten Methoden und Modelle sicher und bewertet die Qualität der Daten und die Eignung der verwendeten IT-Systeme. In einem jährlichen Bericht an den Vorstand nimmt die VMF Stellung zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung in der Solvenzübersicht, zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen. Außerdem leistet die VMF einen Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems, insbesondere im Rahmen des ORSA. Die VMF arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Interne Revisionsfunktion

Die Interne Revision ist eine im Unternehmen eingerichtete Funktion zur Prüfung der Angemessenheit, der Arbeitsweise, der Wirksamkeit und der Effizienz des Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems. Somit unterliegen die anderen Governance-Funktionen der Prüfung durch die Interne Revision. Sie unterstützt den Vorstand in Bezug auf seine Pflicht zur Vorhaltung eines angemessenen und wirksamen Internen Kontrollsystems. Die Interne Revision liefert in diesem Zusammenhang Analysen, Einschätzungen und Informationen hinsichtlich der überprüften Tätigkeiten. Sie arbeitet unabhängig und objektiv. Die Prüftätigkeiten richten sich grundsätzlich nach dem jährlich von der Internen Revision aufgestellten und vom Vorstand genehmigten Prüfungsplan. Die Interne Revision arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Schnittstellenmanagement

Um sowohl Doppelarbeiten als auch Zuständigkeitslücken zu vermeiden, arbeiten die vier Governance-Funktionen innerhalb abgestimmter und definierter Verantwortungsbereiche. Für die vier Governance-Funktionen bestehen zudem interne Vorgaben für die gegenseitige Information und Kommunikation.

B.1.3. Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen Änderungen am Governance-System erfolgt.

B.1.4. Zuständigkeiten von Vorstand und Aufsichtsrat

B.1.4.1. Vorstand

Die Unternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe sind in Vorstands-Ressorts gegliedert. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Abgrenzung der Ressorts regelt eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung des Vorstands. Die Ressorts werden jeweils von einem Vorstandsmitglied geleitet. Die Ressortleiter entscheiden im Rahmen der ihnen delegierten Verantwortung selbständig. Die Ressortleiter sind für eine zielorientierte Delegation von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung innerhalb ihres Ressorts zuständig. Zu den speziellen Führungsaufgaben der Ressortleiter gehören neben der Mitarbeiterführung die Aufstellung, Überwachung, Kontrolle und, wenn notwendig, die Korrektur der Ressortziele. Der zuständige Ressortleiter veranlasst und überwacht die Ausführung der vom Gesamtvorstand beschlossenen Maßnahmen. Bestehen zwischen einzelnen Vorstandsmitgliedern Meinungsverschiedenheiten über die Ressortabgrenzung, entscheidet der Aufsichtsrat.

Die Ressorts sind wie folgt gegliedert:

Ressort Herr Dr. Fischer:

Rechnungswesen und Steuern, Recht und Compliance, einschließlich Compliance-Funktion (§ 29 VAG), Vermögen und Immobilien

Ressort Herr Berndt:

Marketing und Vertrieb, Öffentlichkeitsarbeit bezüglich Marketing und Vertrieb, betriebliche Altersversorgung

Ressort Herr Dr. Bader:

Mathematik, einschließlich Versicherungsmathematische Funktion (§ 31 VAG) und Verantwortlicher Aktuar (§ 141 VAG), Betrieb und Leistung

Ressort Herr Kübler (PLV und SVA):

Versicherungstechnik, Betrieb und Schaden

Ressort Herr Karsten:

Controlling, Risikomanagement, einschließlich Risikomanagement-Funktion (§ 26 Abs. 8 VAG) und Interne Revision (§ 30 VAG), Datenschutz, Informationstechnik, Personal, Betriebsorganisation und Zentrale Services

Innerhalb des Vorstands bestehen keine Ausschüsse.

B.1.4.2. Aufsichtsrat

Im Folgenden sind die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats der Obergesellschaft SLV beschrieben:

1. Der Aufsichtsrat beschließt in den im Gesetz und in der Satzung ausdrücklich bestimmten Fällen, namentlich über
 - die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Festlegung der Anstellungsbedingungen und Dienstanweisungen für diese;
 - die Gründung von Unternehmen und die Übernahme anderer Unternehmen;
 - die Einberufung einer außerordentlichen Abgeordnetenversammlung, wenn das Wohl des Vereins es fordert;
 - die Zustimmung zur Einführung oder Änderung Allgemeiner Versicherungsbedingungen.

2. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt:

- die Satzung zu ändern, soweit die Änderungen nur die Fassung betreffen (§ 39 Abs. 2 VAG) oder von der Aufsichtsbehörde verlangt werden, bevor diese einen die Satzung ändernden Beschluss der Abgeordnetenversammlung genehmigt (§ 39 Abs. 3 VAG);
- bei dringendem Bedürfnis die Allgemeinen Versicherungsbedingungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorläufig zu ändern (§ 41 Abs. 2 VAG), soweit es sich um Versicherungsverhältnisse handelt, die vor dem 29.7.1994 abgeschlossen worden sind;
- zu bestimmen, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden sollen;
- den Verein bei der Vornahme von Rechtsgeschäften mit den Vorstandsmitgliedern zu vertreten und gegen diese Rechtsstreitigkeiten zu führen;
- Antrag auf Auflösung des Vereins oder auf gänzliche oder teilweise Übertragung des Versicherungsbestandes auf eine andere Versicherungsunternehmung an die Abgeordnetenversammlung zu stellen.

3. Dem Aufsichtsrat obliegt ferner

- die Bestimmung des Abschlussprüfers;
- die Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und die Verwendung des Bilanzgewinns;
- die Billigung des Jahresabschlusses;
- die Berichterstattung an die Abgeordnetenversammlung.

Im Aufsichtsrat der SLV sowie der SVH besteht ein Personalausschuss, welcher sich mit Personalangelegenheiten wie z.B. der Vertragsvorbereitung von Vorstandsverträgen beschäftigt. Die dort erarbeiteten Entwürfe werden dem Gesamtaufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt.

B.1.5. Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungsleitlinien stehen im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie dem Risikoprofil des jeweiligen Unternehmens. Die Vergütungspolitik ist an den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des jeweiligen Unternehmens ausgerichtet. Verantwortlich für die Ausgestaltung des Vergütungssystems ist der jeweilige Aufsichtsrat für die Mitglieder des Vorstands und der jeweilige Vorstand für die Führungskräfte und Mitarbeiter.

Sofern für Mitglieder des Vorstands, Führungskräfte oder Mitarbeiter erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile gewährt werden, leiten sich diese aus der Strategie des jeweiligen Unternehmens sowie aus der strategischen Ausrichtung der gesamten Versicherungsgruppe ab. Einzelne Ziele werden so gestaltet, dass sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Kriterien herangezogen werden. Sie berücksichtigen sowohl die individuelle Leistung als auch die Ergebnisse des einzelnen Geschäftsbereichs.

Variable Vergütungsbestandteile liegen außer bei den Mitgliedern der Vorstände bei allen Mitarbeitern der Gesellschaften einschließlich der Inhaber der Schlüsselfunktionen unterhalb einer relevanten Schwelle, die zu einem Eingehen von besonderen Risiken verleiten könnte.

Das Verhältnis von festen und variablen Vergütungsbestandteilen wurde im marktüblichen Rahmen festgelegt und untermauert den Ansatz, keinen Anreiz zum Eingehen von besonderen Risiken zu bilden. Die Abstufung der Relation entsprechend der Hierarchieebenen trägt ebenfalls dem Grundsatz Rechnung, eine marktadäquate Vergütung zu gewähren.

Zudem behalten die einzelnen Unternehmen sich vor, insbesondere bei Nichterreichen der Unternehmensziele, überhaupt keine variablen Vergütungsbestandteile zu zahlen oder sich auf den individuellen Teil zu beschränken.

B.1.5.1. Mitglieder des Vorstands

Die Vorstandsvergütung besteht aus einem erfolgsunabhängigen und einem erfolgsabhängigen Teil. Der erfolgsunabhängige Teil umfasst fixe Bezüge und Nebenleistungen. Ihre Höhe wird von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt. Wesentliche Nebenleistungen sind die Gestellung eines Dienstwagens, die Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und die Aufnahme in eine Gruppen-Unfallversicherung.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung beträgt bis zu 50 % der fixen Bezüge. Die Skalierung dieser variablen Vergütung ist abhängig vom Erreichen der Gruppenziele und vom Erreichen der mit dem Aufsichtsrat vereinbarten individuellen Ziele.

Den Zielerreichungsgrad beurteilt im jeweiligen Folgejahr der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied. Er beschließt sodann unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben über die Auszahlung der sich daraus für jedes Vorstandsmitglied ergebenden variablen Vergütung. Die Auszahlung eines als wesentlich bestimmten Teils der sich für jedes Vorstandsmitglied ergebenden variablen Vergütung erfolgt um drei Jahre aufgeschoben aufgrund eines erneuten Beschlusses des Aufsichtsrats, für den entsprechend den gesetzlichen Vorgaben quantitative und qualitative Kriterien gelten.

B.1.5.2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten entsprechend der Satzung Vergütungen für ihre Tätigkeit, ihre Zeitversäumnisse und Auslagen. Die Höhe wird von der Hauptversammlung festgesetzt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache des Betrags. Die für die Bezüge zu entrichtende Umsatzsteuer wird den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt.

B.1.5.3. Führungskräfte und AT-Mitarbeiter

Die Vergütung der Führungskräfte und AT-Mitarbeiter besteht aus einem erfolgsunabhängigen und einem erfolgsabhängigen Teil.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung beträgt mit Ausnahme der Schlüsselfunktionsinhaber bis zu 30 % der fixen Bezüge. Die Hälfte dieser variablen Vergütung ist abhängig vom Erreichen der Gruppenziele. Die zweite Hälfte ist abhängig vom Erreichen der mit dem jeweiligen Vorgesetzten vereinbarten individuellen Ziele und der persönlichen Bewertung der Leistung durch den Vorgesetzten.

B.1.5.4. Mitarbeiter im Tarifbereich

Die Unternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe sind Mitglieder im Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen. Die Verbandstarifverträge werden auf alle Arbeitsverhältnisse angewandt. Die Vergütung der Mitarbeiter besteht aus einem erfolgsunabhängigen und einem erfolgsabhängigen Teil.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung ist in einer Betriebsvereinbarung geregelt. Die variable Vergütung ist überwiegend abhängig von der persönlichen Bewertung der Leistung durch den Vorgesetzten.

B.1.5.5. Führungskräfte und Mitarbeiter im Außendienst

Die Vergütung der Führungskräfte und Mitarbeiter im Außendienst besteht aus einem erfolgsunabhängigen, einem erfolgsabhängigen Teil (Geschäftsplanbonus) sowie vertraglich bzw. tarifvertraglich vorgesehenen Provisionen.

Der erfolgsunabhängige Teil umfasst fixe Bezüge und Nebenleistungen.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung ist abhängig von der Erfüllung der individuell vereinbarten Umsatz- und Qualitätserwartungen.

B.1.5.6. Inhaber und Mitarbeiter von Schlüsselfunktionen

Grundsätzlich richtet sich die Vergütung für Inhaber und Mitarbeiter der Schlüsselfunktionen nach obigen Grundsätzen. Eine besondere Regelung gilt, sofern ein variabler Teil der Vergütung abhängig von der Erreichung individueller Ziele ist. Diese individuellen Ziele sind stets so ausgestaltet, dass sie die Leistung der ihrer Kontrolle unterstehenden operativen Einheiten nicht zum Gegenstand haben. Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung beträgt bis zu 20 % der fixen Bezüge.

B.1.5.7. Zusatzrenten und Vorruhestandsregelungen

Die betriebliche Altersversorgung der Vorstandsmitglieder und der Inhaber der Schlüsselfunktionen basiert auf beitragsorientierten bzw. endgehaltsbezogenen Leistungszusagen, für die Pensionsrückstellungen gebildet oder Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen wurden.

B.1.5.8. Transaktionen während der Berichtsperiode

An Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte wurden zum Bilanzstichtag keine Kredite gewährt. Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personengruppen wurden nicht eingegangen, wesentliche Transaktionen nicht mit diesen Personen getätigt.

B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1. Vorstand

Verantwortlich für die Feststellung und Überwachung der fachlichen Qualifikation sowie der persönlichen Zuverlässigkeit ist der Aufsichtsrat eines jeden Unternehmens.

Die Bestellung eines Mitglieds des Vorstands einer Gesellschaft erfolgt durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Dabei berücksichtigt er die Vorgaben des jeweiligen Merkblatts der BaFin. Die dort genannten Unterlagen sind Gegenstand des Bestellungsverfahrens. Die Beurteilung, ob eine Person fachlich qualifiziert ist, umfasst eine Bewertung ihrer beruflichen und formalen Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägigen Erfahrungen im Versicherungssektor, anderen Finanzsektoren oder anderen Unternehmen. Bei der Bewertung der Qualifikationen sind die übertragenen Aufgaben sowie die Ressortaufteilung zu berücksichtigen.

Der Aufsichtsrat des jeweiligen Unternehmens überzeugt sich regelmäßig von der fachlichen Qualifikation aller Mitglieder des Vorstands.

Die individuellen Qualifikationen der einzelnen Mitglieder des Vorstands eines jeden Unternehmens haben sich sinnvoll zu ergänzen, so dass die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder des Vorstands in seiner Gesamtheit ein solides und vorsichtiges Management des Unternehmens gewährleisten. Zudem überzeugt sich der Aufsichtsrat davon, dass jedes einzelne Mitglied des Vorstands über ausreichende Kenntnisse aller Bereiche verfügt, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten.

Der Aufsichtsrat jeder Gesellschaft überzeugt sich von der persönlichen Zuverlässigkeit eines jeden Mitglieds des Vorstands. Die Bewertung erfolgt anhand einer Selbsterklärung über etwaige Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, gewerberechtliche Entscheidungen sowie über vermögensrechtliche Verfahren. Diese Erklärung wird durch das einzelne Mitglied des Vorstands der Gesellschaft jeweils zu Beginn einer Bestellungsperiode abgegeben. Dies wird durch eine Verpflichtung

ergänzt, während des Zeitraums der Bestellung den Aufsichtsrat selbstständig darauf hinzuweisen, wenn das Kriterium der persönlichen Zuverlässigkeit durch neue Sachverhalte berührt sein kann.

Zu einer außerordentlichen Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit von Mitgliedern des Vorstands einer Gesellschaft führen Umstände, die ein solides und umsichtiges Management des Geschäfts betreffen. Das ist insbesondere bei Zweifeln an der persönlichen Zuverlässigkeit, die aus einer Meldung des einzelnen Mitglieds des Vorstands resultieren, sowie bei Vorliegen bestimmter Kriterien der Fall.

B.2.2. Aufsichtsrat

Die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats einer Gesellschaft richtet sich nach deren Satzung. Ziel ist es, den Aufsichtsrat so zu besetzen, dass eine angemessene Kontrolle und Beratung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Der Aufsichtsrat setzt sich so zusammen, dass die Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats sollen dem Risikoprofil der Gesellschaft entsprechend Kenntnisse in den wichtigsten Themenfeldern – hierzu gehören die Bereiche Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung – vorhanden sein. Nicht erforderlich ist, dass jedes Mitglied des Aufsichtsrats alle vorstehend genannten fachlichen Anforderungen erfüllt. Im Übrigen ist hinsichtlich der fachlichen Eignung der Mitglieder des Aufsichtsrats einer Gesellschaft, ihrer Zuverlässigkeit und ihrer zeitlichen Verfügbarkeit sowie der Vermeidung von Interessenkonflikten das BaFin-Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen gemäß VAG zu beachten.

Der Aufsichtsrat legt jährlich im Rahmen einer Selbsteinschätzung die Abdeckung der vorstehend genannten sowie eventuell weiteren Themenfelder dar. Die Selbsteinschätzung ist Grundlage für etwaige Fortbildungen der Aufsichtsratsmitglieder. Die Dokumentation erfolgt durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Die außerordentliche Beurteilung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit von Mitgliedern des Aufsichtsrats erfolgt entsprechend der Vorgehensweise bei Vorständen.

B.2.3. Schlüsselfunktionen

Das Einstellungsverfahren eines Leiters einer Schlüsselfunktion läuft nach einem festgelegten Prozess unter Einbeziehung des Vorstands. Zudem wurden Kriterien zur Feststellung der "fachlichen Qualifikation" und "persönlichen Zuverlässigkeit" entwickelt. Diese dienen als Vorgabe für die Berufsqualifikation, Kenntnisse, Erfahrungen und Persönlichkeit der Funktionsinhaber.

Im Rahmen der regelmäßig erfolgenden Beurteilung der Leiter der Schlüsselfunktionen überprüft der jeweilige Ressortvorstand die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit. Dies wird durch eine Verpflichtung des Leiters der Schlüsselfunktion ergänzt, während der Laufzeit eines Beurteilungszeitraumes selbstständig darauf hinzuweisen, wenn das Kriterium der persönlichen Zuverlässigkeit durch neue Sachverhalte berührt sein kann.

Die außerordentliche Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit von Inhabern der Schlüsselfunktionen erfolgt entsprechend der Vorgehensweise bei Vorständen.

B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1. Allgemeine Informationen zum Risikomanagementsystem

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe verfügt im Rahmen der Unternehmenssteuerung über ein umfassendes Risikomanagementsystem mit dem Ziel, Risiken durch eine effektive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, die Finanzkraft zu sichern und die Unternehmensqualität nachhaltig zu steigern. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt beim Vorstand, der im Rahmen

der Risikostrategie die risikopolitischen Grundsätze vorgibt. Der organisatorische Aufbau basiert auf der Funktionstrennung zwischen risikoeingehenden und risikosteuernden Fachbereichen einerseits sowie risikoüberwachenden Bereichen andererseits. Das Management der Risiken erfolgt dezentral in den Fachbereichen, da hier das Know-how zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken liegt. Die Risikomanagement-Funktion gibt den Rahmen für die einheitliche Vorgehensweise und Methodenanwendung vor und ist für die vierteljährliche Gesamtberichterstattung verantwortlich. Die fachbereichsübergreifende Betrachtung der Risikosituation erfolgt im Risikokomitee, in welchem der Vorstand, die Governance-Funktionen sowie der Bereich Kapitalanlage vertreten sind.

Die Risikomanagement-Funktion ist so strukturiert, dass sie die Umsetzung des Risikomanagementsystems erleichtert. Integriert in die Hauptabteilung Konzerncontrolling, welche direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet ist, verfügt sie über ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit. Durch die Aufgabenschwerpunkte des Konzerncontrollings, wie z.B. Kapitalanlagecontrolling, Begleitung der strategischen Planung sowie der strategischen Steuerung sind sämtliche risikorelevante Informationen in der Hauptabteilung gebündelt. Des Weiteren stellt die ganzheitliche Unternehmenssicht ein allumfassendes Risikomanagement sicher.

Bei wesentlichen Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gesellschaften haben könnten, wird die Risikomanagement-Funktion einbezogen. Dies sind z.B. die Einführung neuer Produkte, Investitionen in für die Gesellschaften neue Anlageformen, neue Sparten/Vertriebswege, Outsourcing von Schlüsselfunktionen etc. Die Dokumentation der Einbeziehung und Stellungnahme des Risikomanagements erfolgt in der Hauptabteilung Konzerncontrolling. Wird der Empfehlung der Risikomanagement-Funktion nicht Folge geleistet, werden die Gründe für die Nichtberücksichtigung im Vorstandsbeschluss dargelegt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems erfolgen jährliche Prüfungen unterschiedlicher Bestandteile durch die interne Revision.

B.3.2. Risikomanagementprozesse

B.3.2.1. Risikoidentifikation

Im jährlichen Turnus erfolgt im Rahmen der Risikoinventur die Identifikation der Risiken, die auf die einzelnen Fachbereiche und Geschäftsprozesse einwirken. Ziel ist, eine möglichst lückenlose Erfassung aller Gefahrenquellen, Schadensursachen und Störpotenziale zu gewährleisten. Die Risikoinventur wird vom zentralen Risikomanagement mittels eines standardisierten Verfahrens durchgeführt.

Die identifizierten Risiken werden in folgende Kategorien unterschieden:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Ausfallrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Strategisches Risiko
- Reputationsrisiko

B.3.2.2. Risikoanalyse und –bewertung

Im Zuge der Risikoanalyse werden die identifizierten Risiken hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das jeweilige Unternehmen analysiert und das unternehmensindividuelle Risikoprofil bestimmt. Das Ergebnis der Risikoanalyse wird im ORSA-Bericht dokumentiert.

Die Risiken werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich bewertet. Die Bewertung erfolgt für das Versicherungstechnische Risiko, Marktrisiko sowie Ausfallrisiko auf Basis der Standardformel, angepasst auf das unternehmensindividuelle Risikoprofil der jeweiligen Gesellschaft.

Die unternehmensindividuellen Risikofaktoren werden im Zuge der jährlichen Abweichungsanalyse des Risikoprofils von der Standardformel ermittelt.

Für Risiken, die nicht in der Standardformel enthalten sind, ist charakteristisch, dass eine Quantifizierung nicht oder nur teilweise möglich ist. Die Berücksichtigung im unternehmensindividuellen Risikoprofil erfolgt daher qualitativ.

Die Quantifizierung der Operationellen Risiken erfolgt mittels stochastischer Risikosimulation unter Annahme eines 200-Jahr-Ereignisses, was einem Konfidenzniveau von 99,5% entspricht. Die für die Modellierung notwendigen Basisdaten Worst Case, mittlerer Schaden sowie Schadenhäufigkeit werden von den Risikoverantwortlichen im Zuge der jährlichen Risikoinventur ermittelt bzw. aktualisiert, wobei folgende Methoden zur Anwendung kommen:

- **Datenbasierter Ansatz:** Ableitung der Parameter aus unternehmensinternen Daten der Vergangenheit.
- **Szenariobasierter Ansatz:** Analyse der ungünstigsten aber plausiblen Fälle, mit denen das Unternehmen konfrontiert sein könnte.
- **Expertenbasierter Ansatz:** Ableitung der Parameter aus Erfahrungswerten, Nutzung von internem Experten-Know-how.

Simuliert wird der Kapitalbedarf bei Risikoeintritt der voneinander unabhängigen Risiken unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Risikominderung. Da es sich jedoch weitestgehend um qualitative Maßnahmen handelt, ist eine Quantifizierung der Risikominderung nicht möglich, sondern geht lediglich als Schätzwert in die Bewertung ein (Nettobewertung).

B.3.2.3. Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung nimmt eine Schlüsselstellung im Risikomanagementprozess ein, da eine positive Veränderung der Risikolage und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erfolgchancen und Verlustgefahr erreicht werden sollen. Sie ist ein Bestandteil des unternehmensweiten internen Kontrollsystems.

Prinzipiell gibt es drei Alternativen: die präventive, die korrektive und die nicht-aktive Risikosteuerung. Die präventive Risikosteuerung zielt darauf ab, Risiken aktiv durch Beseitigung oder Reduzierung der entsprechenden Ursachen zu vermeiden oder zu vermindern. Das heißt, durch Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder des Schadenausmaßes – zum Beispiel durch personelle, technische oder organisatorische Maßnahmen – entstehen keine oder verminderte Risikofolgen. Bei der korrektiven Risikosteuerung wird hingegen der Eintritt eines Risikos bewusst akzeptiert. Ziel ist dabei nicht, die Eintrittswahrscheinlichkeiten oder die Tragweite der Risiken zu reduzieren, sondern die Auswirkungen des Risikoeintritts auf andere Risikoträger zu überwälzen (z. B. in Form von Rückversicherung). Die dritte Alternative besteht darin, keine aktive Risikopolitik zu betreiben, sondern das Risiko zu akzeptieren, zu übernehmen und mit ausreichendem Risikokapital zu hinterlegen. Die Wahl der Alternativen ist situationsabhängig und wird gemäß der Kompetenzen und Zeichnungsbefugnisse in den Fachbereichen verantwortet, welche die Entscheidung grundsätzlich unter Berücksichtigung eines optimalen Risiko-Chance-Kalküls nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen.

Die Risikoüberwachung erfolgt über ein Frühwarnsystem, das mittels festgelegter Risikoindikatoren die Entwicklung der Risiken aufzeigt. Anhand der Risikoindikatoren sowie einer persönlichen Einschätzung beurteilt der Risikoverantwortliche vierteljährlich, ob die vorhandenen Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen ausreichen, um das Risiko zu steuern. Das Ergebnis wird in Form einer Statureinschätzung (grün = unkritisch, gelb = kritisch, rot = gefährlich) in der Risikotabelle dokumentiert. Insbesondere bei gelbem bzw. rotem Status liegt es im Ermessen des Risikoverantwortlichen weitere Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen zu installieren (1. Verteidigungslinie). Die Risikomanagement-Funktion überwacht die Einhaltung der Anforderungen durch die Risikoverantwortlichen im Zuge des vierteljährlichen Risikoreportings (2. Verteidigungslinie). Eine jährliche Überprüfung der internen Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen erfolgt im Rahmen der Risikoinventur.

B.3.2.4. Risikoreporting

Die Häufigkeit und der Inhalt der Risikoberichterstattung ist darauf ausgerichtet, dem Vorstand alle notwendigen aktuellen Informationen zur Verfügung zu stellen, damit dieser Entscheidungen mit einem angemessenen Detaillierungsgrad treffen kann.

Die Berichterstattung über die Risiken der jeweiligen Gesellschaft, welche die risikorelevanten Informationen jeder Risikokategorie beinhaltet, erfolgt quartalsweise an den Vorstand sowie an das Risikokomitee und im vierten Quartal auch an den Aufsichtsrat. Dazu führt die Risikomanagement-Funktion eine Abfrage der Risikosituation bei den Fachbereichen durch, die ihre Einschätzung mittels einer Statusangabe für jedes Risiko abgeben. Zur Darstellung der Gesamtrisikosituation der einzelnen Unternehmen werden die Risiken der Fachbereiche nach Risikokategorien aggregiert. Des Weiteren wird die Entwicklung der Risiken zum Vorquartal analysiert und aufgezeigt.

Außerhalb des vierteljährlichen Berichtsturnus besteht die Möglichkeit, neu entstandene Risiken sowie Veränderungen bei bestehenden Risiken in Form von Ad-hoc-Meldungen anzuzeigen. Die Meldung der Risikoverantwortlichen muss in schriftlicher Form an die Risikomanagement-Funktion erfolgen, welche die Risikobewertung zusammen mit dem Fachbereich vornimmt und dokumentiert. Wesentliche Änderungen der Risikosituation werden dem Vorstand umgehend angezeigt, um eine frühzeitige Risikosteuerung zu ermöglichen.

Für Krisensituationen im Kapitalanlagenbereich, bei Bedarf auch in anderen Bereichen, existiert ein Sonderreporting, welches von der Risikomanagement-Funktion oder den Risikoverantwortlichen erstellt und dem Vorstand sowie ggf. dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt wird. Als Krisensituationen werden wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Ereignisse von besonderer Tragweite für die Stuttgarter Versicherungsgruppe sowie extreme Marktbewegungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bilanz verstanden.

Gemäß Artikel 45 der Solvency II-Rahmenrichtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) erstellt das zentrale Risikomanagement jährlich für die Versicherungsunternehmen sowie für die Gruppe einen ORSA-Bericht, welcher als Single-ORSA-Bericht konzipiert ist. Dabei wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen alle Anforderungen erfüllen, die auch ein ORSA-Bericht auf Einzelebene erfüllen müsste.

B.3.3. ORSA-Prozess

Im Mittelpunkt des Risikomanagementsystems steht der ORSA-Prozess mit der unternehmenseigenen Beurteilung der Risiko- und Solvabilitätssituation. Dabei wird das Ziel verfolgt, das unternehmenseigene Risikoprofil zu bestimmen und den daraus resultierenden internen Risikokapitalbedarf kontinuierlich zu analysieren und zu bewerten. ORSA umfasst die Gesamtheit der Prozesse und Verfahren, die eingesetzt werden, um kurz- und langfristige Risiken, denen die Unternehmen ausgesetzt sind bzw. ausgesetzt sein könnten, zu identifizieren, zu bewerten, zu überwachen, zu steuern und zu berichten. Die Ergebnisse des ORSA werden bei der Festlegung der Geschäftsstrategie und im Rahmen der Unternehmensplanung berücksichtigt. Im Gegenzug fließen strategische Entscheidungen, welche den Gesamtsolvabilitätsbedarf und die gesetzlichen Kapitalanforderungen wesentlich beeinflussen, in die ORSA-Berechnungen ein bzw. werden im Vorfeld hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Risikosituation beurteilt.

B.3.3.1. Häufigkeit und Angemessenheit

- **Regulärer ORSA**

Die Durchführung des regulären ORSA erfolgt im jährlichen Turnus, terminlich orientiert an der Jahresberechnung der Standardformel. Dies ist vor dem Hintergrund der Wesensart, des Umfangs und der Komplexität der Risiken als angemessen zu beurteilen.

- **Nicht-regulärer ORSA**

Ein nicht-regulärer ORSA wird anlassbezogen durchgeführt. Auslöser können sowohl externe als auch interne Faktoren sein.

Unter externen Faktoren werden wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Ereignisse von besonderer Tragweite für die Stuttgarter Versicherungsgruppe verstanden. Interne Faktoren sind in erster Linie strategische Entscheidungen wie zum Beispiel der Auf- oder Abbau von Versicherungssparten mit wesentlichen Veränderungen der Bestandsstruktur während des Geschäftsjahrs.

Unter einem nicht-regulären ORSA wird entweder ein vollständiger ORSA oder ein Teil-ORSA verstanden. Im Zuge des Teil-ORSA wird geprüft, wie sich das Ergebnis der letzten Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf Grund des internen oder externen Ereignisses verändert. Bei wesentlichen Veränderungen erfolgt im nächsten Schritt ein vollständiger ORSA. Die Beurteilung der Wesentlichkeit obliegt der Risikomanagement-Funktion unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen sowie der Solvenzsituation der betroffenen Gesellschaft.

Auf Gruppenebene wird ein nicht-regulärer ORSA dann durchgeführt, wenn sich das Risikoprofil der SLV wesentlich verändert, da sie in ihrer Funktion als Obergesellschaft das dominierende Unternehmen innerhalb der Gruppe darstellt.

B.3.3.2. Beurteilung der Abweichung zwischen Risikoprofil und Standardformel

Die Solvenzkapitalanforderung der Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe wird auf Basis der Standardformel berechnet. Da die Standardformel als universell einsetzbare Berechnungsmethode das unternehmensindividuelle Risikoprofil nicht genau abdeckt, ist zu prüfen, ob sich die Abweichungen innerhalb eines akzeptablen Rahmens bewegen oder ob Anpassungen notwendig sind. So wird auf Basis einer Analyse der einzelnen Risikoprofile untersucht, inwieweit die Parameter der Standardformel für den Gesamtsolvabilitätsbedarf der jeweiligen Gesellschaft angemessen sind bzw. an welchen Stellen unternehmenseigene Risikobewertungen vorzunehmen sind. Des Weiteren werden Risiken analysiert und bewertet, die nicht in der Standardformel abgebildet sind.

Abweichungen zwischen Risikoprofil und Annahmen der Standardformel können sowohl Überschätzungen als auch Unterschätzungen darstellen. Während eine Überschätzung von Risiken aus aufsichtsrechtlicher Sicht als unbedenklich angesehen wird, stellen unterschätzte Risiken ab einer bestimmten Größenordnung eine Gefahr für die Belange der Versicherten dar. Bei einer vorliegenden Unterschätzung von Risiken ist daher zu prüfen, ob diese insgesamt als signifikant anzusehen ist.

Als Ergebnis der Beurteilung der Abweichung zwischen Risikoprofil und Standardformel wird für jedes Unternehmen begründet, ob die Verwendung der Standardformel angemessen ist oder die Risiken durch die Standardformel wesentlich über- oder unterschätzt werden.

B.3.3.3. Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs ist die Standardformel, welche für das Risikoprofil der Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe grundsätzlich geeignet ist.

Kommt die Abweichungsanalyse zwischen Risikoprofil und Standardformel zu dem Ergebnis, dass die Abweichung nicht als signifikant einzustufen ist, werden die Ergebnisse der Säule 1-Berechnungen als Basisszenario für den Gesamtsolvabilitätsbedarf angesetzt. Bei Vorliegen einer signifikanten Abweichung werden für die unterschätzten Risiken die Parameter der Standardformel angepasst bzw. durch unternehmenseigene Risikofaktoren ersetzt.

Nicht quantifizierbare Risiken werden qualitativ berücksichtigt.

B.3.3.4. Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Zur Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs werden gesellschaftsindividuell verschiedene Stresstests durchgeführt, deren Ausgestaltung in Abhängigkeit der aktuellen Rahmenbedingungen jährlich neu festgelegt wird. Für nicht bzw. schwer quantifizierbare wesentliche Risiken erfolgt eine qualitative Stressbetrachtung. Die Sensitivität der Standardformel gegenüber Änderungen des Risikoprofils wird mittels unternehmensindividueller Sensitivitätsanalysen beurteilt.

B.3.3.5. Prognose des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Zur Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der gesetzlichen Kapitalanforderungen wird eine Prognoserechnung über einen Zeitraum von fünf Jahren erstellt, was dem geschäftlichen Planungshorizont der Gesellschaften entspricht.

B.3.3.6. Ableitung strategischer Entscheidungen

Der ORSA der Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftsstrategie und fließt kontinuierlich in die strategischen Entscheidungen ein. Die Ergebnisse des ORSA werden im Gesamtvorstand diskutiert und erörtert. Dabei findet insbesondere eine Auseinandersetzung mit den Risiken der einzelnen Unternehmen und den daraus resultierenden Kapitalbedarfen statt. Des Weiteren beschäftigt sich der Vorstand mit der Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie Eigenmittel unter der Annahme verschiedener Zukunftsszenarien.

B.3.4. Interaktion zwischen Risikomanagement und Kapitalmanagement

Ziel des Kapitalmanagements der Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe ist es sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln bedeckt sind. Des Weiteren soll, im Fall eines zusätzlichen Kapitalbedarfs, das Aufbringen qualitativ angemessener Eigenmittel gewährleistet werden.

Um die aufsichtsrechtliche Vorgabe der jederzeitigen Bedeckung der Solvabilitäts- und Mindestkapitalanforderungen mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln und anrechnungsfähigen Basiseigenmitteln zu gewährleisten, werden regelmäßige Berechnungen durchgeführt, wie z.B. die mittelfristige Kapitalmanagementplanung. Diese Planung basiert auf der 5-Jahres-HGB-Ergebnis-Planung und leitet daraus die Entwicklung des Eigenkapitals ab. Hierbei gilt als Grundbedingung, dass die Solvabilitäts- und Mindestkapitalanforderung nach Solvabilität II gedeckt sein muss. Flankiert wird dies ebenfalls durch monatliche Liquiditätsplanungen.

Die Kapitalmanagementplanung erfolgt rollierend im Rahmen des Risikomanagements und insbesondere des ORSA-Prozesses unter Berücksichtigung der (Mehr-)Jahres-Planung der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB. Die 5-Jahres-Planung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs wird im ORSA-Bericht dargestellt. In diesen Planungsberichten wird die Eigenmittelenwicklung in einem mittelfristigen Zeithorizont, der auch dem üblichen Unternehmensplanungshorizont entspricht, nach Solvency II überwacht und eventuell notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Um eine laufende ausreichende Bedeckung der Solvabilitätsanforderungen sicherzustellen, wird im Kapitalmanagementplan u.a. die reduzierte Anrechenbarkeit von Eigenmitteln berücksichtigt.

B.4. Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem besteht aus folgenden Bestandteilen:

- Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren,
- Interner Kontrollrahmen,
- unternehmensinterne Berichterstattung und

- Funktion der Überwachung der Einhaltung der Anforderungen (Compliance-Funktion).

Es setzt sich aus der Gesamtheit der dokumentierten Verfahren und den hierin enthaltenen Risiken, Kontrollen, Verantwortlichkeiten und Kommunikationswegen zusammen.

B.4.1. Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren

Die Verwaltungsverfahren der Stuttgarter Versicherungsgruppe dienen dem reibungslosen Ablauf der Geschäftsprozesse. Entsprechende Beschreibungen finden sich z.B. in Organigrammen, Arbeitsanweisungen, Handbüchern, Stellenbeschreibungen sowie in den Anweisungs- und Zeichnungsbefugnissen. Die zentralen Geschäftsprozesse sind inklusive ihrer wesentlichen Risiken und Kontrollen visualisiert und dokumentiert.

Die Rechnungslegungs- bzw. Bilanzierungsverfahren, welche die handelsrechtlichen Regelungen zu Ansatz, Bewertung und Ausweis von Geschäftsvorfällen beinhalten, sind ebenfalls in Form von Arbeitsanweisungen abgebildet.

B.4.2. Interner Kontrollrahmen

Zur Schaffung eines angemessenen und wirksamen Kontrollumfelds sind die Organisationsstruktur, das Risikomanagementsystem und das Informationssystem so aufeinander abgestimmt, dass jede Organisationseinheit die von ihr zu verantwortenden Risiken kennt und entsprechende interne Kontrollen einrichtet. Jede Organisationseinheit trägt dafür Sorge, dass die jeweiligen Aufgaben in Kenntnis der aktuellen Branchen- und Berufsstandards erledigt werden. Die Vorstände der Unternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe fördern vor diesem Hintergrund die Weiterbildung sowie die aktive Mitwirkung in entsprechenden Gremien.

Angemessene und wirksame interne Kontrollen werden durch die Prozesseigner und Linienverantwortlichen in Abhängigkeit der jeweiligen Risiken eingerichtet. Hierzu zählen auch interne Kontrollen zur Sicherstellung, dass die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Hinblick auf die Einhaltung der Anforderungen von Art. 75 der Solvency II Richtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) angemessen ist.

B.4.3. Unternehmensinterne Berichterstattung

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe hat ein Informations- und Kommunikationssystem eingerichtet, das sicherstellt, dass risikorelevante Informationen frühzeitig an die entsprechenden Adressaten gelangen.

B.4.4. Compliance-Funktion

B.4.4.1. Aufgaben

Die einzelnen Zuständigkeiten der Compliance-Funktion ergeben sich aus den aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Aufgaben. Sie umfassen die Überwachungsfunktion, die Beratungsfunktion, die Frühwarnfunktion und die Risikokontrollfunktion. Zu den Aufgaben zählt weiter die Erstellung des Compliance-Plans.

Die Zuständigkeiten, Befugnisse und Berichtspflichten sind in der Leitlinie für die Compliance-Funktion geregelt.

B.4.4.2. Organisation

Unabhängigkeit

Die delegationsfeste Letztverantwortung für die Compliance liegt beim Gesamtvorstand. Die Compliance-Funktion ist im Bereich Recht und Compliance als Stabsstelle organisiert und hat so direkten Zugang zu allen Vorstandsmitgliedern. Sie untersteht somit der Letztverantwortung des Gesamtvorstandes. Durch diese Organisationsstruktur ist gewährleistet, dass die Compliance-Funktion ihre

Aufgaben frei von Einflüssen erfüllen kann, die sie daran hindern könnten, ihre Aufgaben objektiv und unabhängig wahrzunehmen.

Zusammenarbeit

Die Compliance-Funktion arbeitet eng mit den anderen Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Interne Revision) zusammen. Zu diesem Zweck finden quartalsweise und bei Bedarf Ad-hoc-Besprechungen statt, zudem werden alle Berichte der Governance-Funktionen wechselseitig zur Information überlassen.

B.4.4.3. Befugnisse

Die Compliance-Funktion besitzt die aufsichtsrechtlich vorausgesetzten Befugnisse. Sie kann aus eigener Initiative ungehindert mit jedem Personalangehörigen kommunizieren und verfügt über uneingeschränkten Zugang zu allen für die Ausübung ihrer Zuständigkeiten benötigten einschlägigen Informationen.

B.5. Funktion der Internen Revision

B.5.1. Aufgaben und Umsetzung der Internen Revision

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft.

Dementsprechend ist die Interne Revision eine Schlüsselfunktion zur Prüfung der Arbeitsweise, Wirksamkeit und Effizienz des Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems. Sie wirkt zudem prüferisch und koordinierend an der regelmäßigen Überprüfung des Governance-Systems mit. Die Tätigkeitsfelder der Internen Revision ergeben sich in erster Linie aus dem Prüfungsuniversum für die Stuttgarter Versicherungsgruppe, aus dem Mehrjahresplan und aus der jährlichen Prüfungsplanung. Beratungstätigkeiten sowie Ad-hoc- und Sonderprüfungen werden von der Internen Revision in Abstimmung mit einzelnen Vorstandsmitgliedern oder mit dem Gesamtvorstand durchgeführt.

Die Interne Revision verfügt über ein uneingeschränktes Prüfungsrecht. Sämtliche Grundlagen für die Revisionstätigkeit richten sich nach der Leitlinie für die Interne Revision.

Die Verantwortung für die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit obliegt dem gesamten Vorstand. Die Interne Revision ist ein Instrument des Gesamtvorstandes, sie ist dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt.

B.5.2. Grundsatz der Unabhängigkeit und Objektivität

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Sie ist insbesondere bei der Prüfungsplanung, Durchführung von Prüfungen, Berichterstattung und bei der Wertung der Prüfergebnisse keinen Weisungen unterworfen. Das Direktionsrecht des Vorstandes zur Anordnung von zusätzlichen Prüfungen steht der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Internen Revision nicht entgegen. Einschränkungen oder Beeinflussungen sind dem Vorstand unverzüglich zu melden.

Die Interne Revision darf grundsätzlich nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut werden. Auf keinen Fall dürfen Aufgaben wahrgenommen werden, welche mit der Prüfungstätigkeit nicht im Einklang stehen. Unter Wahrung der Unabhängigkeit kann die Interne Revision im Rahmen ihrer Aufgaben für den Vorstand oder im Auftrag des Vorstandes für einen Fachbereich beratend tätig werden.

Mitarbeiter, die in anderen Geschäftsbereichen des Unternehmens beschäftigt sind, sind grundsätzlich nicht für Aufgaben der Internen Revision vorgesehen. Das schließt jedoch nicht aus, dass in

begründeten Einzelfällen andere Mitarbeiter aufgrund ihres Spezialwissens zeitweise für die Interne Revision tätig werden. Dies schließt auch externe Berater mit ein.

Die Mitarbeiter der Internen Revision erfüllen ihre Aufgaben objektiv. Unter dem Grundsatz der Objektivität würdigt der Revisor die festgestellten Sachverhalte unter den Aspekten der Gewissenhaftigkeit und der Vollständigkeit auf umfassende, gerechte und unparteiische Art und Weise. Grundsätzlich haben die Mitarbeiter der Internen Revision jeden Vorteil, der als Beeinträchtigung der Objektivität angesehen werden kann, abzulehnen.

B.6. Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Im Rahmen des Governance-Systems wurde die Versicherungsmathematische Funktion eingerichtet.

B.6.1. Aufgaben und Verantwortlichkeiten

Die Aufgaben der Versicherungsmathematischen Funktion ergeben sich aus der Solvency II Richtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) und den daraus abgeleiteten nationalen Vorschriften (insbesondere § 31 VAG) sowie aus der Solvency II Verordnung (Delegierte Verordnung 2015/35). Dies sind insbesondere:

1. Koordination und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
2. Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik
3. Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
4. Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagements
5. Berichterstattung an das Management (Gesamtvorstand)

B.6.2. Gewährleistung der Objektivität und Unabhängigkeit

Umgang mit möglichen Interessenkonflikten

Der Inhaber der VmF ist auch Leiter der Hauptabteilung Mathematik und Verantwortlicher Aktuar. Daraus könnten bei der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben Interessenkonflikte entstehen. Um dem zu begegnen, werden mögliche Interessenkonflikte grundsätzlich dem Vorstandmitglied offen gelegt, der für Fragen der Versicherungsmathematik verantwortlich ist.

Wo möglich und vor dem Hintergrund der Proportionalität vertretbar, werden Interessenkonflikte durch organisatorische Regelungen (Trennung von Verantwortlichkeiten innerhalb der Gesellschaft) vermieden. Wo dies nicht möglich ist oder mit nicht vertretbarem Aufwand verbunden wäre, wird dies in Berichten transparent gemacht und es werden geeignete Maßnahmen zur Vermeidung ergriffen.

B.7. Outsourcing (Ausgliederung)

B.7.1. Outsourcing-Politik

Die einheitliche Outsourcing-Politik der Stuttgarter Versicherungsgruppe ist in der Leitlinie Outsourcing beschrieben. Mit dieser Leitlinie wird sichergestellt, dass die versicherungsaufsichtsrechtlichen Vorgaben auch dann eingehalten werden, wenn ein Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit auf einen Dienstleister außerhalb oder innerhalb der Stuttgarter Versicherungsgruppe ausgelagert wird. Die Auslagerung erfolgt gemäß eines definierten Prozessablaufs. Für den schriftlichen Vorschlag zur Auslagerung einer Funktion oder Tätigkeit wurde eine entsprechende Vorstandsvorlage entwickelt.

Die Ausgliederung von Funktionen oder Tätigkeiten, die kritisch oder wichtig sind, ist in der Leitlinie Outsourcing geregelt. Sie betrifft die unverzichtbaren Funktionen und Tätigkeiten, ohne die die Versicherungsunternehmen nicht in der Lage wären, die Leistungen für den Versicherungsnehmer zu erbringen.

Ausgehend von dem Kriterium der Unverzichtbarkeit für die Tätigkeit als Versicherungsunternehmen werden folgende Funktionen und Tätigkeiten als kritisch und wichtig angesehen:

1. Risikomanagement-Funktion
2. Versicherungsmathematische Funktion
3. Compliance-Funktion
4. Interne Revisions-Funktion
5. Verantwortlicher Aktuar
6. Vertrieb
7. Underwriting
8. Bestandsverwaltung
9. Leistungsbearbeitung
10. Rechnungswesen
11. Vermögensanlage und Vermögensverwaltung
12. IT

Bei nur teilweiser Ausgliederung erfolgt eine Einzelfallbeurteilung, ob die Teilausgliederung in den Anwendungsbereich der Leitlinie fällt. Diese Beurteilung erfolgt unter anderem abhängig von der Bedeutung der teilweise ausgegliederten Funktion oder Tätigkeit für die gesamte Funktion oder Tätigkeit sowie abhängig von der zeitlichen Dauer der geplanten Ausgliederung und des Umfangs der Inanspruchnahme des Dienstleisters.

B.7.2. Ausgliederungen von wichtigen und kritischen Funktionen oder Tätigkeiten

Bei der DLV, PLV sowie SVA sind folgende Funktionen und Tätigkeiten auf die SLV ausgegliedert:

- Risikomanagement-Funktion
- Versicherungsmathematische Funktion
- Compliance-Funktion
- Interne Revision
- Verantwortlicher Aktuar
- Vertrieb
- Rechnungswesen
- Vermögensanlage und Vermögensverwaltung

Des Weiteren nehmen die DLV und PLV folgende Versicherungstätigkeiten der SLV in Anspruch:

- Underwriting
- Bestandsverwaltung
- Leistungsbearbeitung

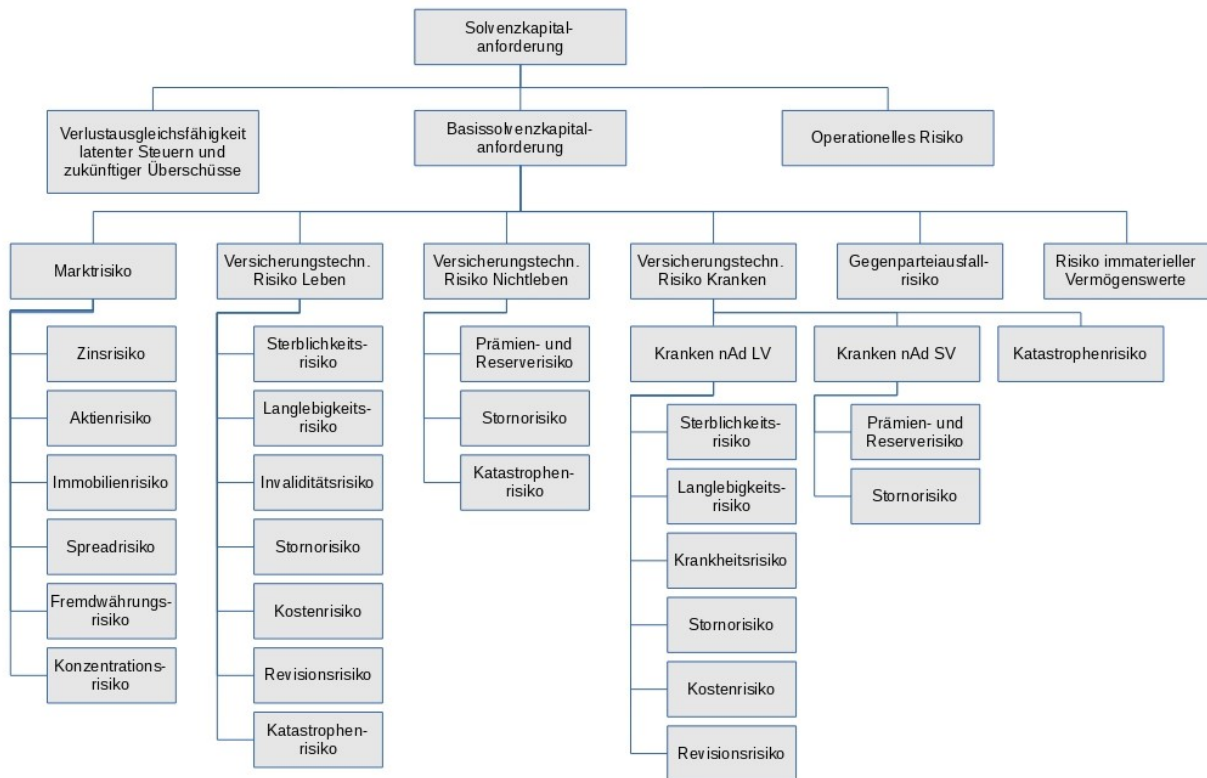
Bei allen Versicherungsunternehmen ist die IT auf die SVH ausgegliedert.

B.8. Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen zum Governance-System liegen nicht vor.

C. Risikoprofil

In diesem Kapitel wird unser Risikoprofil erläutert. Die Struktur des Kapitels orientiert sich dabei an dem modularen Aufbau der Standardformel. In der folgenden Grafik ist der Aufbau der einzelnen Risikomodule und -submodule dargestellt.



Für die Beurteilung der Solvenzsituation ist eine Bewertung dieser Risiken erforderlich. Diese erfolgt über die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen (SCR) mit Hilfe der Standardformel. Grundsätzlich gilt dabei das „Bottom-Up“-Prinzip. Das bedeutet, dass zuerst die SCR pro Risikomodul auf unterster Ebene bestimmt und dann geeignet nach oben aggregiert werden.

Für die Berechnung des SCR wird durch die Standardformel für jedes Risikomodul ein Stressszenario definiert. Beim Immobilienrisiko ist dies zum Beispiel ein Rückgang der Immobilienpreise um 25 %, beim Langlebigkeitsrisiko eine Verringerung der Sterblichkeitsraten um 20 %. Sowohl für das Standardszenario als auch das Stressszenario werden die aus den Versicherungsverträgen entstehenden zukünftigen Zahlungsströme berechnet. Mit Hilfe dieser Zahlungsströme für Prämien, Leistungen, Kosten und weiteren Größen wird der ökonomische Wert der Verbindlichkeiten bestimmt. Als Differenz zum ökonomischen Wert der Aktiva ergibt sich der Net Asset Value (NAV). Auf Gruppenebene wird der NAV dabei als Differenz der konsolidierten Aktiva der Einzelgesellschaften und der konsolidierten Passiva der Einzelgesellschaften berechnet. Die Solvenzkapitalanforderung wird dann als der Wertunterschied des NAV im Standardszenario und im Stressszenario bestimmt. Vereinfachend können die Eigenmittel mit dem NAV gleichgesetzt werden. Das bedeutet, dass das SCR die ökonomische Auswirkung eines Szenarios auf die Eigenmittel beschreibt und um die Risiken aus gruppeninternen Transaktionen bereinigt ist.

Nach Berechnung der SCR auf Untermodulebene werden diese unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten aggregiert. Dies geschieht in mehreren Schritten bis zur Basis-Solvenzkapitalanforderung (Basis-SCR). Die gesamte Solvenzkapitalanforderung der Standardformel ergibt sich aus dem Basis-SCR erhöht um das SCR für das operationelle Risiko und angepasst um die Verlustrücklage für latente Steuern und zukünftige Überschüsse.

Aus modelltheoretischer Sicht entspricht das SCR aus der Standardformel dabei dem einjährigen Value at Risk zum Sicherheitsniveau von 99,5 %. Das heißt, es wird bestimmt, wie viel Eigenmittel zur Verfügung stehen müssen, um ein einmal in 200 Jahren auftretendes Schadenereignis auszugleichen.

In den folgenden Kapiteln wird das Risikoprofil erläutert. Dabei werden die Solvenzkapitalanforderungen in "Netto" dargestellt. Das bedeutet, dass in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse berücksichtigt werden.

Durch die Darstellung der Solvenzkapitalanforderungen in "Netto", kann es sich für manche Teilrisiken ergeben, dass die kompensatorischen Effekte das Risiko komplett auffangen. Für diese Teilrisiken werden die Solvenzkapitalanforderungen entsprechend mit Null ausgewiesen.

Die Berechnungen in den einzelnen Kapiteln erfolgt unter Verwendung der Volatilitätsanpassung (VA) sowie des Rückstellungstransitionals (RT).

C.1. Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1. Risikoexposition

Bevor in diesem Kapitel auf das Risikoexposition des versicherungstechnischen Risikos eingegangen wird, folgt eine Aufteilung auf das versicherungstechnische Risiko Kranken, das versicherungstechnische Risiko Leben und das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben.

Dem versicherungstechnischen Risiko Kranken wird der folgende Geschäftsbereich zugeordnet:

- Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung: alle Verpflichtungen aus Berufsunfähigkeitsversicherungen (inkl. Erwerbsunfähigkeitsversicherungen) und laufende Renten aus Unfallverträgen
- Krankenversicherungen nach Art der Schadenversicherung: Allgemeine Unfallversicherung und nicht-substitutive Krankheitskostenversicherung.

Dem versicherungstechnischen Risiko Leben werden die folgenden Geschäftsbereiche zugeordnet:

- Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung: das fondsgebundene Lebensversicherungsgeschäft sowie die Fondsguthaben der Hybrid-Verträge.
- Versicherung mit Überschussbeteiligung: das klassische Lebensversicherungsgeschäft sowie die klassische Deckungsrückstellung der Hybrid-Verträge.

Dem versicherungstechnischen Risiko Nicht-Leben werden die folgenden Geschäftsbereiche zugeordnet:

- Versicherungen aus dem Bereich Schaden und Unfall: Allgemeine Haftpflichtversicherung, verbundene Hausratsversicherung, Glasversicherung und sonstige Schadensversicherungen.

C.1.1.1. Qualitative Bewertung

Unter dem versicherungstechnischen Risiko versteht man das Risiko, das sich aus Versicherungsverpflichtungen in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts ergibt. Das versicherungstechnische Risiko wird in acht Kategorien unterteilt:

- Sterblichkeitsrisiko
- Langlebigkeitsrisiko

- Invaliditätsrisiko bzw. Krankheitsrisiko
- Kostenrisiko
- Stornorisiko
- Katastrophenrisiko
- Revisionsrisiko
- Prämien- und Reserverisiko

Alle Lebensversicherungsgesellschaften versichern biometrische Risiken in Form von Todesfall-, Erlebensfall- bzw. Langlebigkeits- und Invaliditätsrisiko. Das Revisionsrisiko ist aufgrund der Produktgestaltung für keine der Leben-Gesellschaften relevant. Von der Stuttgarter Versicherungsgruppe wird zusätzlich noch das Pflegerisiko abgedeckt.

Beim Schaden- und Unfallversicherer der Gruppe wird die Möglichkeit des Risikotransfers auf den Rückversicherungspartners genutzt, insbesondere um großvolumige Schadenereignisse abzuschern.

Das Risiko entsteht aus möglichen Abweichungen der erwarteten Zahlungen aufgrund von Todesfall oder Invalidität von den tatsächlich eintretenden Zahlungen. Dasselbe gilt für andere Aspekte, die zu Mittelabflüssen führen wie zum Beispiel Kosten.

- **Todesfallrisiko**
Beim Todesfallrisiko besteht ein moderates Verlustpotenzial, da die Bestände breit gestreut sind und durch die kontinuierliche Verlängerung der Lebenserwartung keine Verschlechterung des Todesfallrisikos im Zeitverlauf gegenüber der Tarifikalkulation zu erwarten ist.
- **Langlebigkeitsrisiko**
Das Langlebigkeitsrisiko weist durch die kontinuierliche Verlängerung der Lebenserwartung ein etwas erhöhtes Verlustpotential auf. Diesem Umstand wird in der Tarifikalkulation durch eine entsprechende Berücksichtigung der zukünftigen Verlängerung der Lebenserwartung Rechnung getragen.
- **Invaliditätsrisiko**
Beim Invaliditätsrisiko ist das relative Verlustpotenzial gegenüber dem Todesfallrisiko erhöht. Außerdem ist das Schadenniveau in der Praxis abhängig von der konjunkturellen Entwicklung.
- **Stornorisiko**
Das Stornorisiko birgt erhebliches Verlustpotenzial für die Lebensversicherungsgesellschaften. So muss bei einem steigenden Zinsniveau in den Beständen mit niedrigerem Rechnungszins von erhöhten Stornoquoten ausgegangen werden. Negative Auswirkungen auf die Ertragssituation ergeben sich vor allem durch die eventuelle Realisierung von stillen Lasten bei Verkauf von Kapitalanlagen zur Finanzierung der Rückkaufsleistung. Bei fallenden Zinsen muss hingegen in den Beständen mit hohem Rechnungszins von verringerten Stornoquoten ausgegangen werden. Dies belastet die Ertragssituation dahingehend, dass ein höherer Betrag zur Finanzierung der Zinszusatzreserve bereitgestellt werden muss, da die Effekte aus der Berücksichtigung von Storno sich verringern. Andererseits stehen dem Unternehmen dann auch höhere Bewertungsreserven auf Zinstitel zur Verfügung, da die Zinstitel bei fallenden Zinsen an Wert gewinnen. Hierdurch können die negativen Effekte teilweise abgemildert werden. Das Stornorisiko im Bereich Schadenversicherung, welches eine Vertragsunterbrechung der profitablen Verträge abbildet, ist hingegen gering einzuschätzen.

- **Kostenrisiko**

Innerhalb des Kostenrisikos ist das Verwaltungskostenrisiko gut einschätzbar, die Verwaltungskostenergebnisse sind positiv und unterliegen nur kleinen Schwankungen. Die Abschlusskostenergebnisse sind von der Neugeschäftsentwicklung abhängig und daher stark schwankend.

- **Prämien- und Reserverisiko**

Das Prämienrisiko im Bereich Schadenversicherung besteht darin, dass die tatsächlich eintretenden Schäden die in der Tarifikalkulation angesetzten übersteigen. Daher werden die Schadenfälle kontinuierlich analysiert und kontrolliert, um notwendige Beitrags- bzw. Bedingungsanpassungen rechtzeitig vornehmen zu können. Bei eingetretenen, aber noch nicht gemeldeten oder noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfällen besteht das Risiko, dass die dafür gebildeten handelsrechtlichen Rückstellungen für die künftigen Schadenansprüche nicht ausreichen. Dieses Reserverisiko im Bereich Schadenversicherung entsteht in erster Linie in der Personenversicherung sowie bei Personenschäden aus der Haftpflichtversicherung. Mit der vorsichtigen Bildung von Rückstellungen sowie der permanenten Kontrolle der Abwicklungsverläufe wird dieses Risiko für bekannte Schäden begrenzt.

Alle versicherungstechnischen Risiken und das Kostenrisiko werden regelmäßig für alle Einzelgesellschaften der Gruppe beobachtet, so dass auf eine möglicherweise eintretende nachteilige Entwicklung zeitnah reagiert werden kann. Diese Auswertungen werden jährlich durchgeführt, dokumentiert und die Ergebnisse validiert.

Das Todesfallrisiko und das Invaliditätsrisiko (inkl. Pflege) sind zudem rückversichert. Dadurch werden die Schadenhöhen einzelner hoher Schäden auf den Selbstbehalt reduziert und die Erträge über die Zeit geglättet.

Für das Katastrophen-Risiko ist auf Basis der der Versicherungsbestände der Einzelgesellschaften keine valide Bewertung möglich, da historische Daten fehlen. Hier wird auf Erfahrungswerte der Branche aus der Vergangenheit sowie auf Facheinschätzungen und wissenschaftliche Studien (z.B. über die Auswirkungen von Pandemien auf den Versichertenbestand) von Rückversicherern zurückgegriffen. Durch risikogerechten Rückversicherungsschutz wird dieses Risiko im Bereich Schadenversicherung verringert.

Die Risikobewertungsverfahren haben sich während der aktuellen Berichtsperiode grundsätzlich nicht verändert.

C.1.1.2. Quantitative Bewertung

Auf Grund der Unterscheidung bei der Berechnung in versicherungstechnisches Risiko Leben, versicherungstechnisches Risiko Kranken und in versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben wird auch beim Ausweis zwischen den Risikokategorien im Bereich Leben, im Bereich Kranken und im Bereich Nicht-Leben unterschieden. Erkennbar sind die Kranken-Submodule an der Kennzeichnung KV für Krankenversicherung und die Nicht-Leben-Submodule an der Kennzeichnung NL für Nicht-Leben.

Risikokategorie Leben (in T €)	SCR zum 31.12.2016
Sterblichkeitsrisiko	0
Langlebigkeitsrisiko	0
Stomorisiko	119.407
Kostenrisiko	26.242
Katastrophenrisiko	3.723
Diversifikation	-13.854
Versicherungstechnisches Risiko Leben Gesamt	135.518

Risikokategorie Kranken (in T €)	SCR zum 31.12.2016
KV-Sterblichkeitsrisiko	45
KV-Langlebigkeitsrisiko	967
KV-Invaliditätsrisiko	16.748
KV-Stornorisiko (für KV nach Art der Leben)	55.151
KV-Stornorisiko (für KV nach Art der Schaden)	5.977
KV-Prämien und Reserverisiko	50.825
KV-Kostenrisiko	0
KV-Katastrophenrisiko	2.650
Diversifikation	-37.060
Versicherungstechnisches Risiko Kranken Gesamt	95.302

Risikokategorie Nicht-Leben (in T €)	SCR zum 31.12.2016
NL-Prämien- und Reserverisiko	2.597
NL-Stornorisiko	857
NL-Katastrophenrisiko	3.358
Diversifikation	-2.004
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben Gesamt	4.808

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen zum 31.12.2016 zeigt, dass innerhalb des versicherungstechnischen Risikos im Bereich Leben die größte Kapitalanforderung für das Stornorisiko besteht, gefolgt vom Kostenrisiko und dem Katastrophenrisiko.

Bezüglich des Stornorisikos ist zu beachten, dass dieses aus drei Szenarien berechnet wird: Massenstorno, Stornoanstieg und Stornorückgang. Maßgeblich für das Stornorisiko ist das Szenario, bei dem die größte Netto-Kapitalanforderung besteht. Dabei wird auf Gruppenebenen das maßgebliche Szenario stark vom maßgeblichen Szenario der Stuttgarter Lebensversicherung dominiert. Zum 31.12.2016 ist im Bereich der Lebensversicherungsrisiken das Szenario Stornorückgang maßgeblich. Allgemein kann gesagt werden, dass das maßgebliche Stornoszenario vom aktuellen Zinsniveau abhängt. Im Niedrigzinsumfeld liegen die risikolosen Neuanlagerenditen unterhalb der zu stellenden Rechnungszinsen. Die Kapitalanlage ist deutlich erschwert. Ein niedrigeres Storno bei den versicherungstechnischen Verpflichtungen verstärkt diese Problematik. Anhand dieses Beispiels sieht man auch die Abhängigkeit zwischen versicherungstechnischem Risiko und Marktrisiko.

Für das versicherungstechnische Risiko Kranken besteht ebenfalls die größte Solvenzkapitalanforderung für das Stornorisiko, gefolgt vom Prämien- und Reserverisiko, sowie dem Invaliditätsrisiko.

Bezüglich des Stornorisikos für Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung ist das Massenstornoszenario maßgeblich. Der Grund dafür ist, dass im Bereich Kranken eine geringere Abhängigkeit von der aktuellen Zinsentwicklung besteht, da die biometrische Absicherung im Vordergrund steht. Durch Massenstorno entstehen weniger Gewinne in der Zukunft, welche dem Unternehmen und den Mitgliedern fehlen.

Das Prämien- und Reserverisiko für Krankenversicherungen resultiert vor allem aus den Einkommensersatzversicherungen (Unfallversicherung), für die im Stressszenario die Aufwendungen für eintretenden Versicherungsfälle die eingehenden Prämienzahlungen übersteigen.

Für das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben besteht die größte Solvenzkapitalanforderung für das Katastrophenrisiko, gefolgt vom Prämien- und Reserverisiko.

Zweckgesellschaften sind in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen nicht relevant, da diese nicht vorhanden sind.

C.1.2. Risikokonzentrationen

Konzentrationsrisiken werden in der Standardformel berücksichtigt. Darüber hinaus liegen keine Konzentrationen vor. Insbesondere gibt es auch keine gruppenspezifischen Konzentrationen.

C.1.3. Risikominderung

Das zentrale Instrument zur Minderung versicherungstechnischer Risiken, insbesondere in Bezug auf das Risiko durch Tod und Invalidität für die Lebensversicherungsgesellschaften, beziehungsweise auf das Prämien- und Reserverisiko im Bereich Schadenversicherung, ist die Rückversicherung.

Für die extern zedierte (passive) Rückversicherung gelten folgende Grundsätze:

- Für die Lebensversicherer der Gruppe werden nur biometrische Risiken rückversichert.
- Es werden keine finanziellen Risiken rückversichert.
- Die biometrischen Risiken werden grundsätzlich zu gleichen Teilen bei zwei Rückversicherern rückgedeckt.
- Die Rückversicherer verfügen über eine gute Bonität, die mindestens einem A-Rating entspricht.
- Als Vertragsvarianten kommen in Betracht: Summenexzedenten und Quoten auf Risikobasis, für den Schaden- und Unfallversicherer zusätzlich Schadenexzedenten.

Die getroffenen Rückversicherungsvereinbarungen stellen eine wichtige Steuerungsmaßnahme zur Reduktion der Risiken dar. Außerdem sind sie konsistent zur bestehenden Annahmepolitik. Eine geeignete Annahmepolitik, die festlegt und limitiert, welche Risiken gezeichnet werden, wirkt zusätzlich risikomindernd.

Die bestehenden Rückversicherungsvereinbarungen sind für die Lebensversicherer der Gruppe aus Gründen der Wesentlichkeit nicht in der Solvenzbilanz per 31.12.2016 abgebildet.

C.1.4. Risikosensitivitäten

Zur Beurteilung der Sensitivität im Bereich der versicherungstechnischen Risiken haben wir zunächst die Risiken nach Wesentlichkeit kategorisiert. Aus dieser und auch früheren Berechnungen sind wir für die Lebensversicherungsgesellschaften zur Erkenntnis gekommen, dass das Storno-Risiko einen wesentlichen Einfluss auf die Risikosituation des Unternehmens hat. Im Rahmen einer Stornoanalyse wird regelmäßig untersucht, ob ein Teilbestand gegenüber Stornorückgang, Stornostieg oder Massenstorno exponiert ist. Dabei ist eine starke Abhängigkeit vom Zinsniveau in Verbindung mit der Art des Geschäfts zu beobachten. Zum aktuellen Zinsniveau sind (normalerweise) sowohl das klassische Geschäft als auch das Krankenversicherungsgeschäft gegenüber Stornorückgang exponiert. Bei einem höheren Zinsniveau wechselt dies zu Stornostieg oder Massenstorno, wobei wir dies vor allem beim Krankenversicherungsgeschäft beobachtet haben. Bei der Stuttgarter Lebensversicherung bewirkt eine Veränderung des Stornos, welche das aktuelle Storno-SCR um 50 % erhöht, eine Erhöhung des Gesamt-SCRs um rund 39.404 Tausend €. Die Stuttgarter Lebensversicherung ist auch nach solch einer Änderung noch ausreichend bedeckt. Da die Gruppe von der Stuttgarter Lebensversicherung dominiert wird, gehen wir in der aktuellen Bedeckungssituation davon aus, dass auch die Gruppe nach solch einer Änderung ausreichend bedeckt ist.

C.2. Marktrisiko

C.2.1. Risikoexposition

C.2.1.1. Qualitative Bewertung

Das Marktrisiko resultiert aus dem potenziellen Wertverlust bei den angelegten Mitteln auf Grund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen.

Das Marktrisiko kann in folgende Subrisiken unterteilt werden:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Währungsrisiko
- Konzentrationsrisiko

Maßgeblich für das Marktrisiko vorzuhaltende Risikokapital sind die Struktur und Höhe des Kapitalanlagebestands der Gesellschaft auf Marktwertbasis.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko betrifft alle Aktiva und Passiva der Solvabilitätsübersicht, die sensitiv auf Veränderungen in der Zinsstrukturkurve oder der Zinsvolatilitäten reagieren.

Es ist ein gravierendes Risiko für einen Lebensversicherer und besteht darin, dass die den Kunden garantierte Mindestverzinsung auf Grund negativer Kapitalmarktentwicklungen nicht dauerhaft erwirtschaftet werden kann.

Der dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzte Rentenbestand stellt mit rund 75 % den Schwerpunkt der Kapitalanlagen der Stuttgarter Versicherungsgruppe dar.

Mit dieser starken Gewichtung wird hauptsächlich den langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen in der Lebensversicherung Rechnung getragen.

Bei den Lebengesellschaften reagiert die Passiva sensitiver auf Veränderungen des Zinsniveaus als die Aktiva. Dies liegt daran, dass die zinssensitiven Verbindlichkeiten eine höhere Duration aufweisen als die zinssensitiven Papiere der Aktivseite.

Bei der Stuttgarter Versicherung AG sind auf der Passivseite vor allem die Unfall-Renten und die Pensionsrückstellungen abhängig vom Zins, die Prämien- und Schadenrückstellung dagegen reagieren auf Grund der kurzen Cashflows nicht sehr zinssensitiv.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko resultiert aus ungünstigen Wertveränderungen von im Direktbestand oder in Fonds gehaltenen Aktien.

Der Fokus der Anlagestrategie liegt auf langfristig als attraktiv eingestuftem Werten mit einer angemessenen Dividendenrendite unter Beachtung von Sicherheit und Liquidität, mit dem Ziel, laufende hohe Erträge zu generieren.

Immobilienrisiko

Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen von direkt oder über Fondsanteile gehaltene Immobilien ergeben. Diese können durch eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder einen allgemeinen Marktwertverfall hervorgerufen werden.

Die Anlagestrategie im Bereich Immobilien ist zum einen auf den direkten Erwerb hochwertiger Kapitalanlageobjekte zur Vermietung und zum anderen auf Beteiligungen an ausgewählten Spezialfonds und Immobiliengesellschaften ausgerichtet.

Bei den indirekten Immobilienanlagen handelt es sich hauptsächlich um Spezialfonds und Immobilienbeteiligungen, welche weltweit in gewerbliche und wohnwirtschaftliche Immobilien investiert sind.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich die Renditedifferenz zwischen einer risikolosen Anleihe und einer risikobehafteten Anleihe, insbesondere auf Grund von Bonitätsänderungen der Schuldner, ändert.

Der Rentenbestand der Stuttgarter Versicherungsgruppe beinhaltet fast ausschließlich Papiere mit einer sehr guten Rating-Einstufung. So sind rund 95 % der Titel dem Investment-Grade-Bereich zuzuordnen.

Währungsrisiko

Währungsrisiken entstehen durch Wechselkursschwankungen für die in Fremdwährung gehaltenen Kapitalanlagen.

Der Heimatmarkt für die Kapitalanlage aller Gesellschaften der Stuttgarter Versicherungsgruppe ist die Eurozone mit dem Schwerpunkt Deutschland. Nichtsdestotrotz weisen die Gesellschaften der Stuttgarter Versicherungsgruppe ein Fremdwährungs-Exposure aus. Ein Teil dieser Bestände ist abgesichert, so dass diese nicht oder in reduziertem Maße mit Fremdwährungsrisiken behaftet sind.

Konzentrationsrisiko

Als Konzentrationsrisiko im Bereich der Marktrisiken wird das Risiko bezeichnet, das entweder aus einer unzureichenden Diversifikation der Kapitalanlagen oder aus einem hohen Exposure gegenüber einem einzelnen Kontrahenten resultiert. Gemäß der Kapitalanlagestrategie der Stuttgarter Versicherungsgruppe sind die Kapitalanlagebestände angemessen diversifiziert. Dabei wird in Abhängigkeit der passivseitigen Verpflichtungen darauf geachtet, dass die Kapitalanlagebestände sowohl nach Assetklassen als auch nach Restlaufzeiten und geografischen Regionen gestreut sind.

Die Begrenzung des Exposures wird ebenfalls strikt umgesetzt, da eine zu starke Exponierung gegenüber einzelnen Schuldnern nachgewiesener Maßen (sowohl durch die Finanztheorie als auch durch die praktischen Beobachtungen) mittel- bis langfristig zu einer schlechteren Performance führt.

Das Konzentrationsrisiko nimmt somit bei der Stuttgarter Versicherungsgruppe einen untergeordneten Stellenwert ein.

Risiken aus Off-Balance-Sheet Positionen

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe verfügt über keine Exponierungen auf Grund außerbilanzieller Positionen. Risikoübertragungen auf Zweckgesellschaften sind nicht vorhanden.

C.2.1.2. Quantitative Bewertung

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen (Netto) für die beschriebenen Subrisiken dargestellt. Durch die Aggregation der Risiken der Submodule entsteht auf Grund der Korrelation der einzelnen Risiken ein Diversifikationseffekt, der hier ebenfalls ausgewiesen ist.

Marktrisiko	SCR zum 31.12.2016 in T€
Zinsänderungsrisiko	110.783
Aktienrisiko	0
Immobilienrisiko	0
Währungsrisiko	0
Konzentrationsrisiko	0
Spreadrisiko	94.441
Diversifikation	-27.307
gesamt	177.917

Das Zinsänderungsrisiko sowie das Spreadrisiko stellen die wesentlichen Marktrisiken der Stuttgarter Versicherungsgruppe dar.

C.2.1.3. Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Die Organisation unserer Kapitalanlage basiert auf dem Prinzip der Funktionstrennung. Mit der organisatorischen Aufteilung in Front-, Middle- und Back-Office wird eine erfolgreiche Anlagetätigkeit ermöglicht und gleichzeitig ein risikoadäquates Berichts- und Kontrollsystem gewährleistet.

Grundsätzlich basiert unsere Kapitalanlage auf einer einfachen, transparenten und nachvollziehbaren Strategie, welche auf Kontinuität und Qualität ausgerichtet ist. Dabei setzen wir auf das bewährte Prinzip der Mischung und Streuung.

Bei der Struktur der Kapitalanlagebestände orientieren wir uns an der Risikotragfähigkeit der einzelnen Gesellschaften sowie an deren Kapitalausstattung. Des Weiteren sind die Erfordernisse unserer versicherungstechnischen Verpflichtungen und der daraus bedingten Anforderungen an den Kapitalanlagebestand von zentraler Bedeutung. Insgesamt verfolgen wir das Ziel, ein ausgewogenes Risiko-/Ertragsverhältnis zu gewährleisten.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der strategischen Anlagepolitik ist die Durchführung eines Asset-Liability-Managements. Hierzu ist ein Prozess implementiert, welcher regelmäßig die Asset- und Liability-Positionen überwacht und bewertet, um sicherzustellen, dass die Vermögensanlage gegenüber den Verbindlichkeiten und dem Risikoprofil der einzelnen Gesellschaften angemessen ist. Ausgehend von den Vorgaben der Risikostrategie werden unternehmensspezifische Ziel- bzw. Steuerungsgrößen festgelegt. Im Rahmen des Asset-Liability-Managements werden alle wesentlichen Risiken, die sich aus den Assets und Liabilities ergeben können sowie deren Ursachen und Wechselwirkungen identifiziert und erfasst. Bei der Risikoanalyse wird die Elastizität des Anlagebestandes in der jeweiligen Situation am Kapitalmarkt sowie die Auswirkung auf die Bedeckung der Liabilities untersucht und ein Abgleich mit der Risikotragfähigkeit der entsprechenden Gesellschaft vorgenommen. Die Ergebnisse der ALM-Analysen und mögliche Handlungsalternativen werden im ALM-Gremium diskutiert. Eine Entscheidung über die einzuleitenden Maßnahmen obliegt den zuständigen Vorstandsmitgliedern bzw. dem Gesamtvorstand. Ein jährlicher ALM-Bericht fasst wichtige Erkenntnisse und Ergebnisse aus ALM-Sicht zusammen.

Im Gegensatz zu den Lebensgesellschaften wird bei der Stuttgarter Versicherung AG auf Grund der Besonderheiten des betriebenen Versicherungsgeschäfts (Kompositversicherung) nicht ein mehrjähriger Betrachtungszeitraum gewählt, sondern vielmehr das laufende sowie das darauffolgende Geschäftsjahr betrachtet. Ein elementares Instrument hierbei ist die rollierende zwölfmonatige Liquiditätsplanung der Gesellschaft. Diese Übersicht beinhaltet alle geplanten Zahlungsein- und -ausgänge der versicherungstechnischen Positionen sowie der Kapitalanlagen.

Das Management der direkt gehaltenen Kapitalanlagen erfolgt durch unternehmensinterne Spezialisten, die über die hierfür erforderliche Qualifikation und Fachkenntnisse verfügen und diese stetig weiterentwickeln. Indirekte Investments werden in der Regel extern von Kapitalanlagegesellschaften in Abstimmung mit den Versicherungsunternehmen der Stuttgarter Versicherungsgruppe gesteuert. Auch hier ist durch Kontrollen und Plausibilitäten gewährleistet, dass die ausgegliederten Tätigkeiten überwacht und überprüft werden.

Die Steuerung des Marktrisikos erfolgt hauptsächlich über Mischung und Streuung mit dem Ziel, eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert, einem Emittenten oder einer Region oder eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio insgesamt zu vermeiden. Durch Überwachung möglicher Konzentrationen kann diesen frühzeitig entgegengewirkt werden. Dazu sind in der Kapitalanlageleitlinie verbindliche Vorgaben in Form von Limits sowohl für die einzelnen Assetklassen als auch bei den Emittenten gesetzt. Die Quoten der Assetklassen werden auf Basis der aktuellen Risikotragfähigkeit sowie des Risikoappetits in der jährlichen Kapitalanlageplanung festgelegt und im Zuge der Risikotragfähigkeitsberechnungen überprüft.

C.2.2. Risikokonzentrationen

Das Konzentrationsrisiko wird gemäß der Solvency II-Regularien (Säule 1) ermittelt und bewertet.

Im Bereich des Marktrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2016 keine wesentlichen Risikokonzentrationen. Für weitere Informationen zum Konzentrationsrisiko wird auf Kapitel C.2.1. verwiesen.

C.2.3. Risikominderung

Risiken im Bereich der Kapitalanlage tragen wir durch eine ausgewogene Kapitalanlagepolitik Rechnung, die durch Diversifikation im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften (Mischung und Streuung) die Zins- und Kursrisiken möglichst gering hält. Zur Risikosteuerung prüfen wir unsere Risikopositionen regelmäßig durch Hochrechnungen, Szenarioanalysen und Stresstests. Eine detaillierte Beschreibung der Steuerung des Marktrisikos ist bereits im vorstehenden Kapitel zum Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht enthalten.

Für einzelne Subrisiken werden Risikoreduktionsmöglichkeiten situativ genutzt.

Zur Steuerung des Aktienrisikos werden bei Bedarf Absicherungsgeschäfte in Form von Put-Optionen auf Indizes und ggf. Einzelwerte getätigt, um extreme Kursverluste zu begrenzen. Diese korrelieren stark mit den Aktienbeständen der Stuttgarter Versicherungsgruppe. Durchschnittlich ist ein Anteil von rund 12 % des Direktbestandes abgesichert. Zum Stichtag 31.12.2016 befanden sich Derivate in Höhe von 1.193 Tausend € im Direktbestand.

Die Risiken des indirekten Immobilienbestands können gemindert werden, indem der Fremdkapitalanteil (Leverage) beim konzerneigenen Stuttgarter Immobilienspezialfonds reduziert wird.

Zur Absicherung des Währungsrisikos werden für die indirekte Kapitalanlage situativ diverse Absicherungsinstrumente, vor allem Währungsswaps, eingesetzt.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.2.4. Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Zur Beurteilung der Sensitivität der Standardformel gegenüber Änderungen des Risikoprofils werden im Zuge der regelmäßigen unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) zum

Stichtag 31.12. auf Solo- sowie auf Gruppen-Ebene verschiedene Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Die Festlegung der Annahmen der einzelnen Szenarien erfolgt im jährlichen Turnus auf Basis der aktuellen Kapitalmarktsituation sowie anderer relevanter Rahmenbedingungen. Da die ORSA-Durchführung zeitlich auf die relevanten Unternehmensprozesse ausgerichtet ist, liegen die Analyseergebnisse zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor. Die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse der Stresstests und Sensitivitätsanalysen basieren daher auf Erkenntnissen des Vorjahrs. Wir gehen davon aus, dass die Aussagen für den Stichtag 31.12.2016 im Wesentlichen weiterhin zutreffen.

Zum Stichtag 31.12.2015 haben wir die folgenden Stressszenarien auf Gruppen-Ebene analysiert:

- **Zinsstressszenario 1:**

Ansatz eines 10-Jahres-Swaps bei den Lebengesellschaften von 0 %, Parallelverschiebung der risikolosen Zinsstrukturkurve (mit Volatilitätsanpassung) im liquiden Bereich mit anschließender Extrapolation auf die Ultimate Forward Rate (UFR).

Wie die Ergebnisse des Stressszenarios zeigen, stellt der Zins für die Stuttgarter Versicherungsgruppe die Haupteinflussgröße für die Entwicklung des Risikokapitalbedarfs dar. Sowohl die Kapitalanlagen als auch die Verbindlichkeiten reagieren sensitiv auf Veränderungen des Zinsniveaus.

Die Zinssensitivität der Kapitalanlagen resultiert aus einem relativ hohen Rentenanteil mit langen Restlaufzeiten, wodurch sich jede noch so kleine Veränderung des Zinssatzes unmittelbar auf die Zeitwerte der Kapitalanlagen auswirkt.

Wesentlich für die Zinssensitivität der Passiva sind die in den versicherungstechnischen Verpflichtungen enthaltenen langfristigen Garantien.

Berechnung Zinsstress inkl. Volatilitätsanpassung und Rückstellungstransitional	31.12.2015 in T €	Zinsstress 1 in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €
Bedeckungsquote	320,69%	176,78%	-143,91%
ASM (Eigenmittel)	1.175.123	898.855	-276.268
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	366.440	508.454	142.014

C.3. Kreditrisiko

C.3.1. Risikoexposition

C.3.1.1. Qualitative Bewertung

Der dem Kreditrisiko unterliegende Kapitalanlagebestand beträgt zum Stichtag 31.12.2016 rund 4 % und setzt sich wie folgt zusammen:

- Fonds-Kassenbestände,
- Sichteinlagen bei Kreditinstituten,
- Hypothekendarlehen, die die Kriterien des Ausfallrisikos erfüllen,
- Derivate,

- Außenstände von Versicherungsvermittlern,
- Forderungen an Versicherungsnehmer.

Des Weiteren besteht bei der Stuttgarter Versicherung AG ein Kreditrisiko für Rückversicherungsvereinbarungen. Bei den Lebengesellschaften erfolgt hingegen keine Berücksichtigung im Kreditrisiko, da die Rückversicherung im Versicherungstechnischen Risiko nicht risikomindernd angesetzt ist.

Der größte Teil des Kreditrisikos ist den Fonds-Kassenbeständen zuzurechnen. Es resultiert hauptsächlich aus Rentenfonds sowie zu einem kleineren Teil aus Renten- und Aktienfonds.

Ein weiterer wesentlicher Teil des Kreditrisikos resultiert aus Hypothekendarlehen, die durch Wohngebäude besichert sind. Die Forderung gegenüber dem Darlehensnehmer beträgt dabei maximal je eine Million €.

Bei den Sichteinlagen bei Kreditinstituten handelt es sich in erster Linie um Tagesgeld, welches dem Ausgleich von kurzfristigen Liquiditätsschwankungen dient und daher in seiner Höhe stark variiert.

Das Risiko der Außenstände von Versicherungsvermittlern sowie der Forderungen an Versicherungsnehmer ist von untergeordneter Bedeutung.

Die dem Kreditrisiko unterliegenden Derivate dienen zur Absicherung von Aktien- sowie Währungsrisiken. Auf Grund ihres geringen Umfangs sind sie für das Kreditrisiko ebenfalls nicht wesentlich.

C.3.1.2. Quantitative Bewertung

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen (Netto) für die beschriebenen Subrisiken dargestellt. Die Berechnung erfolgte bei den Lebengesellschaften unter Verwendung der Volatilitätsanpassung (VA) sowie des Rückstellungstransitionals (RT). In Abhängigkeit von der Art der Risikoexponierung sind die Kreditrisiken in die Kategorien Typ 1 und Typ 2 eingeteilt. Unter Typ 1 werden Fonds-Kassenbestände, Sichteinlagen bei Kreditinstituten, Derivate sowie Rückversicherungsvereinbarungen der Stuttgarter Versicherung AG gefasst. Alle anderen Risikoexponierungen sind Typ 2 zugeordnet. Durch die Aggregation der Risiken der Submodule entsteht auf Grund der Korrelation der einzelnen Risiken ein Diversifikationseffekt, der hier ebenfalls ausgewiesen ist.

Kreditrisiko	SCR zum 31.12.2016 in T €
Typ 1	2.826
Typ 2	888
Diversifikation	- 173
gesamt	3.541

C.3.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Kreditrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2016 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.3.3. Risikominderung

Beim Kreditrisiko kommen, in Abhängigkeit der Gegenpartei, differenzierte Risikominderungstechniken zur Anwendung.

Bei Forderungen gegenüber Vermittlern wird das Kreditrisiko über eine entsprechende Sicherheitenregelung reduziert, während Darlehensforderungen u.a. mittels Pfandrechten abgesichert sind.

Den Außenständen bei Versicherungsnehmern wird mit einem umfangreichen Mahnwesen begegnet.

Zur Steuerung des Kreditrisikos der Sichteinlagen bei Kreditinstituten ist die Liquidität auf die drei Hausbanken LBBW, Commerzbank sowie SEB aufgeteilt, die alle eine gute Bonität aufweisen. Die Risikominderung erfolgt über die Limitierung der Tagesgeldbestände auf 80.000 Tausend € bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. und bei den Tochtergesellschaften auf 50.000 Tausend €.

Das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird bereits im Vorfeld minimiert, indem bei der Auswahl von Rückversicherungspartnern auf ein sehr gutes Rating geachtet wird. Während der Vertragslaufzeit erfolgt die Risikosteuerung anhand turnusgemäßer Bonitätsprüfungen sowie laufender Informationen über den Rückversicherer. Des Weiteren ist durch die Streuung der Risiken auf mehrere Rückversicherungspartner eine ausreichende Diversifikation gegeben.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.3.4. Sensitivitätsanalysen

Wie die Solvenzberechnungen zeigen, ist das Kreditrisiko für die Unternehmen von untergeordneter Bedeutung. Zum Stichtag 31.12.2016 resultieren lediglich 0,4 % des SCR aus dem Kreditrisiko. Die Sensitivität der Solvenzkapitalanforderung bei Veränderungen des Kreditrisikos ist daher als äußerst gering zu bezeichnen. Vor dem Hintergrund der Proportionalität wird auf die Durchführung von Sensitivitätsanalysen oder Stresstests für diese Risikokategorie verzichtet.

C.4. Liquiditätsrisiko

C.4.1. Qualitative Bewertung

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, den finanziellen Verpflichtungen im Schaden-/Leistungsfall nicht nachkommen zu können. Ursächlich kann zum einen eine mangelnde Fungibilität der Vermögensanlagen sein, das heißt das Unvermögen, Kapitalanlagen und andere Vermögenswerte bei Bedarf in angemessener Zeit in Geld umzuwandeln. Zum anderen besteht das Risiko darin, dass auf Grund mangelnder Marktliquidität Finanzmarktgeschäfte nur zu einem schlechteren Preis als erwartet abgeschlossen werden können.

Die Gesellschaften verfügen über ein effektives Liquiditätsmanagement, mit dem sichergestellt wird, dass fällige Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern jederzeit erfüllt werden können. Es können jedoch Liquiditätsengpässe auftreten, wenn unerwartet hohe Versicherungsleistungen zu erbringen sind z. B. im Rahmen von Massenstorni. Dadurch kann ein Zwang entstehen, Vermögenswerte kurzfristig unter Wert zu verkaufen.

Auf Grund der hohen Fungibilität der Kapitalanlagen besteht zum Stichtag 31.12.2016 kein Liquiditätsrisiko. So sind rund 47 % der Vermögenswerte der Stuttgarter Versicherungsgruppe sofort und ohne Kursabschläge veräußerbar. Dies wird als angemessene Reserve angesehen, um eventuelle Liquiditätsengpässe auszugleichen.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit weniger liquide Kapitalanlagen innerhalb der Gruppe zu veräußern. Bei den Tochtergesellschaften ist dies jederzeit ein geeignetes Mittel, um Liquidität zu schaffen.

Das Risiko einer erzwungenen Veräußerung von Vermögenswerten ist daher derzeit nicht gegeben. Es ist also nicht erforderlich, für das Liquiditätsrisiko Risikokapital vorzuhalten.

C.4.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Liquiditätsrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2016 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.4.3. Risikominderung

Dem Liquiditätsrisiko wird mit einem umfassenden Liquiditätsmanagement begegnet, welches zur Steuerung der ein- und ausgehenden Zahlungsströme dient, mit dem Ziel, die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern permanent sicherzustellen.

Die Deckung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs wird durch tägliche Dispositionsprüfung der Tagesgeldkonten sichergestellt. Des Weiteren erfolgt für den rollierenden Zeitraum von einem Jahr für alle Gesellschaften eine Prognose der Liquidität unter der Annahme normaler Geschäftsbedingungen, welche monatlich aktualisiert wird.

Für die Gesellschaften SLV und PLV wird vierteljährlich eine rollierende 3-Jahres-Liquiditätsplanung erstellt.

Zur Sicherstellung der langfristigen Liquidität werden bei den Lebengesellschaften auf Basis des aktuellen Versicherungsbestands und realistischer Annahmen versicherungstechnische Cashflows ermittelt, die eine langfristige Planung der Liquidität aus der Versicherungstechnik ermöglichen.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.4.4. Sensitivitätsanalysen

Zur Bewertung des Risikos eines unerwarteten Mittelabflusses wird bei den Lebengesellschaften ein erhöhter Liquiditätsbedarf auf Grund vermehrter Todesfälle oder Rückkäufe betrachtet. Dazu wird, auf Basis unternehmenseigener Vergangenheitsdaten und unter der Annahme einer Normalverteilung, der Liquiditätsbedarf im 99,5 %-Quantil für einen einjährigen Zeitraum bestimmt.

Ein erhöhter möglicher Liquiditätsbedarf der SVA bemisst sich am maximalen Liquiditätsabfluss der letzten fünf Jahre zzgl. eines Sicherheitszuschlags von 20 %.

Vierteljährlich erfolgt ein Abgleich des so ermittelten erhöhten Liquiditätsbedarfs je Gesellschaft mit den liquiden Assets zum Quartalsultimo.

Als Ergebnis dieses Liquiditätsstresstests wurde für alle Gesellschaften zum Stichtag 31.12.2016 eine Überdeckung zwischen 73 % und 95 % erreicht.

C.4.5. Einkalkulierter erwarteter Gewinn bei künftigen Prämien

Im Rahmen der Ermittlung der Überschüsse der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten wird die Eigenmittelposition EPIFP (Expected Profits Included in Future Premiums) bestimmt und ausgewiesen. Dazu werden die versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge berechnet unter der Annahme, dass die für die Zukunft erwarteten Prämien für bestehende Versicherungsverträge nicht gezahlt werden. Als Differenz zu den im Best-Estimate-Fall berechneten versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge ergibt sich dann der bei künftigen Prämien einkalkulierte Gewinn.

Im Niedrigzinsumfeld kann die Zinsanforderung an die zukünftigen Beiträge diese Gewinne übersteigen. In diesem Fall entstehen Verluste, welche wir als negative Gewinne ausweisen.

Dieser zukünftige erwartete Gewinn ist in den berechneten Eigenmitteln enthalten. Zum Stichtag 31.12.2016 beträgt der EPIFP -80.739 Tausend €.

C.5. Operationelles Risiko

C.5.1. Risikoexposition

C.5.1.1. Qualitative Bewertung

Das Operationelle Risiko beinhaltet Risiken, die im Zusammenhang mit der internen Organisation, Mitarbeitern, Technik oder Externen - wie z. B. Versicherungsnehmer, Vermittler, Dienstleister - stehen. Des Weiteren sind dieser Risikokategorie auch Rechtsrisiken zugeordnet, welche durch ständige Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert einnehmen und derzeit den größten Anteil an dieser Risikokategorie stellen.

Hauptrisikotreiber für das Operationelle Risiko aller Gesellschaften sind die Rechtsrisiken. Rund 60 % des für diese Risikokategorie vorzuhaltenden Risikokapitals resultieren aus Risiken, die auf Grund für die Stuttgarter Versicherungsgruppe nachteiliger Rechtsprechung entstehen können. Ein weiterer wesentlicher Risikotreiber stellen die innerhalb der Gruppe tätigen Mitarbeiter dar, welche rund 20 % der Operationellen Risiken verursachen. Hierunter fallen in erster Linie Verstöße gegen interne und externe Vorgaben sowie Bearbeitungsfehler.

C.5.1.2. Quantitative Bewertung

Das quantitative Bewertungsverfahren der Operationellen Risiken ist in Kapitel B.3.2.2. beschrieben.

Das SCR für das Operationelle Risiko beträgt zum Stichtag 31.12.2016 insgesamt 31.190 Tausend €.

C.5.2. Risikokonzentration

Auf Grund der starken Gewichtung des Hauptrisikotreibers des Operationellen Risikos besteht zum Stichtag 31.12.2016 eine Risikokonzentration hinsichtlich der Rechtsrisiken.

C.5.3. Risikominderung

Zur Minimierung der Operationellen Risiken verfügt die Stuttgarter Versicherungsgruppe über ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem. Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und Plausibilitätsprüfungen werden die Risiken schädigender Handlungen reduziert und Fehler vermieden. Im Bereich Datenverarbeitung bestehen zur Reduzierung der Risiken umfassende Schutzvorkehrungen, wie z.B. Berechtigungskonzepte, Firewalls und Antivirenmaßnahmen, die laufend aktualisiert und weiterentwickelt werden.

Des Weiteren erfolgt die Risikosteuerung der Rechtsrisiken mittels laufender Beobachtung der aktuellen Entwicklungen durch die Rechtsabteilung sowie durch die Mitarbeit in Gremien und Verbänden.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.5.4. Sensitivitätsanalysen

Das Operationelle Risiko der Stuttgarter Versicherungsgruppe resultiert aus einer Vielzahl an Einzelrisiken und weist ein breites Spektrum an Risikoursachen auf. Es reagiert wenig sensitiv auf Veränderungen der Subrisiken, die sich im Zusammenhang mit interner Organisation, Menschen, Technik sowie externen Faktoren ergeben.

Eine hohe Sensitivität des Operationellen Risikos besteht gegenüber dem Hauptrisikotreiber, den Rechtsrisiken. Gemäß Expertenschätzung kann insbesondere eine für die Gesellschaften nachteilige Rechtsprechung hinsichtlich des Versicherungsvertragsrechts einen hohen finanziellen Schaden verursachen.

Das Operationelle Risiko ist für die Stuttgarter Versicherungsgruppe insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Der Risikokapitalbedarf der Gesellschaften reagiert daher wenig sensitiv auf Veränderungen der operationellen Einzelrisiken.

C.6. Andere wesentliche Risiken

Hierunter werden Reputationsrisiken, strategische Risiken sowie sonstige Risiken gefasst.

Reputationsrisiken und strategische Risiken sind dadurch charakterisiert, dass eine Quantifizierung nicht oder nur teilweise möglich ist und Steuerungsmaßnahmen lediglich in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Sie werden bei der Solvenzkapitalanforderung nach Solvency II nicht berücksichtigt. Da sie aber auf Grund ihres Schadenpotenzials erhebliche Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der einzelnen Gesellschaften haben können, ist eine qualitative Berücksichtigung in der unternehmensindividuellen Risikobewertung unerlässlich.

C.6.1. Reputationsrisiko

C.6.1.1. Qualitative Bewertung

Unter dem Reputationsrisiko wird die Beschädigung des Rufes als Versicherungsunternehmen in Folge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verstanden. Dieses Risiko spielt auch auf Gruppenebene eine Rolle, da die Rufschädigung einer Gesellschaft negative Auswirkungen auf andere zur Versicherungsgruppe gehörende Unternehmen haben kann (Ansteckungsgefahr).

Reputationsrisiken können zwar grundsätzlich im gesamten Unternehmen entstehen, treten jedoch verstärkt in Fachbereichen mit repräsentativen Aufgaben oder direktem Kundenkontakt auf.

Insbesondere für den Vertrieb über freie Vermittler ist eine gute Unternehmensreputation unerlässlich und wesentliche Voraussetzung für den Vertriebs Erfolg. Eine ausgeprägte Serviceorientierung, professionelle Öffentlichkeitsarbeit sowie verbindliche Unternehmensleitlinien tragen dabei zur Risikosteuerung bei. Ein weiterer Erfolgsfaktor liegt im Vertrauen der Versicherungsnehmer in das Unternehmen, welches wiederum im hohen Maße von der Unternehmensreputation geprägt wird. Das Vertrauen von Kunden und Geschäftspartnern kann durch Regelverletzungen geschädigt werden.

C.6.1.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Reputationsrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2016 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.6.1.3. Risikominderung

Insgesamt wird das Reputationsrisiko der Stuttgarter Versicherungsgruppe durch das bestehende Compliance-System begrenzt, welches den organisatorischen Rahmen für ein rechtskonformes Verhalten der Gesellschaften sowie der für die Gesellschaften handelnden Personen schafft. Dem Thema Datenschutz wird dabei eine besondere Bedeutung zugemessen, da ein unsachgemäßer Umgang mit personenbezogenen Daten und IT-Anwendungen das Ansehen der Gesellschaften erheblich gefährden kann.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.6.1.4. Sensitivitätsanalysen

Für das Reputationsrisiko werden keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

C.6.2. Strategisches Risiko

C.6.2.1. Qualitative Bewertung

Das Strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Dies kann aus falschen strategischen Grundsatzentscheidungen, einer inkonsequenten Strategieumsetzung oder der Unterlassung einer Strategieanpassung an geänderte Rahmenbedingungen resultieren. Ein Strategisches Risiko kann sich auch als Ansteckungsrisiko auf andere Gesellschaften der Versicherungsgruppe ausweiten. Es ist daher notwendig, bei strategischen Entscheidungen auf Einzelunternehmensebene stets auch Gruppenaspekte zu berücksichtigen.

Aus den Grundsatzentscheidungen, welche in den Geschäftsstrategien der einzelnen Gesellschaften definiert sind, erwachsen folgende Risiken:

Das strategische Ziel der Entwicklung und Realisierung innovativer Produkte für die SLV und SVA, bzw. passgenauer Produkte für die Kooperationspartner der DLV, erfordert einen hohen Investitionsaufwand - insbesondere bei der Produkt- und Softwareentwicklung -, ohne dass eine Erfolgsgarantie am Markt gegeben ist. Um dieses allgemeine unternehmerische Risiko zu reduzieren, besteht ein enger Austausch mit den Vertriebspartnern sowie ein intensiver Dialog mit verschiedenen Zielgruppen. Dadurch wird ein frühzeitiges Erkennen der Bedürfnisse und Trends am Markt ermöglicht. Zudem werden vor der Realisierung Kosten-Nutzen-Betrachtungen sowie Wettbewerbsvergleiche angestellt. Die Überprüfung von Business Cases stellt ebenfalls ein Controllinginstrument dar, um das Risiko zu begrenzen.

Die auf Grund der Unternehmensgröße der jeweiligen Gesellschaft begrenzten Budget-/Investitionsmöglichkeiten setzen den Rahmen für den Einsatz moderner Technologien zur Kosten- und Prozessoptimierung. Ferner ist die Nutzung von Skalen- und Verbundeffekten nur eingeschränkt möglich. Die Risikobegrenzung erfolgt mittels sorgfältiger Investitionsplanung sowie dem Controlling mehrjähriger Budgets.

Darüber hinaus werden übergreifende Verwaltungsprozesse in den Zentralfunktionen optimiert und für alle Vertriebswege einheitlich gehandhabt, um systematisch und gezielt Synergien zu nutzen.

Als Versicherungsverein hat die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. nur beschränkten Zugang zu den Kapitalmärkten, weshalb ausreichende Eigen- und Sicherheitsmittel im Wesentlichen durch die eigene Geschäftstätigkeit zu erwirtschaften sind. Diesem Risiko wird mit einer soliden, auf Kontinuität und Sicherheit setzenden Unternehmensführung und Kapitalanlagepolitik begegnet. Sämtliche Unternehmensziele sind dem Oberziel "Dauerhafte Positionierung am deutschen Markt mit überdurchschnittlicher Finanzstärke sowie Produkt- und Servicequalität bei angemessenen Vertriebs- und Verwaltungskosten sicherstellen" untergeordnet, das laufende Controlling der Eigen- und Sicherheitsmittel hat höchste Priorität.

Zur allgemeinen Risikosteuerung wird regelmäßig überprüft, ob die strategischen Ziele mit den entwickelten Geschäftsstrategien optimal erreicht werden können. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die eingesetzten Ressourcen sowie die strategierelevanten Unternehmensprozesse gelegt. Des Weiteren erfolgt eine laufende Beobachtung der externen und internen Rahmenbedingungen, um notwendige Strategieanpassungen frühzeitig zu erkennen.

C.6.2.2. Risikokonzentrationen

Aus der Geschäftsstrategie erwachsen folgende Risikokonzentrationen für die einzelnen Versicherungsunternehmen der Gruppe:

Bei der SLV und SVA besteht durch die Beschränkung auf freie Vermittler als Geschäftspartner das Risiko, dass eine zu geringe Anzahl qualifizierter Geschäftspartner zur Verfügung steht, um das Ziel eines nachhaltigen Wachstums zum Erhalt der Eigenständigkeit zu erreichen.

Bei der SVA kommt zudem eine Abhängigkeit von wenigen großen Vermittlern hinzu.

Als Steuerungsmaßnahme dient hierbei eine intensive und proaktive Vertriebsbetreuung mit dem Ziel, die Zahl der für uns Neugeschäft schreibenden freien Vermittler zu erhöhen und die bestehenden sowie neuen Vertriebspartner durch ein fundiertes Qualifizierungsangebot und durch professionelle Software sowie sehr guten Service zu unterstützen. Des Weiteren stehen die rechtlichen Veränderungen auf dem Vermittlermarkt unter intensiver Beobachtung, um gegebenenfalls schnell Alternativen entwickeln zu können.

Die Vertriebsaktivitäten der DLV sind auf Mitarbeiter, Mitglieder und Kunden von Kooperationspartnern konzentriert, da diese eine geeignete Zielgruppe für die einfachen DLV-Produkte darstellen. Mit dieser Fokussierung gehen jedoch begrenzte Wachstumsmöglichkeiten einher, wodurch das Risiko von Bestandsrückgängen ansteigt. Durch die Intensivierung bestehender Geschäftsbeziehungen sowie mit der Anbindung neuer Kooperationspartner soll diesem begegnet werden. Dem engen und laufenden Kontakt zu bestehenden und potenziellen Kooperationspartnern wird dabei besondere Bedeutung beigemessen.

C.6.2.3. Risikominderung

Die Maßnahmen zur Risikominderung der Strategischen Risiken sind in den Kapiteln C.6.3.1. und C.6.3.2. beschrieben.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.6.2.4. Sensitivitätsanalysen

Für das Strategische Risiko werden keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

C.7. Sonstige Angaben

Als wesentliche Risikokonzentrationen auf Gruppenebene gelten Risikoexponierungen, welche 10 % der Solvabilitätskapitalanforderung der Gruppe zum 31.12.2016 übersteigen.

Insgesamt beträgt der Wert der Risikoexponierung der Stuttgarter Versicherungsgruppe zum Stichtag 1.713.151 T€.

Nach Art ihrer Risikoexponierung lassen sich die vorliegenden Risikokonzentrationen in folgende Kategorien gruppieren:

- Anleihen: 1.432.935 T€
- Investitionen in Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen): 93.232 T€
- Sonstige Vermögenswerte (Sichteinlagen bei Kreditinstituten): 46.972 T€
- Außerbilanzielle Posten (Eventualverbindlichkeiten): 140.012 T€

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1. Vermögenswerte

Grundsätzlich werden für die Zeitwertermittlung gemäß Solvency II die Vorgaben aus den Durchführungsbestimmungen, den Technischen Spezifikation von EIOPA und den zusätzlichen Erläuterungen der BaFin berücksichtigt.

Nachfolgend sind Klassen von Vermögenswerten und ihr Ansatz- bzw. Bewertungsgrundlage dargestellt.

Vermögenswerte	Bewertungsgrundlage
Finanzaktiva	
Latente Steueransprüche	IAS 12
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	Fair Value, fortgeführte Anschaffungskosten
Immobilien	Fair Value
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	Fair Value
Aktien	Fair Value
Staatsanleihen	Fair Value
Unternehmensanleihen	Fair Value
Strukturierte Schuldtitel	Fair Value
Organismen für gemeinsame Anlagen	Fair Value
Derivate	Fair Value
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	Nominalwert
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Fair Value
Policendarlehen	Nominalwert
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	Fair Value
Sonstige Darlehen und Hypotheken	Nominalwert, Fair Value
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen gegenüber Rückversicherern	fortgeführte Anschaffungskosten
Depotforderungen	fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	fortgeführte Anschaffungskosten
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Nominalwert
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	Nominalwert

Veränderungen der verwendeten Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der Finanzaktiva fanden während des Berichtszeitraums nicht statt. Überprüfungen der verwendeten Methoden finden in regelmäßigen Abständen statt.

Zusätzlich zur Angabe der Bewertungsgrundlagen liefert nachstehende Tabelle einen Überblick über die verwendeten Bewertungsmethoden:

Vermögenswerte in T €	Mark to Market	Mark to Model	Sonstige Methoden	Gesamt
Finanzaktiva				
Latente Steueransprüche	0	0	124.857	124.857
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	44.632	2.436	47.068
Immobilien	0	205.347	0	205.347
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	0	234.959	0	234.959
Aktien	253.445	0	0	253.445
Staatsanleihen	885.481	754.319	0	1.639.800
Unternehmensanleihen	891.164	1.397.825	0	2.288.989
Strukturierte Schuldtitel	0	70.849	0	70.849
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.585.807	0	0	1.585.807
Derivate	1.403	0	0	1.403
Einlagen außer Zahlungsmittel-äquivalenten	64.235	0	0	64.235
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	715.147	0	0	715.147
Policendarlehen	0	0	33.161	33.161
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	0	217.184	7.829	225.013
Sonstige Darlehen und Hypotheken	0	214.533	1.055	215.588
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	0	0	13.371	13.371
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	0	0	37.621	37.621
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	0	0	13.556	13.556
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.941	0	0	2.941
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	0	0	41.251	41.251
Gesamt	4.399.623	3.139.648	275.137	7.814.408

Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden bebaute Grundstücke nach der Ertragswertmethode bewertet, die unbebauten Grundstücke nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Beteiligungen die aufgrund von Wesentlichkeitsüberlegungen bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht einbezogen werden, sind entsprechend der EIOPA Technical Specification als Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und angesetzt. Diese werden mit Ertragswertmodellen bewertet und in geringem Umfang Substanzwerte herangezogen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wird für Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Wert verwendet.

Die Zeitwerte der nach HGB zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem eigenen Bewertungsmodell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und dazugehörigen Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Hypothekendarlehen werden ebenfalls mit Hilfe eines Mark to Model Bewertungsansatzes bewertet, während die sonstigen Darlehen als Nominalwerte angesetzt werden.

Bei den sonstigen Aktiva gibt es keinen entsprechenden Zeitwert daher wird aus Maßgeblichkeitsgründen der zugrunde gelegte Buchwert verwendet.

Die nachstehende Tabelle stellt die bestehenden Unterschiede in der Bewertung von Vermögenswerten nach Solvency II und HGB dar:

Vermögenswerte in T €	Solvency II-Zeitwert	HGB Buchwert	Abweichung
Finanzaktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	738	-738
Latente Steueransprüche	124.857	0	124.857
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	47.067	21.341	25.727
Immobilien	205.347	166.772	38.576
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	234.959	185.990	48.969
Aktien	253.445	158.175	95.270
Staatsanleihen	1.639.801	1.424.396	215.406
Unternehmensanleihen	2.288.989	2.062.254	226.735
Strukturierte Schuldtitel	70.849	53.000	17.849
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.585.807	1.440.809	144.998
Derivate	1.403	1.402	1
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	64.235	64.235	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	715.147	715.147	0
Policendarlehen	33.161	33.161	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	225.012	207.851	17.161
Sonstige Darlehen und Hypotheken	215.588	195.830	19.758
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	13.371	27.707	-14.336
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	284	-284
Depotforderungen	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	37.621	135.575	-97.954
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	13.556	14.433	-878
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.941	2.941	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	41.251	97.081	-55.829
Gesamt	7.814.408	7.009.120	805.288

Zum 31.12.2016 betrug die Differenz zwischen den Vermögenswerten der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanz in der Summe rund 805.288 Tausend €.

Nachfolgend sind die wesentlichen Bewertungsunterschiede der Kapitalanlagenklassen erläutert.

Die Bewertung latenter Steuern basiert auf temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten jedes einzelnen Vermögensgegenstands und jeder einzelnen Verbindlichkeit in der Solvency II-Bilanz und den in einer Bilanz für Steuerzwecke zugeordneten Werten.

Immobilien sind unter HGB mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt, vermindert um Abschreibungen. Bei dauerhaften Wertminderungen wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Für den Solvency II Marktwert werden die durch das Ertragswertverfahren ermittelten Fair Values verwendet. Es resultiert eine Differenz von rund 64.302 Tausend €.

Kapitalanlagen in verbundene Unternehmen und Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten bewertet, vermindert um Abschreibungen auf den auf Dauer niedrigeren beizulegenden Wert. Die restliche Differenz entsteht durch die beizulegenden Zeitwerte aus dem Jahresabschluss gegenüber der HGB Position, welche gemäß § 56 RechVersV angewandt werden.

Der unterschiedliche Ansatz der Staats- und Unternehmensanleihen sowie strukturierter Produkte beruht im Wesentlichen auf zwei Effekten. Zum einen wurden in der Solvabilitätsübersicht die Zeitwerte ausgewiesen und zum zweiten wurden bei den Zeitwerten gem. Artikel 75 der Solvency II-Richtlinie die Stückzinsen berücksichtigt. Insgesamt betrug die Differenz rund 459.989 Tausend €, wovon 56.689 Tausend € auf die Stückzinsen und 403.300 Tausend € auf den Unterschied zwischen den Zeit- und HGB-Buchwerten zurückzuführen war. Der relativ hohe Unterschied zwischen den Zeit- und Buchwerten ist dabei auf die niedrigen Zinsen zurückzuführen.

Die Stuttgarter Versicherungsgruppe verzichtet derzeit bei den Lebensversicherern auf einen Ausweis der passiven Rückversicherung in der Solvency II-Bilanz. In der HGB-Bilanz wird diese Rückversicherungsart aber berücksichtigt. Dieser unterschiedliche bilanzielle Ausweis zwischen der Solvency II- und HGB-Bilanz wird über den Posten „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ in Höhe von 14.336 Tsd. € ausgeglichen. Durch diese Vorgehensweise wird in der Solvency II-Bilanz der risikomindernde Effekt der passiven Rückversicherung konservativ außer Acht gelassen.

Bei dem Posten „Hypotheken und Darlehen“ betrug die Differenz rund 36.920 Tausend €. Diese resultierten fast ausschließlich aus Bewertungsunterschieden bei den Hypotheken. Analog zu den Anleihen wirkten sich auch bei den Hypothekendarlehen die niedrigen Zinsen zum Betrachtungsstichtag positiv auf die Zeitwerte aus.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer werden zu Nominalwerten bilanziert. Sie sind vermindert um die aufgrund von Einzelerhebungen und nach Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelten Pauschalwertberichtigungen ausgewiesen.

Die übrigen Aktivwerte, wie Guthaben bei Kreditinstituten, Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Forderungen, sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um angemessene Wertberichtigung gekürzt. Aufgrund des Fehlens eines aktiven Marktes für diese Positionen wird Wesentlichkeitshalber der beizulegende Wert des Jahresabschlusses verwendet.

Des Weiteren werden Stückzinsen in der Solvency II Bewertung den jeweiligen Kapitalanlagen direkt zugeordnet, während diese sich in der HGB Übersicht in dem Posten „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ befinden.

D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II ergeben sich als Summe des besten Schätzwerts (Best Estimate – BE) der versicherungstechnischen Verpflichtungen und der Risikomarge (RM).

Der BE ist ein wahrscheinlichkeitsgewichteter Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinsstrukturkurve. Die RM bildet die Kapitalkosten ab, die einem anderen Versicherer bei Übernahme der

Verpflichtungen entstünden, da er dafür ebenfalls die regulatorischen Kapitalanforderungen stellen müsste.

Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen zum 31.12.2016 in T €	Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Best Estimate	Risikomarge	Gesamt
Klassisches Geschäft mit Überschussbeteiligung	0	5.356.117	172.763	5.528.880
Index- und Fondsgebundene Versicherung	0	624.955	5.394	630.349
Krankenversicherung nach Art der Leben	0	-42.736	6.458	-36.277
Krankenversicherung nach Art der Schaden	4.984	24.912	5.333	35.229
Schaden- und Unfallversicherungen	0	-1.451	348	-1.103
Versicherungstechnische Rückstellungen	4.984	5.961.798	190.296	6.157.078

D.2.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethode

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Gruppe werden unter Anwendung der Konsolidierungsmethode aus den versicherungstechnischen Rückstellungen der Einzelgesellschaften erschlossen. Als Anpassung der individuellen versicherungstechnischen Rückstellungen wurde lediglich die aktive Rückversicherung der Töchter durch die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ausgeschlossen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unterscheiden sich dabei für die Lebensversicherer der Gruppe von dem einzigen Nichtlebensversicherer der Gruppe. Die beiden zugrunde liegenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden separat beschrieben.

D.2.1.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Bereich Leben

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung für die Solvabilitätsübersicht erfolgt mithilfe des Branchensimulationsmodells (BSM) des GDV in der Version 3.0. Das BSM verwendet für die Bewertung einen stochastischen Simulationsansatz. Grundlage sind die unternehmensspezifischen deterministischen Bestandsprojektionen, welche nach anerkannten aktuariellen Grundsätzen ermittelt werden.

Wir ermitteln unsere versicherungstechnischen Rückstellungen pro Geschäftsbereich (LoB). Dabei teilen wir unser Geschäft auf die LoBs „klassisches Geschäft mit Überschussbeteiligung“, „Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung“, „fonds- und indexgebundene Versicherung“ sowie „selbstabgeschlossene Rückversicherung“ auf.

Für die stochastische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden als Modelleingabe simulierte Kapitalmarktpfade verwendet. Für die Simulation wird der vom GDV zur Verfügung gestellte ökonomische Szenariogenerator (ESG) verwendet. Der ESG wird von der Gesellschaft parametrisiert und validiert und liefert als Ergebnis die Zins-, Aktien-, und Immobilienentwicklung für jeden simulierten Kapitalmarktpfad.

Das BSM projiziert pro Kapitalmarktpfad eine HGB-Bilanz mit den realistischen Erwartungen bezüglich Sterblichkeit, Stornoverhalten der Versicherungsnehmer und anderen versicherungstechnischen Annahmen. Diese realistischen Annahmen werden Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung genannt. Unternehmensindividuelle Regelungen zur Überschussbeteiligung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen sind dabei im Modell abgebildet. So enthält das BSM in den Projektionen Kontrollen zur Überprüfung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindestzuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB).

Ebenso wird der Referenzzinssatz zur Bestimmung der Zinszusatzreserve (ZZR) gemäß § 5 DeckRV ermittelt. Das BSM verwendet bei der Berechnung der ZZR im Modell ein lineares Näherungsverfahren, welches durch uns einer Überprüfung unterzogen wurde und als angemessen bewertet wird.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen für die fondsgebundenen Lebensversicherungsverträge entsprechen dem Zeitwert des Fondsguthabens abzüglich der Kosten- und Biometriemarge, die dem Rohüberschuss des Versicherungsunternehmens zufließt. Die Kosten-Biometrie-Marge ergibt sich als Differenz zwischen dem Barwert des Kosten- und Risiko-Ertrags und dem Barwert des Kosten- und Risiko-Aufwands. Der Rentenbezug wird entsprechend dem klassischen Geschäft abgebildet.

Die Risikomarge als Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II entspricht dem Betrag, den ein Versicherungsunternehmen zusätzlich fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen. Die Risikomarge wird anhand der Stufe 2 (Vereinfachungsmethode 1 nach Leitlinie 62 TP¹) berechnet. Wir betrachten diese Vereinfachungsmethode als geeignet, weil sie dem Risiko und der Komplexität unseres Geschäfts angemessen ist. Die Modellierung erfolgt mit einem sogenannten Risikotreiberansatz auf Risikomodulebene.

Zur Modellierung der Geschäftspolitik werden im BSM Managementparameter eingestellt. Diese betreffen im Wesentlichen:

- die Strategie, wie der Rohüberschuss verwendet wird und die Zielbeteiligung der Versicherungsnehmer am Rohüberschuss,
- die Überschussdeklaration und VAG-Entnahme aus dem Schlussüberschussanteilsfonds (SÜAF) und der freien RfB sowie deren Grenzen,
- den Anteil des übrigen Ergebnisses für das künftige Neugeschäft,
- den Mindest-, Maximal- und Zielanteil des Zinstitel-Portfolios am Kapitalanlagenportfolio,
- den Zeitraum für die Verrechnung von Kapitalertragsdefiziten,
- die Grenzen der Bewertungsreserven, ab wann und mit welchem Anteil die Bewertungsreserven der Realwerte realisiert werden.

Annahmen zu den Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung

Als Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung bezeichnet man die tatsächlich beobachteten Rechnungsgrundlagen ohne Verwendung von Sicherheitszuschlägen. Diese werden insbesondere mithilfe der beobachteten Bestandsbewegungen der letzten Jahre ermittelt.

Bei der Herleitung der Sterbewahrscheinlichkeiten wird anhand der beobachteten Todesfälle pro Teilbestand ein Faktor auf die entsprechende DAV-Sterbetafel angesetzt. Die Reaktivierungswahrscheinlichkeiten werden analog bestimmt. Die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten werden mithilfe eines Faktors auf die in der Prämienkalkulation verwendeten Tafeln abgebildet. Die Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten und die Abrufwahrscheinlichkeiten werden ebenfalls aus den Bewegungen der letzten Jahre abgeleitet.

Die Stornowahrscheinlichkeiten werden abhängig von der Laufzeit und dem Vertragsjahr, in dem storniert wurde, für mehrere Teilbestände versicherungssummengewichtet und unter Berücksichtigung von Trends ermittelt.

¹ EIOPA-BoS-14/166 Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen, 2. Feb. 2015

Die Kosten 2. Ordnung werden unterteilt in Abschluss-, Verwaltungs- und Regulierungskosten. Es werden die in den letzten Jahren tatsächlich angefallenen Kosten untersucht. Unter Berücksichtigung von Trends werden dann die Kosten als Prozentsatz auf die Beitragssumme des Neugeschäfts, als Prozentsatz auf den laufenden Beitrag oder als Stückkosten pro Vertrag abgebildet. Hierbei wird die künftige Inflation berücksichtigt.

Annahmen zu den Managementparametern

Die Managementparameter, die Eingabegrößen in das Branchensimulationsmodell sind, werden auf Basis empirischer Daten der letzten fünf Jahre hergeleitet. Sollte sich die Planung zur zukünftigen Steuerung stark von den empirischen Daten abheben, so werden die abweichenden Planansätze bei der Ermittlung der Parameter einbezogen. Bei Parametern, bei denen keine geeigneten Daten existieren, werden zur Herleitung der Parameter Expertenbefragungen herangezogen. Die Festlegung der Managementparameter wird im Gesamtvorstand diskutiert und verabschiedet.

D.2.1.2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Bereich Nicht-Leben

Die versicherungstechnischen Rückstellungen des einzigen Nicht-Leben-Versicherers in der Gruppe werden unter Solvency II neu bewertet. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethode unterscheidet sich dabei systematisch von der der Lebensversicherungen. Die wesentlichen Aspekte werden im Folgenden beschrieben.

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen wird folgende Segmentierung in Geschäftsbereiche vorgenommen.

Geschäftsbereiche nach Art der Schadenversicherung (nAd SV):

Geschäftsbereich unter Solvency II	Sparte unter HGB	Solvency II - Modul
Krankheitskostenversicherung	Nicht substitutive Krankheitskostenversicherung (Zahnzusatzversicherung)	Krankenversicherung
Einkommensersatzversicherung	Allgemeine Unfallversicherung	Krankenversicherung
Feuer- und andere Sachversicherung	Verbundene Hausratversicherung und Glasversicherung	Nichtlebensversicherung
Allgemeine Haftpflichtversicherung	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Nichtlebensversicherung
Verschiedene finanzielle Verluste	Beistandsleistungsversicherung und sonstige Schadenversicherung	Nichtlebensversicherung

Geschäftsbereiche nach Art der Lebensversicherung (nAd LV):

Renten aus Schäden zu Unfallversicherungsverträgen fallen unter Solvency II in den Geschäftsbereich Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungsverpflichtungen im Zusammenhang stehen.

Aufgrund der Ausrichtung unseres Versicherungsgeschäftes bilden nur die Sparte Unfall und deren nach Art der Lebensversicherung reservierte Renten wesentliche Bestandteile der versicherungstechnischen Rückstellungen. Daneben existieren noch kleinere Bestände in den anderen Geschäftsbereichen.

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden keine Volatilitätsanpassung (VA), keine Matching-Anpassung (MA) und keine anderen Übergangsmaßnahmen angewandt.

Für Sparten nach Art der Schadenversicherung wird der BE der versicherungstechnischen Rückstellungen als Summe aus dem BE der Prämienrückstellung und dem BE der Schadenrückstellung ermittelt.

Prämienrückstellung

Die Prämienrückstellung wird für Verpflichtungen aus noch nicht eingetretenen Schäden aus dem zum Bilanzstichtag vorhanden Versicherungsbestand gebildet. Der BE der Prämienrückstellung entspricht dem Saldo aus dem Barwert zukünftiger (nach dem Bilanzstichtag fälliger) Prämien und dem Barwert der aus diesen Prämien resultierenden Verpflichtungen. Der Barwert dieser Verpflichtungen bezieht sich auf zukünftig eintretende Schadenfälle inkl. zukünftig eintretende Rentenfälle aus bestehenden Verträgen.

Der BE der Prämienrückstellung besteht im Wesentlichen aus dem Barwert der zukünftig erwarteten Prämien unter Anwendung der aus historischen Daten geschätzten Schadenkostenquote. Diese Methode ist angemessen, da die Schadenkostenquote verlässlich geschätzt und für die Zukunft als stabil angenommen werden kann.

Schadenrückstellung

Der BE der Schadenrückstellung bedeckt die Verpflichtungen aus bereits eingetretenen oder verursachten Schäden, die zum Bilanzstichtag bestanden haben inkl. noch nicht anerkannter Rentenschäden und unbekannter Schäden.

Mit unterschiedlichen Schadenreservierungsverfahren (Chain-Ladder-Verfahren bzw. Munich-Chain-Ladder-Verfahren) werden aus den Abwicklungsdreiecken der Brutto-Zahlungen bzw. Brutto-Aufwänden, das heißt vor Rückversicherung, zukünftige Schadenaufwendungen für bereits eingetretene Schäden ermittelt. Diese werden mit der Basis-Zinsstrukturkurve diskontiert und der Barwert als BE der Schadenrückstellung für Geschäftsbereiche nAd SV angesetzt.

Der Beste Schätzwert für die Verpflichtungen aus anerkannten Rentenschäden entspricht dem erwarteten Barwert der Zahlungsströme dieser Schäden. Dazu werden einzelvertraglich die erwarteten, zukünftigen Rentenzahlungen prognostiziert.

Weitere Komponenten der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Risikomarge entspricht dem zusätzlichen Betrag, den ein Versicherungsunternehmen fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen. Sie wird anhand einer Vereinfachungsmethode nach Leitlinie 62 TP² berechnet. Wir betrachten dies Vereinfachungsmethode als geeignet, weil sie dem Risiko und der Komplexität unseres Geschäftes angemessen ist. Bei dem verwendeten Verfahren wird die Entwicklung der Kapitalbedarfe (SCRs) risikoindividuell modelliert und in die Zukunft projiziert. Die Risikomarge ergibt sich dann aus diesen mit der Basis-Zinsstrukturkurve diskontierten Projektionswerten der SCRs gewichtet mit einem Kapitalkostensatz von 6 %.

Die RfB wird unter der Position „versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet“ in der ökonomischen Bilanz ausgewiesen. Sie wird in Höhe der gebundenen RfB unter Solvency II angerechnet.

D.2.2. Änderungsmanagement im Berechnungsprozess

Unsere Bewertungsmodelle liefern ein realistisches Bild der wirtschaftlichen Lage unserer Unternehmen. Dies entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, unsere Bewertungsmethoden und –annahmen konsequent weiter zu entwickeln. Insbesondere passen wir sie an Gesetzesänderungen oder unvorhergesehene wirtschaftliche Entwicklungen an. Im Folgenden beschreiben wir die wesentlichen Änderungen im Berichtszeitraum:

- Im Rahmen des Bewertungsmodells der Lebensversicherer werden die zukünftigen Managemententscheidungen über ein Set von Parameter abgebildet. Um die Managemententscheidungen angemessen im Modell abzubilden, haben wir das Bewertungsmodell verfeinert. So wird auf die

² EIOPA-BoS-14/166 Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen, 2. Feb. 2015

unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen in dem Sinne reagiert, dass wichtige Management-Parameter differenziert für eine gute, mittelmäßige und schlechte Kapitalmarktsituation abgebildet werden. Damit die Managemententscheidungen auch in Stressszenarien geeignet im Modell abgebildet werden, werden zudem einige Parameter szenarienabhängig festgelegt.

- Im aktuellen Niedrigzins-Umfeld verlangt der Gesetzgeber von den Lebensversicherungsunternehmen den Aufbau zusätzlicher finanzieller Puffer (Zinszusatzreserve). Diese Puffer sollen sicherstellen, dass die Unternehmen alle Garantiezusagen, die sie ihren Kunden gegeben haben, dauerhaft erfüllen können. Der Aufbau der Zinszusatzreserve ist für die Unternehmen jedoch ein Kraftakt, der die Spielräume für die Überschussbeteiligung der Kunden stark einschränkt. Daher ist es sinnvoll, die Zinszusatzreserve nur im wirklich erforderlichen Umfang aufzubauen. Mit anderen Worten: Unternehmen sollten eine übermäßig vorsichtige und damit unnötig hohe Zinszusatzreserve vermeiden. Details hierzu hat die Aufsicht (BaFin) in 2016 geregelt. Diese Regelungen setzen wir ab dem 31.12.2016 um. Die geänderte Berechnung der Zinszusatzreserve wirkt sich auch auf den Wert unserer Verpflichtungen aus. Insbesondere steigt der Wert der zukünftigen Überschussbeteiligungen für unsere Kunden an.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung für die Solvenzbilanz erfolgt für die Lebensversicherer mit Hilfe des Branchensimulationsmodells des GDV in der Version 3.0. Die Bewertung erfolgt im Wesentlichen analog zur verwendeten Version aus dem Vorjahr (Version 2.1). Die entscheidenden Neuerungen in Folge der Modellaktualisierung betreffen:

- die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubestand. Dies erhöht zum einen die Modellangemessenheit, zum anderen werden regulatorische Anforderungen gemäß der Mindestzuführungsverordnung (MindZV) erfüllt.
- die Untergliederung der versicherungstechnischen Rückstellung in der Solvenzbilanz. Der Zeitwert der Optionen wird nun separat ausgewiesen, während der Zeitwert der Garantien gemeinsam mit dem Wert der zentralen Überschussbeteiligung ausgewiesen wird.
- die Modellierung einer zusätzlichen Deklarationsmethode. Dies ermöglicht, die Unternehmenspolitik bezüglich der Überschussbeteiligung genauer abzubilden.
- eine genauere Modellierung der Kapitalanlagen, indem Immobilien und Aktienanlagen getrennt betrachtet werden.

Im Bereich des Schaden- und Unfallversicherers wurde das Verfahren zur Bestimmung der Schadenrückstellung nAd SV für den Geschäftsbereich Einkommensersatzversicherung geändert. Im Gegensatz zum Vorjahr, bei dem das Chain-Ladder-Verfahren genutzt wurde, erfolgt die Bewertung zum Stichtag mit dem Munich-Chain-Ladder-Verfahren auf Basis des Zahlungs- und des Aufwandsdreiecks.

Weiter gab es keine wesentlichen Änderungen in den Bewertungsmethoden und -annahmen.

D.2.3. Grad der Unsicherheit

Die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen resultieren aus den folgenden Sachverhalten:

In der Erzeugung der versicherungstechnischen Cashflows aus den Bestandsdaten werden Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung verwendet, die mit einer gewissen Schätzunsicherheit versehen sind. Zudem fließen in der Modellierungen Vereinfachungen ein. So werden etwa im Rahmen des Bewertungsmodells der Lebensversicherer die zukünftigen Managemententscheidungen über ein Set von Parameter abgebildet. Des Weiteren wird in der Erzeugung der ökonomischen Szenarien mit Hilfe des ESG eine Kalibrierung des Modells für einen langen Projektionszeitraum vorgenommen. Jeder dieser Aspekte trägt zur Unsicherheit in der Bewertung bei, wobei das Gesamtergebnis der Bewertung deswegen nicht unsicherer wird, da die Effekte sowohl zu Über- wie Unterschätzungen der versicherungstechnischen Rückstellungen führen.

Insgesamt halten wir den derzeitigen Modellierungsansatz für angemessen. Auch zukünftig wird die Angemessenheit der Modellierung regelmäßig für alle Einzelgesellschaften der Gruppe validiert und bei Bedarf angepasst.

D.2.4. Wesentliche Vereinfachungen

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden Vereinfachungen vorgenommen. Die wesentlichen Vereinfachungen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen sind im Folgenden dargestellt:

- **Vollständigkeit der abgebildeten Tarife in der Projektionssoftware:** Einige Tarife mit nur kleinen Beständen sind nicht in der Projektionssoftware abgebildet. Sie werden durch Skalierung der Cashflows auf Basis der HGB-Deckungsrückstellung berücksichtigt. Aus Proportionalitätsgründen und auf Grund der Homogenität des Bestandes ist diese Skalierung angemessen.
- **Rückversicherung:** Für die Lebensversicherer der Gruppe wird keine Rückversicherung mit einbezogen. Für die Lebensversicherer der Gruppe sind deshalb auch keine Ausfallrisiken der Rückversicherungspartner in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt. Analysen zur Überprüfung der Auswirkung der Rückversicherung auf die Solvency II Berechnung haben gezeigt, dass diese nicht wesentlich sind. Eine Vernachlässigung ist daher angemessen.
- **Dynamisches Hybridprodukt:** Die Deckungsrückstellung des Bestandes an dynamischen Hybridprodukten wird zu Beginn des Prognosezeitraums gemäß der dann aktuellen Aufteilung in einen rein klassischen und einen rein fondsgebundenen Anteil getrennt. Dadurch werden die für das dynamische Hybridprodukt typischen monatlichen Umschichtungen zwischen den klassischen und den fondsgebundenen Rückstellungen nicht modelliert. Diese Umschichtungen sind beim dynamischen Hybridprodukt der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. durch die spezielle Produktkonstruktion stark reduziert und daher ist diese Vereinfachung angemessen.
- **Combined Ratio:** Für den Schadenversicherer ist die Combined Ratio der wichtigste Parameter in der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Sie hat großen Einfluss auf die zukünftig erwarteten Gewinne und damit auf die Prämienrückstellung. Die empirische Standardabweichung der Combined Ratio ist gering. Deshalb ist der Grad der Unsicherheit klein und damit die Prämienrückstellung zuverlässig geschätzt.

D.2.5. Angaben zur Volatilitätsanpassung und zum Rückstellungstransitional

Versicherungsunternehmen können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Berechnung des besten Schätzwerts vornehmen. Für die Lebensversicherer der Gruppe wird die Volatilitätsanpassung (VA) nach Artikel 77d der Richtlinie 2009/138/EG angewendet.

Ebenso wird für die Lebensversicherer der Gruppe ein vorübergehender Abzug (Rückstellungstransitional, RT) gemäß Artikel 308d der Richtlinie 2009/138/EG verwendet.

Beim Rückstellungstransitional handelt es sich um eine Maßnahme, die bis zum 1. Januar 2032 schrittweise die versicherungstechnische Rückstellung nach Solvency I zu deren Bewertung nach Solvency II überführt. Dabei wird zu Beginn der Übergangsphase die Differenz der versicherungstechnischen Rückstellungen beider Bewertungsansätze als Abzugsterm der Solvency II-Rückstellung hinzugefügt und im Verlauf des Übergangszeitraumes linear reduziert.

Die Auswirkungen eines Wegfalls der Volatilitätsanpassung oder des Rückstellungstransitionals können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Szenario zum 31.12.2016 in T €	Zinsstrukturkurve mit VA ohne RT	Zinsstrukturkurve ohne VA mit RT	Zinsstrukturkurve mit VA mit RT
Basiseigenmittel	437.444	1.040.339	1.066.527
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	437.444	1.040.339	1.066.527
Anrechenbare Eigenmittel für den Gruppen-SCR-Floor	402.680	1.040.339	1.066.527
versicherungstechnische Rückstellungen	7.050.026	6.196.981	6.157.078
SCR	322.567	249.359	229.141
Gruppen-SCR-Floor	157.162	119.204	109.943

Im Rahmen der Quantifizierung der Auswirkungen eines Wegfalls der Volatilitätsanpassung oder des Rückstellungstransitionals werden die Anforderungen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung, des SCRs, des Gruppen-SCR-Floors und der anrechenbaren Eigenmittel eingehalten. Insbesondere wurde in den Berechnungen eine Beurteilung der Werthaltigkeit des sich ergebenden Überhangs der aktiven über die passiven latenten Steuern vorgenommen.

D.2.6. Vergleich der Solvency II - mit der HGB-Bewertung

In der nachfolgenden Tabelle werden die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB den Ergebnissen des Bewertungsmodells gegenüber gestellt.

Stichtag 31.12.2016 in T €	HGB-Buchwert	Solvency II Zeitwert	Differenz
Klassische Versicherung	5.577.961	5.528.880	49.081
Fonds- und Indexgebundene Versicherung	734.082	630.349	103.732
Krankenversicherung nach Art der Leben	221.915	-36.277	258.193
Krankenversicherung nach Art der Schaden	67.899	35.229	32.670
Schaden- und Unfallversicherung	1.700	-1.103	2.803
Gesamt	6.603.558	6.157.078	446.480

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB und Solvency II unterscheiden sich deutlich. Unter HGB werden die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Verwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen und teilweise unter Verwendung eines festen Rechnungszinses berechnet. Durch die Berücksichtigung von Sicherheitszuschlägen in den verwendeten Rechnungsgrundlagen wird das Vorsichtsprinzip der HGB-Bilanzierung implizit realisiert. Unter Solvency II werden die versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Verwendung von besten Schätzwerten als Rechnungsgrundlagen und unter Anwendung einer risikofreien Zinskurve, zum Teil mit Berücksichtigung einer Volatilitätsanpassung, bewertet. Die in den Versicherungsverträgen enthaltenen Optionen und Finanzgarantien werden explizit bewertet. Zusätzlich wird die zukünftige Überschussbeteiligung des Versicherungsnehmers in den versicherungstechnischen Rückstellungen erfasst. Für nicht hedgebare Risiken wird eine explizite Risikomarge gestellt.

Die größten Bewertungsunterschiede resultieren aus der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung. Für diesen Geschäftsbereich fällt die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB deutlich höher aus als die Bewertung nach Solvency II. Reduzierend wirken sich unter Solvency II dabei vor allem die Verwendung der Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung aus.

Auch in den anderen Geschäftsbereichen fällt die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB höher aus als die Bewertung nach Solvency II. Reduzierend wirken in der fonds- und indexbasierten Versicherung vor allem der Abzug der Kosten-Biometriemarge und in der klassischen Versicherung vor allem die Anwendung des Rückstellungstransitionals. Für die Geschäftsbereiche nach Art der Schadenversicherung wird als Schadenrückstellung unter Solvency II eine gemeinsam, aktuariell ermittelte Reserve für alle Schäden angesetzt. Zudem werden zukünftig erwartete Gewinne aus Bestandverträgen in den versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II berücksichtigt. Vor allem diese beiden Effekte führen dazu, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II für diese Geschäftsbereiche deutlich kleiner sind als die unter HGB.

D.3. Sonstige Verbindlichkeiten

Es wurde 1/15-tel des Erfüllungsrückstandes im Geschäftsjahr zugeführt, im Vorjahr 1/15-tel. Aufgrund der ratierlichen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen über 15 Jahre nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB sind Pensionsverpflichtungen in Höhe von 3.129 Tausend € nicht in der Bilanz enthalten.

Bei der Ermittlung des Solvency II-Zeitwertes wird ein Näherungsverfahren angewendet. Es wird hierbei für die marktkonsistente Bewertung ein Durationsansatz verwendet. Ausgehend von dem Wert der Pensionsrückstellung nach HGB wird die Rückstellung nach Solvency II anhand eines Faktors erhöht. Der Faktor berechnet sich folgendermaßen:

$(\text{Absenkung im Rechnungszins} + \text{geschätzter Gehaltstrend}) \cdot \text{modDur}$

Die Absenkung im Rechnungszins erfolgt im Vergleich zu der nach IAS 19 geforderten Zinskurve zum Zeitpunkt der modifizierten Duration. Zum 31.12.16 wurde ein Zinssatz von 1,75 % angesetzt.

Es bestehen folgende Eventualverbindlichkeiten, deren Eintrittswahrscheinlichkeit als gering eingestuft wird und die deshalb nicht in der Solvabilitätsübersicht angesetzt werden.

Die Lebensversicherungsgesellschaften sind gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist.

Hieraus bestehen aktuell keine Verpflichtungen.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben.

Dies entspricht einer Verpflichtung von 5.465 Tausend €.

Zusätzlich haben sich die Gesellschaften verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge.

Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Stichtag 50.012 Tausend €.

Das Risiko bzgl. der oben aufgeführten Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Sicherungsfonds wird für das Jahr 2017 als gering eingestuft.

Es bestehen Andienungsrechte der Emittenten aus sogenannten Multitranchen zu öffentlichen Namenspfandbriefen und Schuldscheindarlehen über durchgängig maximal 90.000 Tausend € bis 2024, die jedoch nur zum Tragen kommen, wenn die Marktzinsen über den jeweils vereinbarten Zinssätzen liegen. Das Risiko der Andienung wird aufgrund der aktuellen Zinslage als gering eingestuft. Bei Anlagen in Unternehmensbeteiligungen und Immobilienfonds bestehen bisher zugesagte, nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen zum Bilanzstichtag in Höhe von 78.751 Tausend €. Bei Hypothekendarlehen bestehen zum Bilanzstichtag noch offene Auszahlungsverpflichtungen an die Darlehensnehmer aus bereits zugesagten Darlehensverträgen in Höhe von 2.533 Tausend €. Die offenen Zusagen aus Unternehmensbeteiligungen, Immobilienfonds und Hypothekendarlehen werden in den Folgejahren erwartungsgemäß abgerufen.

Die Bewertung latenter Steuern basiert auf temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten jedes einzelnen Vermögensgegenstands und jeder einzelnen Verbindlichkeit in der Solvency II-Bilanz und den in einer Bilanz für Steuerzwecke zugeordneten Werten. Steuergutschriften sind nicht vorhanden. Steuerliche Verlustvorträge sind vorhanden und wurden berücksichtigt.

Alle anderen Verbindlichkeiten werden mit Ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und der Buchwert entspricht dem Zeitwert nach Solvency II.

Veränderungen der verwendeten Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der sonstigen Verbindlichkeiten fanden während des Berichtszeitraums nicht statt. Des Weiteren begegnen wir den Schätzungsunsicherheiten, die bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten auftreten können, durch regelmäßige Überprüfungen und bedarfsweiser Anpassung der zu Grunde liegenden Annahmen.

In der folgenden Tabelle werden die HGB Werte der sonstigen Verbindlichkeiten den Solvency II Werten gegenübergestellt.

sonstige Verbindlichkeiten zum 31.12.2016 in T €	HGB	Solvency II	Unterschied
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	21.363	21.878	515
Rentenzahlungsverpflichtungen	102.297	142.272	39.975
Einlagen von Rückversicherern	9.615	0	-9.615
Latente Steuerschulden	0	350.971	350.971
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.108	1.108	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	133.640	48.444	-85.197
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.401	0	-1.401
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	9.949	9.949	0
Sonstige Verbindlichkeiten, die nicht an anderer Stelle ausgewiesen werden	884	884	0
Verbindlichkeiten insgesamt	280.258	575.507	295.249

D.4. Alternative Bewertungsmethoden

Angaben zu diesen Sachverhalten sind an den entsprechenden Stellen in den Kapiteln D1-D3 integriert.

D.5. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke wurden in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt. Weitere Angaben sind an dieser Stelle nicht vorzunehmen.

E. Kapitalmanagement

E.1. Eigenmittel

Das Kapitalmanagement sowie der Kapitalmanagementplan sind entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Risiken, denen wir ausgesetzt sind. Sie sind vom Vorstand verabschiedet und unterliegen einer jährlichen Prüfung, um sich gegebenenfalls an ändernde Gegebenheiten anzupassen. Die Leitlinie zum Kapitalmanagement und dem Kapitalmanagementplan ist grundsätzlich einzuhalten.

Überleitung zu bilanziellen Eigenmitteln

Durch unterschiedliche Bewertungen und Umgliederungen bestimmter Positionen, kann vom Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten nach Solvency II zu den bilanziellen Eigenmitteln nach HGB übergeleitet werden, wie folgende Tabelle zeigt:

Werte per 31.12.2016	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in T €	in T €	in T €	in T €
Eigenmittel Gruppe	1.066.527	1.066.527	0	0
Überschussfonds	-291.403	-291.403	0	0
nicht transferierbarer Überschussfonds	15.296	15.296	0	0
Rückstellungstransitional	-922.450	-922.450	0	0
Bewertungsdifferenz aus vt. Rückstellungen (exklusive RT und Überschussfonds)	767.374	767.374	0	0
Bewertungsdifferenz aus sonstigen Passiva	295.249	295.249	0	0
Bewertungsdifferenz aus Aktiva	-805.287	-805.287	0	0
Bilanzielle Eigenmittel nach HGB	125.305	125.305	0	0

Die Bewertungsdifferenzen zwischen dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten nach Solvency II und den bilanziellen Eigenmitteln nach HGB ergeben sich hauptsächlich aus der dort jeweils unterschiedlichen Bewertung von Vermögenswerten und versicherungstechnischen Rückstellungen. Wie sich diese Unterschiede genau darstellen, wurde für Vermögenswerte bereits in Kapitel D.1 und für versicherungstechnische Rückstellungen in Kapitel D.2 näher erläutert.

Während der Überschussfonds unter HGB zu den versicherungstechnischen Rückstellungen zählt und damit nicht zu den bilanziellen Eigenmitteln, muss er unter Solvency II zu diesen dazu addiert werden. Das Rückstellungstransitional erhöht die Residualgröße Eigenmittel zusätzlich und ermöglicht außerdem eine schrittweise Einführung der Solvency II Bewertungsvorschriften. Andere Bewertungsdifferenzen aus den versicherungstechnischen Rückstellungen wirken diesem Effekt reduzierend entgegen.

Da die Kapitalanlagen nach Solvency II mit Marktwerten bewertet werden, ergibt sich hier eine höhere Bewertung als nach HGB, bedingt durch die dortige Bewertung nach Anschaffungskosten. Hierdurch erstehen passive latente Steuern, welche die Bewertungsdifferenz aus sonstigen Passiva beeinflussen.

Zusammensetzung, Betrag und Qualität der Eigenmittel

Nach Solvency II werden Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel unterschieden. Die Basiseigenmittel ergeben sich nach Solvency II aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen und zuzüglich nachrangiger Verbindlichkeiten. Die ergänzenden Eigenmittel setzen sich zusammen aus Eigenmitteln, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, aber zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können. Die Berücksichtigung ergänzender Eigenmittel bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Aufsicht. Die Beantragung ergänzender Eigenmittel ist aktuell weder erfolgt noch geplant.

Zur Beurteilung, ob und in welcher Höhe Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung verfügbar sind („verfügbare Eigenmittel“), werden die Eigenmittel in drei Qualitätsklassen („Tiers“) eingestuft. Hierfür sind insbesondere Merkmale wie „ständige Verfügbarkeit“, „Nachrangigkeit“ und „ausreichende Laufzeit“ entscheidend. Außerdem werden Rückzahlungsanreize, sonstige Belastungen und die Abwesenheit obligatorischer laufender Kosten betrachtet. Bestimmte Anrechenbarkeitsgrenzen sind einzuhalten.

Die verfügbaren Eigenmittel der Stuttgarter Versicherungsgruppe werden unter Anwendung des Bottom-Up-Ansatzes auf Basis der Solomarktwertbilanzen der verbundenen Unternehmen ermittelt. Gruppeninterne Transaktionen werden dabei eliminiert. Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel werden die aufgrund von Transferierbarkeits- und Fungibilitätsbeschränkungen auf Gruppenebene nur eingeschränkt übertragbaren Soloeigenmittel gekürzt. Außerdem werden die Anrechenbarkeitsgrenzen eingehalten.

Innerhalb der Stuttgarter Versicherungsgruppe bestanden im Geschäftsjahr keine Beteiligungen an Betrieblichen Altersvorsorgeeinrichtungen und anderen Finanzdienstleistern (OFS: other financial sectors). Ebenfalls bestanden keine wesentlichen Beteiligungen an verbundenen Unternehmen, die nicht Tochterunternehmen sind aber auf die maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (NCP: non-controlled participations). Auf beide Aspekte wird deshalb im Folgenden nicht weiter eingegangen.

- Gruppeneigenmittel = Konsolidierte Eigenmittel nach Eliminierung gruppeninterner Transaktionen (Kerngruppe inkl. NCP-Gesellschaften)
- + Anteilige Eigenmittel der OFS-Gesellschaften (Ermittlung gemäß der sektoralen Anforderungen)

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Eigenmittel der Stuttgarter Versicherungsgruppe nach Solvency II nach Eigenmittelbestandteil und Tier dar.

Solvency II Eigenmittel per 31.12.2016	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3
	in T €	in T €	in T €	in T €
Basiseigenmittel	1.066.527	1.066.527	0	0
Überschussfonds	291.403	291.403	0	0
nicht transferierbarer Überschussfonds	-15.296	-15.296	0	0
Ausgleichsrücklage	790.420	790.420	0	0
Gesamt	1.066.527	1.066.527	0	0

Unsere Eigenmittel in Höhe von 1.066.527 Tausend € setzen sich wie folgt zusammen. Ein wesentlicher Bestandteil der Basiseigenmittel in Tier 1 ist der Überschussfonds von 291.403 Tausend €. Hiervon werden 15.296 Tausend € als nicht transferierbare Eigenmittel abgezogen. Der Überschussfonds dient unter den Bedingungen des § 140 VAG als Kapitalverlustausgleichsmechanismus. Wir verfügen außerdem über Gewinnrücklagen von 125.305 Tausend €, welche der Ausgleichsrücklage und damit ebenfalls den Basiseigenmitteln in Tier 1 zuzuordnen sind. Die Höhe des Rückstellungstransitionals von 922.450 Tausend € wird in der Ausgleichsrücklage ausgewiesen. Der Gesamtwert der Ausgleichsrücklage von 790.420 Tausend € umfasst darüber hinaus die

Bewertungsdifferenzen zwischen Solvency II und HGB von 805.287 Tausend € für die Vermögenswerte abzüglich 1.062.622 Tausend € für die Verbindlichkeiten. In Tier 2 und 3 werden derzeit keine Eigenmittel angesetzt. Ebenso werden derzeit keine ergänzenden Eigenmittel angesetzt. Dementsprechend sind alle verfügbaren Eigenmittel zur Überdeckung der Solvenzkapitalanforderung anrechnungsfähig.

Bedeutende Veränderungen der Eigenmittel ergeben sich hauptsächlich durch das Gegenüberstellen von Kapitalanlagen und Rückstellungen. Während des Berichtszeitraums ist es dabei zu folgenden Veränderungen von Bewertungsdifferenzen gekommen:

Die Bewertungsdifferenzen der Vermögensgegenstände resultieren im Wesentlichen aus einem unterschiedlichen bilanziellen Ausweis zwischen der Solvency II- und HGB-Bilanz der Kapitalanlagen. Während in der Solvency II-Welt die Zeitwertsicht führend ist, werden in der HGB-Bilanz die Buchwerte – die sich im Wesentlichen aus den Anschaffungskosten ergeben – bilanziert. So haben im Jahr 2016 die Zeitwerte der Renten- und Aktienengagements von der allgemeinen Finanzmarktentwicklung (bspw. Zinsrückgang bzw. DAX-Anstieg) profitiert. Im Gegenzug hat sich die allgemeine Finanzmarktentwicklung abgesehen von den geringfügigen Zuschreibungen kaum auf die Buchwerte der Vermögensgegenstände ausgewirkt.

Die Bewertungsänderung der Passiva ist im Berichtszeitraum zurückgegangen. Dieser Rückgang resultiert hauptsächlich aus dem Zinsrückgang, der sich auf die Rentenrückstellung und die Pensionsrückstellungen auswirkt. Für die Stuttgarter Versicherungsgruppe wird dieser Effekt insbesondere durch die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. getrieben. Hier nähern sich auf Grund des Zinsrückganges die versicherungstechnischen Rückstellungen im Bereich Leben (ohne fonds- und indexgebundene Versicherungen) an die versicherungstechnischen Rückstellungen unter HGB an. Dadurch sinkt die Bewertungsanpassung. Zusätzlich geht im Berichtszeitraum der Überschussfonds zurück, wodurch der Rückgang der Bewertungsanpassung verstärkt wird.

Eliminierung gruppeninterner Transaktionen

Die Eliminierung gruppeninterner Transaktionen bei der Berechnung der Gruppeneigenmittel kann dem Kapitel A.1 entnommen werden.

Beschränkungen für die Transferierbarkeit und Fungibilität der Eigenmittel

Zur Bestimmung der auf Gruppenebene verfügbaren Eigenmittel muss die Verfügbarkeit der Eigenmittel jedes verbundenen Unternehmens für die Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung der Gruppe untersucht werden. So sind Soloeigenmittel, die nicht innerhalb von höchstens neun Monaten innerhalb der Gruppe fungibel oder transferierbar gemacht werden können, als auf Gruppenebene nicht tatsächlich verfügbar einzustufen. Solche Eigenmittel sind auf Gruppenebene nur bis zum Beitrag des verbundenen Unternehmens an der Solvenzkapitalanforderung der Gruppe ansetzbar. So sind z.B. Überschussfonds, nachrangige Verbindlichkeiten, latente Steueransprüche und ergänzende Eigenmittel verbundener Unternehmen und Minderheitenanteile an Tochterunternehmen auf Gruppenebene i.A. nicht tatsächlich verfügbar. Die Eigenmittel der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. als oberstes Mutterunternehmen – wie z.B. der Überschussfonds der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. – sind hingegen als vollständig transferierbar und fungibel anzusehen und damit auf Gruppenebene vollständig verfügbar. Es sind auf Gruppenebene dieselben Anrechenbarkeitsgrenzen einzuhalten wie auf Soloebene. Da bei uns alle Beteiligungsverhältnisse zu 100 % bestehen, müssen keine Minderheitenanteile abgezogen werden.

Folgende Eigenmittelbestandteile der mit der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. verbundenen Unternehmen (insbesondere Stuttgarter Versicherung Holding AG, Stuttgarter Versicherung AG, DIREKTE LEBEN Versicherung AG und PLUS Lebensversicherungs AG) gelten als auf Gruppenebene nicht tatsächlich verfügbar und werden deshalb in Höhe des Beitrags des verbundenen Unternehmens an der Solvenzkapitalanforderung der Gruppe gekappt:

Tochterunternehmen	Eigenmittelbestandteil	Nicht tatsächlich verfügbare Eigenmittel	Anteil am Gruppen-SCR	Abzug von den Gruppeneigenmitteln
	in T€	in T€	in T€	in T€
SVH	3.135	0	455	0
DLV	84.192	19.163	7.656	11.508
SVA	88.822	2.760	39.824	0
PLV	61.099	14.711	10.922	3.788

Da unsere gesamten Eigenmittel Tier 1 zuzuordnen sind, ist deren Anrechenbarkeit für MCR und SCR mit Rückstellungstransitional identisch. Aufgrund der Tiering-Struktur entsprechen die verfügbaren Eigenmittel den Basiseigenmitteln.

E.2. Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur übergreifenden Sicht auf die Solvenzsituation der Gruppe werden die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement (SCR)) und die Mindestkapitalanforderung bestimmt. Die Solvenzkapitalanforderung der Gruppe wird nach Methode 1 (Konsolidierungsmethode) gemäß Artikel 336 DVO unternommen. Dabei fallen alle in den Konsolidierungskreis der Gruppe einbezogenen Unternehmen unter Artikel 335 Absatz 1 Buchstabe (a) DVO und werden daher unter Bereinigung der gruppeninternen Transaktionen (siehe Kapitel A.1.4.1) vollkonsolidiert. Die Servicegesellschaften der Stuttgarter Unternehmensgruppe werden gemäß Artikel 336 Buchstabe (d) DVO in der Solvenzkapitalberechnung berücksichtigt.

Die Berechnung der Kapitalanforderungen nach Solvency II wird mittels Standardformel bestimmt. Das SCR aus der Standardformel ergibt sich aus dem Basis-SCR erhöht um das SCR für das operationelle Risiko und angepasst um die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse (ZÜB). Detailliertere Informationen zur Berechnung des SCR sind in der Einleitung zum Kapitel Risikoprofil genannt.

Die Zusammensetzung unserer Solvenzkapitalanforderung zum 31.12.2016 für den maßgeblichen Fall mit Rückstellungstransitional und mit Volatilitätsanpassung ist in folgender Tabelle dargestellt.

Solvenzkapitalanforderung (in T €)	31.12.2016
Marktrisiko	910.920
Gegenparteiausfallrisiko	9.889
Versicherungstechnisches Risiko Leben	117.183
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	199.783
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	4.808
Diversifikation	-218.902
Risiko Immaterieller Vermögenswerte	0
Basissolvenzkapitalanforderung	1.023.680
Operationelles Risiko	32.087
Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern	-98.407
Verlustausgleichsfähigkeit zukünftiger Überschüsse	-728.220
Solvenzkapitalanforderung	229.141

Der wesentliche Treiber des SCR ist das Marktrisiko. Mit 910.920 Tausend € vor Diversifikation hat es einen Anteil von rund 73 % am Basis-SCR. Es folgt das versicherungstechnische Risiko Kranken mit rund 16 % und das versicherungstechnische Risiko Leben mit rund 9 %. Alle anderen Risiken

spielen eine untergeordnete Rolle. Durch Diversifikation reduziert sich das SCR um rund 218.902 Tausend €. Die auf den Risikomodulen basierende Basissolvenzkapitalanforderung kann durch die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse noch deutlich reduziert werden. Die dabei angesetzten zukünftigen steuerlichen Verluste wurden einer Werthaltigkeitsprüfung unterzogen.

Die Mindestkapitalanforderung für das Gruppen SCR wird Gruppen SCR-Floor genannt. Es berechnet sich aus der Summe des MCRs der Stuttgarter Lebensversicherung und der verhältnismäßigen Anteile der MCRs der Töchtergesellschaften. Die verhältnismäßigen Anteile werden dabei gemäß Artikel 221 Abschnitt (1) a) der Solvency II Richtlinien bestimmt.

Als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln und Kapitalanforderung werden dann die Bedeckungsquoten nach Solvency II bestimmt. Hierbei werden bei der Berechnung folgende Fälle unterschieden:

- Verwendung von Rückstellungstransitional und Volatilitätsanpassung,
- Ausschließliche Verwendung der Volatilitätsanpassung,
- Ausschließliche Verwendung des Rückstellungstransitional.

Aus der Berechnung der Kapitalanforderungen und der Bedeckungsquoten zum 31.12.2016 ergeben sich für die genannten Fälle die folgenden Werte:

Solvenzquoten zum 31.12.2016	Zinsstrukturkurve mit VA mit RT	Zinsstrukturkurve mit VA ohne RT	Zinsstrukturkurve ohne VA mit RT
Kapitalanforderungen			
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	229.141 T €	322.567 T €	249.359 T €
Mindestkapitalanforderung (Gruppen-SCR-Floor)	109.943 T €	157.162 T €	119.204 T €
Bedeckungsquoten			
Bedeckungsquote (SCR)	465%	136%	417%
Bedeckungsquote (Gruppen-SCR-Floor)	970%	256%	873%

In der maßgeblichen Berechnung mit Volatilitätsanpassung und mit Rückstellungstransitional betragen die Solvenzkapitalanforderungen 229.141 Tausend € und die Mindestkapitalanforderung 109.943 Tausend €. Die Bedeckungsquoten zum 31.12.2016 von 465 % für das SCR und 970 % für das MCR zeigen, dass die an die Gruppe gestellten Kapitalanforderungen ausreichend mit Eigenmitteln bedeckt sind.

Auch in den Berechnungen mit ausschließlicher Verwendung der Volatilitätsanpassung, beziehungsweise mit ausschließlicher Verwendung des Rückstellungstransitionals ergibt sich eine deutliche Überdeckung.

Vereinfachungen und unternehmensspezifische Parameter

Für die Einzelgesellschaften wird das Katastrophenrisiko im Modul Kranken aus Vereinfachungsgründen in einem externen Tool mittels eines konservativen Näherungsverfahrens berechnet. Die Berechnung unterteilt sich in die drei Teilrisiken Pandemie-, Massenunfall- und Unfallkonzentrationsrisiko.

Zur Berechnung der Teilrisiken wird der Schaden, der in den jeweiligen Teilrisiken entsteht, über die vorgegebene Standardformel als gewichtete Summe der versicherten Leistungen im Schadenfall bestimmt und dann als SCR angesetzt.

Die im Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen genannten Vereinfachungen bezüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen bzw. Zahlungsströme gelten auch für die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung, bzw. wirken sich auf diese ebenfalls aus.

Bei der Ermittlung des Marktrisikos der Kapitalanlagen wurden vereinfachte Berechnungen angewandt. Diese werden folgend näher erläutert.

Im Rahmen des Zinsänderungsrisikos wurden innerhalb der Investmentfonds die festverzinslichen Wertpapiere mit Hilfe der modifizierten Duration bewertet. Dies stellt einen anerkannten Standard für approximierte Zinsstressberechnungen in der Finanzbranche dar.

Die Einzelgesellschaften der Gruppe machen gemäß Artikel 308b der Solvency II-Richtlinie von der Übergangsmaßnahme Aktien Gebrauch. Da diese Maßnahme nur auf die Aktien, die bereits vor dem 01.01.2016 im Bestand waren, angewendet werden darf, wird auch bei dem Aktienexposure innerhalb der Fonds nach dem Neu- und Altbestand unterschieden.

Innerhalb des Spreadrisikomoduls werden Bestände der Policen-, Beamten- und Außendienstdarlehen mit dem prozentualen durchschnittlichen Risikofaktor des Direktbestandes gestresst.

Die Immobilienbestände innerhalb der Fonds werden nicht nach Objekt, sondern je Fond bewertet.

Ansonsten wurden keine wesentlichen Vereinfachungen bei der Berechnung des Marktrisikomoduls in Bezug auf Kapitalanlagen vorgenommen.

Unternehmensspezifische Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG werden bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen nicht verwendet.

E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen somit nicht vor.

E.4. Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

E.5. Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

E.6. Sonstige Angaben

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

Anlagen

Anlage I	Quantitative Reporting Templates	69
----------	--	----

Anlage I Quantitative Reporting Templates

S.02.01.02 in Tausend €

Bilanz

	Solvabilität-II-Wert	
		C0010
Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	
Latente Steueransprüche	R0040	124.857
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	47.067
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	6.344.835
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	205.347
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	234.959
Aktien	R0100	253.445
Aktien – notiert	R0110	253.445
Aktien – nicht notiert	R0120	
Anleihen	R0130	3.999.639
Staatsanleihen	R0140	1.639.801
Unternehmensanleihen	R0150	2.288.989
Strukturierte Schuldtitel	R0160	70.849
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	1.585.807
Derivate	R0190	1.403
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	64.235
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	715.147
Darlehen und Hypotheken	R0230	473.762
Policendarlehen	R0240	33.161
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	225.012
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	215.588
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	13.371
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	2.790
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	-139
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	R0300	2.929
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	10.581
nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	R0320	10.581
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	
Depotforderungen	R0350	
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	37.621
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	13.556
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	2.941
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	41.251
Vermögenswerte insgesamt	R0500	7.814.408

	Solvabilität-II-Wert	
	C0010	
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	34.126
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	-1.103
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	-1.451
Risikomarge	R0550	348
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	35.229
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	4.984
Bester Schätzwert	R0580	24.912
Risikomarge	R0590	5.333
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	5.492.603
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	-36.277
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	-42.736
Risikomarge	R0640	6.458
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	5.528.880
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	5.356.117
Risikomarge	R0680	172.763
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	630.349
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	624.955
Risikomarge	R0720	5.394
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	21.878
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	142.272
Depotverbindlichkeiten	R0770	
Latente Steuerschulden	R0780	350.971
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	1.108
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	48.444
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	9.949
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	884
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	6.732.585
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	1.081.823

S.05.01.02 in Tausend €

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsge- schäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)																	
		Krankheits- kostenversi- cherung	C0010	Einkommens- ersatzversi- cherung	C0020	Arbeitsunfall- versicherung	C0030	Kraftfahr- zeughaft- pflichtversich erung	C0040	Sonstige Kraftfahrtver- sicherung	C0050	See-, Luft- fahrt- und Transportver- sicherung	C0060	Feuer- und andere Sach- versicherun- gen	C0070	Allgemeine Haftpflichtver- sicherung	C0080	Kredit- und Kautionsver- sicherung	C0090
Gebuchte Prämien																			
	R0110	4.868	100.088										3.598		3.336				
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0120																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0130																		
Anteil der Rückversicherer	R0140																		
Netto	R0200	4.868	100.088										3.598		3.336				
Verdiente Prämien																			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	4.860	99.925										3.606		3.340				
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0220																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0230																		
Anteil der Rückversicherer	R0240		2.151										10		117				
Netto	R0300	4.860	97.774										3.596		3.223				

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsge- schäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)																	
		Krankheits- kostenversi- cherung	C0010	Einkommens- ersatzversi- cherung	C0020	Arbeitsunfall- versicherung	C0030	Kraftfahr- zeughaft- pflichtversich- erung	C0040	Sonstige Kraftfahrver- sicherung	C0050	See-, Luft- fahrt- und Transportver- sicherung	C0060	Feuer- und andere Sach- versicherun- gen	C0070	Allgemeine Haftpflichtver- sicherung	C0080	Kredit- und Kautionsver- sicherung	C0090
Aufwendungen für Versicherungsfälle																			
	R0310	2.259		20.310									730		585				
	R0320																		
	R0330																		
	R0340			3.822											-24				
	R0400	2.259		16.488									730		609				
	Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen																		
	R0410	0		37									3		2				
	R0420																		
	R0430																		
	R0440																		
	R0500	0		37									3		2				
	R0550	1.549		65.437									2.063		1.760				
	R1200																		
	R1300																		
	Gesamtaufwendungen																		

	Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)				Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste		Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
	C0100	C0110	C0120		C0130	C0140	C0150	C0160	C0200
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft			224						112.114
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft									
Anteil der Rückversicherer									
Netto			224						112.114
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft			224						111.954
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft									
Anteil der Rückversicherer									2.278
Netto			224						109.676

	Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)						Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach				
	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160				C0200
Aufwendungen für Versicherungsfälle											
Brutto – Direktversicherungsgeschäft			14								23.897
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft											
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft											
Anteil der Rückversicherer											3.798
Netto			14								20.100
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen											
Brutto – Direktversicherungsgeschäft											41
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft											
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft											
Anteil der Rückversicherer											
Netto											41
Angefallene Aufwendungen			145								70.954
Sonstige Aufwendungen											
Gesamtaufwendungen											70.954

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen							Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt
		Krankenversicherung	Versicherung mit Über- schussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Le- bensversicherung	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen, die mit Krankenversi- cherungsver- pflichtungen in Zusammenhang stehen	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen, die mit Verpflichtungen außerhalb der Krankenversi- cherung in Zu- sammenhang stehen	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300	
Brutto	R1410	60.092	465.602	124.845							650.538
Anteil der Rückversicherer	R1420	4.517	1.782								6.300
Netto	R1500	55.574	463.819	124.845							644.239
Verdiente Prämien											
Brutto	R1510	60.082	467.164	124.845							652.091
Anteil der Rückversicherer	R1520	4.267	1.788								6.055
Netto	R1600	55.816	465.375	124.845							646.036
Aufwendungen für Versiche- rungsfälle											
Brutto	R1610	11.897	498.202	53.016			1.024				564.139
Anteil der Rückversicherer	R1620	1.796	653				193				2.642
Netto	R1700	10.101	497.549	53.016			832				561.498

	Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen							Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt
	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen										
Brutto	R1710	-20.045	-56.316	-94.455						-170.816
Anteil der Rückversicherer	R1720	-210								-210
Netto	R1800	-19.835	-56.316	-94.455						-170.606
Angefallene Aufwendungen	R1900	15.985	69.294	32.844				217		118.341
Sonstige Aufwendungen	R2500									15.475
Gesamtaufwendungen	R2600									133.816

S.05.02.01 in Tausend €
Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	
R0010	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	
	C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	
Gebuchte Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	112.114						112.114	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft								
Anteil der Rückversicherer								
Netto	112.114						112.114	
Verdiente Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	111.954						111.954	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft								
Anteil der Rückversicherer	2.278						2.278	
Netto	109.676						109.676	

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050		C0060
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	23.897						23.897
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330							
Anteil der Rückversicherer	R0340	3.798						3.798
Netto	R0400	20.100						20.100
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	41						41
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430							
Anteil der Rückversicherer	R0440							
Netto	R0500	41						41
Angefallene Aufwendungen	R0550	70.954						70.954
Sonstige Aufwendungen	R1200							
Gesamtaufwendungen	R1300							70.954

S.05.02.01 in Tausend €

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
		C0150	C160	C170	C180	C0190	C0200	
	R1400	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280
Gebuchte Prämien								
Brutto	R1410	650.538						650.538
Anteil der Rückversicherer	R1420	6.300						6.300
Netto	R1500	644.239						644.239
Verdiente Prämien								
Brutto	R1510	652.091						652.091
Anteil der Rückversicherer	R1520	6.055						6.055
Netto	R1600	646.036						646.036
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto	R1610	564.139						564.139
Anteil der Rückversicherer	R1620	2.642						2.642
Netto	R1700	561.498						561.498
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto	R1710	-170.816						-170.816
Anteil der Rückversicherer	R1720	-210						-210
Netto	R1800	-170.606						-170.606
Angefallene Aufwendungen	R1900	118.341						118.341
Sonstige Aufwendungen	R2500							15.475
Gesamtaufwendungen	R2600							133.816

S.22.01.22 in Tausend €

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

	Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahmen bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahmen beim Zinssatz	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
	C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010 6.157.078	892.948		40.901	
Basiseigenmittel	R0020 1.081.823	-631.902		-40.457	
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050 1.066.527	-629.083		-38.665	
SCR	R0090 229.141	93.426		30.794	

S.23.01.22 in Tausend €

Eigenmittel

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen					
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)					
Nicht verfügbares eingefordertes, aber noch nicht eingezahltes Grundkapital auf Gruppenebene					
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio					
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen					
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit					
Nicht verfügbare nachrangige Mitgliederkonten auf Gruppenebene					
Überschussfonds	291.403	291.403			
Nicht verfügbare Überschussfonds auf Gruppenebene	15.296	15.296			
Vorzugsaktien					
Nicht verfügbare Vorzugsaktien auf Gruppenebene					
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio					
Auf Vorzugsaktien entfallendes nicht verfügbares Emissionsagio auf Gruppenebene					
Ausgleichsrücklage	790.420	790.420			
Nachrangige Verbindlichkeiten					
Nicht verfügbare nachrangige Verbindlichkeiten auf Gruppenebene					
Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche					
Betrag in Höhe des Nettowerts der latenten Steueransprüche, nicht auf Gruppenebene verfügbar					
R0010					
R0020					
R0030					
R0040					
R0050					
R0060					
R0070	291.403	291.403			
R0080	15.296	15.296			
R0090					
R0100					
R0110					
R0120					
R0130	790.420	790.420			
R0140					
R0150					
R0160					
R0170					

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
R0340 Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG					
R0360 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG					
R0370 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG					
R0380 Nicht verfügbare ergänzende Eigenmittel auf Gruppenebene					
R0390 Sonstige ergänzende Eigenmittel					
R0400 Ergänzende Eigenmittel gesamt					
R0410 Eigenmittel anderer Finanzbranchen					
R0420 Ausgleichsrücklage					
R0430 Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung					
R0440 Nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen					
R0450 Gesamtbeitrag der Eigenmittel anderer Finanzbranchen					
R0460 Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode, ausschließlich oder in Kombination mit Methode 1					
R0520 Gesamtbeitrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden					
R0530 Gesamtbeitrag der Eigenmittel bei Verwendung der Abzugs- und Aggregationsmethode oder einer Kombination der Methoden unter Abzug der gruppeninternen Transaktionen					
R0550 Gesamtbeitrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehenden Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)	1.066.527	1.066.527			
R0560 Gesamtbeitrag der für die Erfüllung des Mindestbeitrags der konsolidierten SCR für die Gruppe zur Verfügung stehenden Eigenmittel	1.066.527	1.066.527			
R0560 Gesamtbeitrag der für die Erfüllung der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (außer Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)	1.066.527	1.066.527			

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
R0570	1.066.527	1.066.527			
R0610	109.943				
R0650	9,70				
R0660	1.066.527	1.066.527			
R0680	229.141				
R0690	4,65				

Gesamtbetrag der für die Erfüllung des Mindestbetrags der konsolidierten SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel

R0570

Mindestbetrag der konsolidierten SCR für die Gruppe (Artikel 230)

R0610

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur konsolidierten SCR für die Gruppe

R0650

Gesamtbetrag der für die Erfüllung der SCR für die Gruppe anrechnungsfähigen Eigenmittel (einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen)

R0660

SCR für die Gruppe

R0680

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR für die Gruppe, einschließlich Eigenmitteln aus anderen Finanzbranchen und aus den durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogenen Unternehmen

R0690

S.25.01.22 in Tausend €

Solvenzkapitalanforderung – für Gruppen, die die Standardformel verwenden

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0080	C0090
R0010	910.920		
R0020	9.889		
R0030	117.183		
R0040	199.783		
R0050	4.808		
R0060	-218.902		
R0070			
R0100	1.023.680		

Marktrisiko

Gegenparteiausfallrisiko

Lebensversicherungstechnisches Risiko

Krankenversicherungstechnisches Risiko

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Diversifikation

Risiko immaterieller Vermögenswerte

Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung		C0100
Operationelles Risiko	R0130	32.087
Verlustrückstellungen	R0140	-728.220
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	R0150	-98.407
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	229.141
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	
Solvvenzkapitalanforderung	R0220	229.141
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	
Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410	
Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände	R0420	
Gesamtbeitrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzbilanzanforderungen für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0080	C0090
R0470	109.943		
	 		
R0500			
R0510			
R0520			
R0530			
R0540			
	 		
R0550			
R0560			
R0570	229.141		

Mindestbetrag der konsolidierten Solvanzanforderung für die Gruppe	
Angaben über andere Unternehmen	
Kapitalanforderungen für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen)	
Kapitalanforderungen für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) - Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Finanzinstitute, Verwalter alternativer Investmentfonds und OGAW-Verwaltungsgesellschaften	
Kapitalanforderungen für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) - Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung	
Kapitalanforderungen für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) - Kapitalanforderungen für andere Finanzbranchen (versicherungsfremde Kapitalanforderungen) - Kapitalanforderung für nicht der Aufsicht unterliegende Unternehmen, die Finanzgeschäfte tätigen	
Kapitalanforderung bei Beteiligungen an Unternehmen, auf die maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird	
Kapitalanforderung für verbleibende Unternehmen	
Gesamt-SCR	
SCR für Unternehmen, die durch die Abzugs- und Aggregationsmethode einbezogen werden	
Solvenzkapitalanforderung	

S.32.01.22 in Tausend €

Unternehmen der Gruppe

Fortl. Nummer	Land	Identifikationscode des Unternehmens	Art des ID-Codes des Unternehmens	Eingetragener Name des Unternehmens	Art des Unternehmens	Rechtsform	Kategorie (auf Gegenseitigkeit beruhend/nicht auf Gegenseitigkeit beruhend)	Aufsichtsbehörde
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080
1	Deutschland	5299002MLF-FWB6KD2J56	LEI	DIREKTE SERVICE Management GmbH	Anbieter von Nebendienstleistungen im Sinne von Artikel 1 Absatz 53 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	
2	Deutschland	5299006CK1DAKS2QL36	LEI	Stuttgarter Lebensversicherung a.G.	Lebensversicherungsunternehmen	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	Auf Gegenseitigkeit beruhend	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
3	Deutschland	5299007Q5YZ4SB43NF55	LEI	Stuttgarter Versicherung Kapitalanlage Vermittlung GmbH	Anbieter von Nebendienstleistungen im Sinne von Artikel 1 Absatz 53 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	
4	Deutschland	529900C6ZBS5W3Z5MC58	LEI	Stuttgarter Versicherung Holding AG	Versicherungsholdinggesellschaft im Sinne von Artikel 212 Absatz 1 Buchstabe f der Richtlinie 2009/138/EG	Aktiengesellschaft	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	

Fortl. Nummer	Land	Identifikationscode des Unternehmens	Art des ID-Codes des Unternehmens	Eingetragener Name des Unternehmens	Art des Unternehmens	Rechtsform	Kategorie (auf Gegenseitigkeit beruhend/nicht auf Gegenseitigkeit beruhend)	Aufsichtsbehörde
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080
5	Deutschland	529900EYRYXT PW80DM32	LEI	Stuttgarter Versicherung Verwaltungsgesellschaft mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen im Sinne von Artikel 1 Absatz 53 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	
6	Deutschland	529900LB219OF AE9ZT72	LEI	Stuttgarter Vorsorge-Management GmbH	Anbieter von Nebendienstleistungen im Sinne von Artikel 1 Absatz 53 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	
7	Deutschland	529900RKJZOG 4WLY2202	LEI	Stuttgarter Versicherung AG	Nichtlebensversicherungsunternehmen	Aktiengesellschaft	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
8	Deutschland	529900SP1F2Q1 UAIUB63	LEI	PLUS Lebensversicherungs AG	Lebensversicherungsunternehmen	Aktiengesellschaft	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
9	Deutschland	529900X1D9B9 RSK01Y96	LEI	DIREKTE LEBENSVERSICHERUNG AG	Lebensversicherungsunternehmen	Aktiengesellschaft	Nicht auf Gegenseitigkeit beruhend	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Einflusskriterien								Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht		Berechnung der Gruppensolvabilität	
Fortl. Nummer	% Kapitalanteil	% für die Erstellung des konsolidierten Abschlusses	% Stimmrechte	Weitere Kriterien	Grad des Einflusses	Verhältnismäßiger Anteil zur Berechnung der Gruppensolvabilität	J A/NEIN	Datum der Entscheidung, falls Artikel 214 angewendet wird	C0260	Verwendete Methode und bei Handlung 1 Behandlung des Unternehmens	
	C0180	C0190	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250			
1	1,00		1,00		Beherrschend		Nicht in den Umfang einbezogen (Artikel 214 Buchstabe b)	2016-11-24		Keine Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht im Sinne von Artikel 214 der Richtlinie 2009/138/EG	
2							In den Umfang einbezogen			Methode 1: Vollkonsolidierung	
3	1,00		1,00		Beherrschend		Nicht in den Umfang einbezogen (Artikel 214 Buchstabe b)	2016-11-24		Keine Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht im Sinne von Artikel 214 der Richtlinie 2009/138/EG	
4	1,00	1,00	1,00		Beherrschend	1,00	In den Umfang einbezogen			Methode 1: Vollkonsolidierung	

Einflusskriterien								Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht		Berechnung der Gruppensolvabilität
Fortl. Nummer	% Kapitalanteil	% für die Erstellung des konsolidierten Abschlusses	% Stimmrechte	Weitere Kriterien	Grad des Einflusses	Verhältnismäßiger Anteil zur Berechnung der Gruppensolvabilität	J A/NEIN	Datum der Entscheidung, falls Artikel 214 angewendet wird	C0260	
	C0180	C0190	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250		
5	1,00		1,00		Beherrschend		Nicht in den Umfang einbezogen (Artikel 214 Buchstabe b)	2016-11-24	Keine Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht im Sinne von Artikel 214 der Richtlinie 2009/138/EG	
6	1,00		1,00		Beherrschend		Nicht in den Umfang einbezogen (Artikel 214 Buchstabe b)	2016-11-24	Keine Einbeziehung in den Umfang der Gruppenaufsicht im Sinne von Artikel 214 der Richtlinie 2009/138/EG	
7	1,00	1,00	1,00		Beherrschend	1,00	In den Umfang einbezogen		Methode 1: Vollkonsolidierung	
8	1,00	1,00	1,00		Beherrschend	1,00	In den Umfang einbezogen		Methode 1: Vollkonsolidierung	
9	1,00	1,00	1,00		Beherrschend	1,00	In den Umfang einbezogen		Methode 1: Vollkonsolidierung	